

# Geschäftsbericht 2016/2017

---

## Inhalt

<b>Brief des Vorstandsvorsitzenden .....</b>	<b>5</b>
<b>Bericht des Aufsichtsrats .....</b>	<b>7</b>
Überblick .....	7
Die Themen im Aufsichtsratsplenium .....	7
Arbeit der Ausschüsse .....	8
Jahres- und Konzernabschlussprüfung .....	9
Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts .....	10
Personalien – Aufsichtsrat .....	10
Personalien – Vorstand .....	11
<b>Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2016/17 .....</b>	<b>12</b>
<b>1. Grundlagen des Konzerns .....</b>	<b>13</b>
<b>2. Wirtschaftsbericht .....</b>	<b>15</b>
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	15
Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum .....	16
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage .....	19
Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren .....	23
<b>3. Risikobericht .....</b>	<b>26</b>
Risikomanagement-Organisation .....	26
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit .....	27
Risikostrategie .....	31
Adressenausfallrisiken .....	32
Liquiditätsrisiko .....	41
Marktpreisrisiko .....	42
Operationelle Risiken .....	43
Risiken der Informationssicherheit .....	48
IT-Risiken .....	48
Compliance-Risiken .....	48
Personalrisiken .....	49
Strategische Risiken und Reputationsrisiken .....	49
Geschäftsrisiken .....	50
Beteiligungsrisiken .....	50
Gesamtaussage zur Risikosituation .....	51
<b>4. Chancenbericht .....</b>	<b>52</b>
<b>5. Prognosebericht .....</b>	<b>54</b>
Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	54
Vermögenslage .....	55
Liquiditätssituation .....	55
Ertragslage .....	56
Gesamtaussage .....	57
<b>6. Angaben gemäß § 312 AktG .....</b>	<b>58</b>
<b>7. Erklärung zur Unternehmensführung .....</b>	<b>59</b>

<b>Zusammengefasster Jahres- und Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2016/17 .....</b>	<b>61</b>
<b>Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2017 .....</b>	<b>62</b>
<b>Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2017 .....</b>	<b>64</b>
<b>Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2016 bis 31. März 2017 .....</b>	<b>66</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2016 bis 31. März 2017 .....</b>	<b>68</b>
<b>Konzern-Kapitalflussrechnung .....</b>	<b>70</b>
<b>Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung .....</b>	<b>72</b>
<b>Anhang und Konzernanhang .....</b>	<b>73</b>
<b>Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze .....</b>	<b>73</b>
(1) Aufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses .....	73
(2) Ausweis- und Bewertungsänderungen .....	73
(3) Konsolidierungskreis .....	74
(4) Konsolidierungsgrundsätze .....	74
<b>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....</b>	<b>76</b>
(5) Forderungen .....	76
(6) Risikovorsorge .....	76
(7) Wertpapiere .....	77
(8) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäfte .....	78
(9) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte/sonstige Vermögensgegenstände .....	78
(10) Leasingvermögen .....	79
(11) Latente Steuern .....	79
(12) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung .....	80
(13) Verbindlichkeiten .....	80
(14) Rückstellungen .....	80
(15) Eventualverbindlichkeiten und sonstige Verpflichtungen .....	81
(16) Außerordentliches Ergebnis .....	81
(17) Derivategeschäfte .....	82
(18) Währungsumrechnung .....	82
(19) Bewertungseinheiten .....	83
<b>Erläuterungen zur Bilanz .....</b>	<b>85</b>
(20) Laufzeitgliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten .....	85
(21) Bewertungseinheiten .....	85
(22) Vermögensgegenstände in Fremdwährung .....	86
(23) Pensionsgeschäfte .....	86
(24) Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht .....	86
(25) Anlagevermögen .....	87
(26) Nachrangige Vermögensgegenstände .....	89
(27) Börsenfähige Wertpapiere .....	89
(28) Angaben zu Investmentvermögen .....	90
(29) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen .....	91
(30) Leasinggeschäft .....	91
(31) Sonstige Vermögensgegenstände .....	91
(32) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten .....	92
(33) Aktive latente Steuern .....	92
(34) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung .....	93
(35) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht .....	93

(36) Schulden in Fremdwährung .....	94
(37) Sonstige Verbindlichkeiten .....	94
(38) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten .....	95
(39) Pensionsrückstellungen .....	95
(40) Nachrangige Verbindlichkeiten .....	95
(41) Genussrechtskapital.....	96
(42) Fonds für allgemeine Bankrisiken .....	96
(43) Entwicklung des Kapitals .....	96
(44) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen .....	101
(45) Sonstige finanzielle Verpflichtungen .....	101
(46) Außerbilanzielle Geschäfte .....	103
<b>Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung .....</b>	<b>105</b>
(47) Erträge nach geografischen Märkten .....	105
(48) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft .....	105
(49) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen .....	105
(50) Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	106
(51) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag .....	106
(52) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen .....	106
(53) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.....	106
(54) Sonstige betriebliche Erträge .....	107
<b>Sonstige Angaben .....</b>	<b>108</b>
(55) Konsolidierungskreis zum 31. März 2017 .....	108
(56) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2017 .....	109
(57) Bedeutende Stimmrechtsanteile .....	112
(58) Angabe der Abschlussprüferhonorare .....	112
(59) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen.....	112
(60) Patronatserklärungen .....	112
(61) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten .....	113
(62) Termingeschäfte .....	113
(63) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente .....	113
(64) Nicht realisierte Ergebnisse .....	115
(65) Die Vergütung des Vorstands .....	116
(66) Die Vergütung des Aufsichtsrats.....	117
(67) Bezüge des Beraterkreises .....	117
(68) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises .....	117
(69) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitärbeitskräften) ....	117
(70) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 31. März 2017 eingetreten sind .....	117
(71) Organe .....	118
<b>Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers.....</b>	<b>120</b>

### Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geschäftsjahr 2016/17 konnte die IKB ihre nachhaltige und wettbewerbsfähige Position im deutschen Bankenmarkt weiter stärken. Unsere strategische Fokussierung auf den gehobenen deutschen Mittelstand konnten wir vorantreiben. Die IKB hat ihr Profil als Deutschlands einzige Bank, die bundesweit agiert und im Aktivgeschäft ausschließlich auf das Firmenkundengeschäft konzentriert ist, geschärft.

Wir haben im langfristigen Kreditgeschäft mit dem Verarbeitenden Gewerbe sowie mit unserer großen Expertise bei öffentlichen Fördermitteln eine sichtbare Position im deutschen Markt, aber auch ausreichende Wachstumschancen. Diese werden wir in den nächsten Jahren auf der Basis detaillierter Zielgruppenanalysen nutzen. Wir haben unser Neugeschäft mit mittelständischen Kunden bereits mehrere Jahre hintereinander gesteigert und konnten jetzt erstmalig auch wieder unser gesamtes Kreditvolumen im Mittelstandsgeschäft erhöhen. Daran werden wir anknüpfen.

Parallel dazu bauen wir nicht-strategische Assets, die keinen direkten Bezug zu unseren Zielkunden haben, konsequent und eigenkapitalschonend ab. Auf diesem Weg sind wir weit vorangekommen: Das Restportfolio beläuft sich jetzt noch auf 0,3 Mrd. €, nachdem es noch vor vier Jahren bei gut 4 Mrd. € lag. Zudem prüfen wir für unsere Tochtergesellschaften IKB Leasing und IKB Data strategische Optionen. Ziel ist ein klar ausgerichtetes Firmenkundenportfolio, um uns verstärkt auf den wichtigsten Teil unserer Strategie zu konzentrieren: Die Begleitung unserer mittelständischen Kunden mit Krediten, Risikomanagement, Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen.

Unser fokussiertes Geschäftsmodell ist nachhaltig profitabel. Im vierten Jahr in Folge konnten wir ein positives Konzernergebnis ausweisen und dabei das Konzernergebnis auf 26 Mio. € steigern. Parallel dazu hat sich unsere Eigenkapitalquote kontinuierlich erhöht. Wir halten sie mit aktuell 11,7 % (CET 1) für eine solide Basis für weiteres Wachstum. Noch mehr Spielraum in dieser Hinsicht eröffnet uns unsere Leverage Ratio, die mit 8,0 % wiederum einen im Bankenvergleich hohen Wert aufweist.

Für die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten ist uns die konsequente Fortsetzung der risikoadäquaten Preisgestaltung besonders wichtig. Die Erfolge dieser Strategie kann man u. a. daran erkennen, dass wir aus der Risikovorsorge, die normalerweise einen Kostenfaktor darstellt, im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar einen positiven Ergebnisbeitrag erzielen konnten. Die NPA-Quote, also etwas vereinfacht das Verhältnis von notleidenden Krediten zum gesamten Kreditvolumen, hat sich mit aktuell 1,1 % gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert und liegt nun auf einem historisch niedrigen Niveau. Dies verdanken wir vor allem der guten wirtschaftlichen Performance unserer mittelständischen Kunden, die im weltweiten Wettbewerb eine führende Position einnehmen.

Gleichwohl können wir uns nicht dauerhaft auf den konjunkturellen Rückenwind verlassen. Das Umfeld ist sowohl am Kapitalmarkt als auch in der Politik von Volatilitäten geprägt. Regulatorische Vorgaben und das anhaltend niedrige Zinsniveau stellen Herausforderungen und Unsicherheiten dar. In den weltweit sichtbaren protektionistischen Tendenzen sehen wir auch Risiken für unseren exportorientierten Mittelstand, der in einigen Branchen über 80 % seiner Produktion im Ausland absetzt.

Um die Position der IKB abzusichern, müssen wir die Profitabilität der Bank weiter steigern. Dies umfasst zum einen die Erhöhung der Erträge durch eine noch konsequentere Ansprache unserer Zielkunden, zum anderen aber auch Maßnahmen auf der Kostenseite. Auch in dieser Hinsicht ist die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr gut vorangekommen.

Die Kosten haben wir im Geschäftsjahr um 5 % gesenkt und mussten dafür, so wie sehr viele Banken in Deutschland auch, die Zahl der Mitarbeiter reduzieren. Diese Entwicklung wird sich zunächst fortsetzen. Der mit den Arbeitnehmervertretern ausgehandelte Interessenausgleich und Sozialplan läuft bis April 2018. Wir

können die Bank heute mit einer geringeren Personalstärke erfolgreich managen, weil die Struktur der Bank bereits deutlich vereinfacht wurde.

Große Fortschritte haben wir bei der Vereinfachung unserer Passivseite erzielt. Nach der Eintragung des Aktien-Squeeze-out im Handelsregister im Januar 2017 ist Lone Star jetzt 100 %iger Aktionär der IKB. Dies schafft klare Strukturen. Wir können damit schnell und flexibel reagieren, insbesondere auch Maßnahmen unter Einbeziehung der Hauptversammlung zügig umsetzen.

Unsere erste Hauptversammlung nach dem Squeeze-out haben wir mit sehr geringem Aufwand im Mai 2017 durchgeführt. Einziger Tagesordnungspunkt war die Wahl eines neuen Abschlussprüfers: Gewählt wurde Ernst & Young. Der Wechsel des Wirtschaftsprüfers war nach 10 Jahren, die wir mit PwC zusammengearbeitet haben, gesetzlich vorgeschrieben. Ernst & Young hat sich in einem mehrmonatigen intensiven Ausschreibungsprozess gegen fünf Mitbewerber durchgesetzt.

Unser Kaufangebot (Tender) für die Stillen Beteiligungen (Capital Raising- und Hybrid Raising-Wertpapiere) wurde von insgesamt 87,9 % der Investoren angenommen. Damit befinden sich jetzt weniger als 50 Mio. € von insgesamt 400 Mio. € des Nominalwerts beider Stillen Beteiligungen in Fremdbesitz. Unsere letzten ausstehenden Genussscheine liefen zum Ende des Geschäftsjahres aus. Die Restrukturierung unserer Passivseite werden wir fortführen.

In Summe können wir auf ein durchaus zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2016/17 zurückblicken. Die IKB konnte ihre Marktposition in den vergangenen Jahren kontinuierlich stärken und hat im letzten Geschäftsjahr einen weiteren Schritt nach vorne getan. Mit einem klar auf den Mittelstand fokussierten Geschäftsmodell, solider Eigenkapitalposition, gesicherter Liquidität und kontrollierten Risiken sehen wir gute Chancen für weiteres Wachstum und steigende Profitabilität.

Düsseldorf, 29. Mai 2017



Dr. Michael H. Wiedmann

### Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2016/17 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

#### Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Schwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB und die Entwicklung des Konzernrisikos. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Konzernplanung und dem tatsächlichen Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2016/17.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Bilanzsitzung vor. Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsberichterstattungen gingen den Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu.

Im Geschäftsjahr 2016/17 hielt der Aufsichtsrat sieben Sitzungen ab. Die regulären Sitzungen fanden im Juni, August, Dezember und März statt. Darüber hinaus kam der Aufsichtsrat im September im Anschluss an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2015/16 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Zwei außerordentliche Sitzungen im Oktober 2016 dienten der Vorbereitung der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Dezember 2016 zur Beschlussfassung über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Dallas, USA, gemäß §§ 327a ff. AktG. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus. In einigen Sitzungen des Aufsichtsrats waren einzelne Mitglieder entschuldigt abwesend.

#### Die Themen im Aufsichtsratsplenum

In allen Aufsichtsratssitzungen des Geschäftsjahres 2016/17 verschaffte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Hierbei erläuterte der Vorstand dem Aufsichtsrat auch, wie sich Geschäftsvolumen und Ergebnis im Konzern entwickelt hatten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Kapital- und Finanzlage einschließlich Steuern sowie das Konzernrisiko. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

In seiner Bilanzsitzung im Juni 2016 prüfte der Aufsichtsrat unter anderem den Jahres- und den Konzernabschluss sowie den Abhängigkeitsbericht. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe einschließlich der im Sanierungsplan festgelegten Sanierungsindikatoren. Die Konzernrevision und der Chief Compliance Officer erstatteten ihre jeweiligen Jahresberichte für 2015/16. Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungs-

ausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2016 mit dem zusammengefassten Lagebericht und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2015/16. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Zudem wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015/16 beschlossen. Weitere Themen waren die schriftliche und mündliche Erläuterung der Konzernplanung und der Vergütungssysteme für das Unternehmen. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung der IKB im September 2016 und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Des Weiteren beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit Vergütungsthemen; insbesondere setzte er die variable Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2015/16 fest und überprüfte die Festsetzung der anteiligen variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder für die Geschäftsjahre 2013/14 sowie 2014/15, die nach der Institutsvergütungsverordnung über einen Zurückbehaltungszeitraum von mehreren Jahren zu strecken war.

In seinen folgenden vierteljährlichen Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat jeweils mit der Geschäftsentwicklung und dem Konzernrisiko einschließlich der im Sanierungsplan festgelegten Sanierungsindikatoren und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der regulatorischen Kapitalsituation, insbesondere mit Blick auf die weiteren Anforderungen nach Basel III bzw. CRD IV. Gegenstand der Sitzungen war jeweils auch der Bericht der Konzernrevision. Zu diesen Themen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich.

Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich umfassend die Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung einschließlich der strategischen Weiterentwicklung der IKB. Die Geschäfts- und Risikostrategie der IKB war ebenfalls Thema der Aufsichtsratssitzungen im Berichtszeitraum. Ebenso standen Vergütungsthemen auf der Tagesordnung, wie zum Beispiel der Bericht des Vergütungsbeauftragten.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich zudem mit der quantitativen und qualitativen mittelfristigen Personalplanung und -entwicklung.

### Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Risiko- und Prüfungsausschuss, den Vergütungskontrollausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium bereitete im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vor und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung sowie der strategischen Ausrichtung der Bank und des Konzerns. Die Diskussion der Durchführung strategischer Maßnahmen und Projekte stand dabei im Vordergrund. Über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Groß- oder Organkreditbeschlüsse, fasste das Aufsichtsratspräsidium diverse Beschlüsse. Zudem befasste sich das Aufsichtsratspräsidium mit der Vorbereitung der ordentlichen und außerordentlichen Hauptversammlung 2016.

Die Arbeit des Risiko- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionssystems, der Risikostrategie und der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die Bestellung des Abschlussprüfers wurden beraten. Der Risiko- und Prüfungsausschuss erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Risiko- und Prüfungsausschuss setzte sich intensiv mit den durch die EU-Abschlussprüferverordnung (Verordnung (EU) Nr. 537/2014) sowie das Abschlussprüferreformgesetz und das Abschlussprüferaufsichtreformgesetz geschaffenen Neuerungen, insbesondere der gestärkten Rolle des Prüfungsausschusses und den daraus resultierenden erweiterten Pflichten und Anforderungen, auseinander. In Anwendung der neuen gesetzlichen Vorgaben zur Pflichtrotation des Abschlussprüfers hat die IKB ein Ausschreibungsverfahren zur Auswahl eines neuen Abschlussprüfers für die IKB AG und den Konzern für das Geschäftsjahr 2017/18 durchgeführt. Die Festlegung der wesentlichen Prozessschritte, der Auswahlkriterien sowie des Auswertungsverfahrens lagen dabei in der Verantwortung des Risiko- und Prüfungsausschusses, der im Hinblick auf die operative Umsetzung des Auswahlverfahrens durch die Gesellschaft unterstützt wurde. Themen wie die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die Erbringung etwaiger Nichtprüfungsleistungen durch einen potenziellen neuen Abschlussprüfer standen stets im Fokus und wurden fortlaufend überwacht. Als Ergebnis des Auswahlverfahrens hat der Risiko- und Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat die beiden erstplatzierten Bewerber vorgeschlagen und empfohlen, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, der Hauptversammlung als neuen Abschlussprüfer vorzuschlagen. Der Aufsichtsrat ist dieser Empfehlung gefolgt.

Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich mit den Vergütungssystemen der Bank, insbesondere auch dem des Vorstands. Der Vergütungskontrollausschuss bereitet jeweils die vergütungsbezogenen Beschlüsse des Plenums vor und war darüber hinaus mit der jährlichen Überprüfung der Angemessenheit der Grundsätze des Vorstandsvergütungssystems befasst.

Der Nominierungsausschuss erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung am 1. September 2016. Der Nominierungsausschuss nahm im Übrigen die ihm nach § 25 d Abs. 11 KWG zustehenden Aufgaben wahr.

Auch außerhalb der Sitzungen berieten sich die Mitglieder der Ausschüsse untereinander und standen in Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

### **Jahres- und Konzernabschlussprüfung**

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss sowie für etwaige prüferische Durchsichten oder etwaige Prüfungen des Zwischenabschlusses bzw. Konzernzwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts bzw. Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2016/17 sowie aller weiteren Zwischenabschlüsse bzw. Konzernzwischenabschlüsse und Zwischenlageberichte bzw. Konzernzwischenlageberichte, die vor der ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2017 aufgestellt werden, hat die Hauptversammlung die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, gewählt. PwC hat die Jahresabschlüsse der IKB AG und des Konzerns sowie den zusammengefassten Lagebericht für die IKB AG und den Konzern geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Die Prüfungen und Beratungen über den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zugehörigen zusammengefassten Lagebericht sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von PwC für das Geschäftsjahr 2016/17 im Risiko- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum fanden am 7./8. Juni 2017 statt. Alle Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder haben diese Unterlagen rechtzeitig vor der jeweiligen Sitzung erhalten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. Juni 2017 präsentierten sie die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung unter Einbeziehung von Feststellungen zum rechnungslegungsprozessbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem der Bank, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht

vor. Die Abschlussprüfer haben den Aufsichtsrat ferner über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen informiert.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 8. Juni 2017 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 22. Mai 2017 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 8. Juni 2017 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

### Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2016/17 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 7./8. Juni 2017 haben sich zunächst der Risiko- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers bereits vor der jeweiligen Sitzung, sodass sie sich rechtzeitig mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Risiko- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. Juni 2017 berichteten sie über das Ergebnis ihrer Prüfung und standen für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 8. Juni 2017 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts zu erheben.

### Personalia – Aufsichtsrat

Die Herren Mark Coker, Dr. Karl-Gerhard Eick und Dr. Lutz-Christian Funke, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung am 1. September 2016 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 1. September 2016 erneut in den Aufsichtsrat gewählt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 1. September 2016 schied Herr Rainer Lenz turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat aus; Herr Stefan A. Baustert schied zu demselben Zeitpunkt vorzeitig auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat aus. Aufgrund der im Jahr 2015 beschlossenen Verkleinerung des Aufsichtsrats besteht dieses Gremium somit fortan nur noch aus neun Mitgliedern.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 1. September 2016 wurde Herr Dr. Karl-Gerhard Eick als Vorsitzender des Aufsichtsrats wiedergewählt. In dieser Funktion ist er auch Vorsitzender des Aufsichtsratspräsidiums, des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses. In derselben Sitzung haben die Mitglieder des Aufsichtsrats Herrn Dr. Karl-Gerhard Eick und – anstelle des ausgeschiedenen Herrn Rainer Lenz – Herrn Bernd Klein zu Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses sowie Herrn Sven Boysen – ebenfalls anstelle des ausgeschiedenen Herrn Rainer Lenz – zum Mitglied des Nominierungsausschusses gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

### Personalia – Vorstand

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand der Bank. Dem Vorstand gehören damit die Herren Dr. Michael H. Wiedmann (Vorsitzender), Claus Momburg, Dr. Jörg Oliveri del Castillo-Schulz sowie Dirk Volz an.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 8. Juni 2017

Der Aufsichtsrat



Dr. Karl-Gerhard Eick

Vorsitzender

## Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2016/17

### 1. Grundlagen des Konzerns

Das Geschäftsmodell der IKB ist auf den Mittelstand konzentriert. Dabei begleitet die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB, als Synonym für den Konzern, und IKB AG für die Einzelgesellschaft) mittelständische Unternehmen mit der Vergabe von Krediten, bietet ihnen Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen an, unterstützt auch bei Fragen des Risikomanagements und stellt Instrumente für das Management von Marktrisiken zur Verfügung. Das Leasinggeschäft über die Tochter IKB Leasing erweitert die Finanzierungspalette der IKB. Neben dem Finanzierungsangebot aus eigenen Mitteln erschließt die IKB als Spezialist ihren Kunden den Zugang zu öffentlichen Förderprogrammen sowie die bankunabhängige Refinanzierung über den Kapitalmarkt oder durch Kreditfonds. Seit ihrer Gründung im Jahr 1924 ist die IKB als unabhängige Privatbank eng mit den deutschen Unternehmen und Unternehmern verbunden und hat sich vor allem auf langfristige Finanzierungen für wachstumsstarke Unternehmen und anspruchsvolle Projekte spezialisiert. Das Geschäftsmodell der Bank basiert auf diesen langjährigen und stabilen Kundenbeziehungen sowie einem ausgeprägten Verständnis für Mittelstandsthemen. In den Jahren seit der Krise der IKB wurde das Geschäftsmodell wieder auf den Mittelstand fokussiert und um wesentliche Dienstleistungen für diese Unternehmen erweitert.

Die IKB ist ein Institut mit einer soliden Kernkapitalbasis. Dies wurde auch im Rahmen des Comprehensive Assessments der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahr 2014 bestätigt. Die IKB kann auf eine stabile und diversifizierte Einlagenbasis zur Refinanzierung zurückgreifen. Nimmt man die Nutzung von Förderprogrammen für den Mittelstand hinzu, dann hat sich die Kapitalmarktabhängigkeit – wie sie in Zeiten vor der Finanzkrise bestand – fast vollständig abgebaut.

Die IKB konzentriert sich auf das Kundengeschäft und ihre Aktivitäten im Bereich von Beratung, Kapitalmarkt, Kredit- und Asset-Management. Durch ihren integrierten Geschäftsansatz aus Regionalvertrieb, Industriegruppen und Produktgruppen wird eine lösungsorientierte, hochwertige Betreuung für die Kunden sichergestellt. Im Zielkundensegment ist es der IKB gelungen, Neukunden zu akquirieren und aktive Kundenbeziehungen auszubauen. Die Zielkunden der IKB sind überwiegend dem industriellen Mittelstand zugehörige und häufig wachstumsstarke Unternehmen, die in den nächsten Jahren nach den Erwartungen der IKB ihren Umsatz ausbauen werden und sich zudem bereits stark internationalisiert haben.

Die IKB verfügt über ein Vertriebsnetz, das alle Regionen Deutschlands und Teile Westeuropas abdeckt. Die ausländischen Niederlassungen wurden zum Geschäftsjahresende geschlossen. Das Akquisitionsfinanzierungsgeschäft für Westeuropa wird zukünftig aus Deutschland heraus betrieben. Die IKB Leasing-Gruppe ist mit 14 Leasing-Gesellschaften in zehn europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechien, Ungarn) tätig.

Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland hatte die Bank einen Marktanteil von rund 3,2 % zum 31. Dezember 2016. Bei der Vergabe von gewerblichen Förderkrediten lag der Marktanteil der IKB zum gleichen Zeitpunkt bei rund 10,6 %. Stärkste Wettbewerber der IKB AG sind große Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor. Im Hinblick auf Akquisitionsfinanzierungen arbeitet die IKB mit Private-Equity-Häusern zusammen.

Die IKB erschließt für ihre Kunden auch Finanzierungslösungen, die unabhängig von ihrer eigenen Bilanz genutzt werden können. Dazu zählt zum einen die Begleitung von Unternehmen an den Kapitalmarkt, u. a. bei der Begebung von Schuldscheinen. Zum anderen hat die IKB zusammen mit einer Reihe von Investoren, die nicht dem Bankenbereich entstammen, Fondslösungen (Valin Funds) aufgebaut, die Unternehmen finanzieren und damit ebenfalls unabhängig vom Bankkredit machen. Die interessierten Unternehmen können damit sowohl auf sehr langfristige Finanzierungen als auch auf Nachrangmittel zurückgreifen.

Nach der Gründung der Bankenunion und damit der Übernahme der Bankenaufsicht durch die EZB ist die IKB wie folgt eingestuft:

- Es erfolgt keine direkte Aufsicht durch die EZB.
- Die IKB unterliegt der Beaufsichtigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die BaFin hat die IKB derzeit als nicht potenziell systemgefährdendes Institut eingestuft.

Das Geschäftsmodell der IKB wird wesentlich durch die Rahmenbedingungen beeinflusst, die die Bankenregulierung durch eine Vielzahl von Vorschriften setzt. Bisher hat sich auch für das Geschäftsmodell der IKB abgezeichnet, dass

- eine Versorgung der Kunden mit Finanzierungsmitteln in zunehmendem Maße über alternative Finanzierungskanäle organisiert wird,
- die Kreditlaufzeiten in der Unternehmensfinanzierung sich insgesamt verkürzen, obwohl seitens der Unternehmen entsprechende Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen vorhanden ist,
- die Absicherung mit Derivaten für Unternehmen aufgrund der veränderten regulatorischen Rahmenbedingungen teurer wird,
- sich aufgrund erhöhter Kapitalerfordernisse und der notwendigen Preisdisziplin für die Kunden höhere Kreditkosten ergeben,
- die Finanzierung über Einlagen ein wesentlicher Baustein ist,
- vor allem Unternehmenskredite im Wesentlichen aus Einlagen refinanziert werden, soweit sich keine Förderprogramme einsetzen lassen.

Nunmehr wird in einer zweiten Phase der Neuregulierung verstärkt das Geschäftsmodell der Banken und die Governance bewertet sowie individuell die Höhe des erforderlichen Kapitals und der Liquidität ökonomisch überprüft werden. Generell möchte die Aufsicht auf Basis umfassender Informationen frühzeitig eingreifen können. Hinzu kommt, dass fortlaufend die Sanierungs- und Abwicklungsfähigkeit überwacht wird und neue Kapitalanforderungen in Form einer „Bail-in“-Quote entstehen werden. Die deutlich steigenden Meldeanforderungen verbinden sich mit Anforderungen an die Qualität (Genauigkeit, Sicherheit, Schnelligkeit) der Informationssysteme, die die Aufsicht vorgibt und die auf die Bankprozesse und die IT-Architektur einwirken.

Aus der Regulierung entstehen erhebliche Belastungen, die auch das Geschäftsmodell beeinflussen. Eine Belastung ergibt sich aus dem höchst komplexen, teils widersprüchlichen Zielsystem für die Gesamtbanksteuerung, das sich aus den verschiedenen Regulierungen entwickelt hat und weiter entwickeln wird. Für kleinere Banken zeichnen sich an vielen Stellen Größennachteile ab. Regulatorische Vorgaben berühren mittlerweile fast alle Bereiche/Prozesse bzw. sind eingewoben in die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation. Deshalb bleiben für das Geschäftsmodell eine hohe Kostendisziplin, insbesondere auch bei der Umsetzung von Regulierungsvorgaben, eine Optimierung der risikogewichteten Aktiva und eine Antizipation möglicher zukünftiger Regulierung von hoher Relevanz. Hinzu kommt eine erhöhte Bedeutung der IT-Sicherheit und des Aufbaus einer IT-Architektur, die ein flexibles und zeitnahes Berichtswesen vor allem auch für die Bankenaufsicht effizient gewährleistet.

## 2. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft erholte sich im Sommer 2016. In den Industrieländern wurde die Wirtschaftsleistung wieder stärker ausgeweitet, und die Konjunktur in den Schwellenländern stabilisierte sich infolge der Belebung der Rohstoffpreise. In der Grundtendenz fiel die weltwirtschaftliche Dynamik allerdings nach wie vor geringer aus als in den Jahren vor der großen Rezession.

2016 wuchs die Wirtschaft in den USA mit 1,6 % moderat. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich ebenfalls fort. Angesichts dieser Entwicklung und des zunehmenden Preisanstiegs hob die US-amerikanische Notenbank (Fed) im Dezember 2016 und im März 2017 den Leitzins jeweils um 0,25 Prozentpunkte auf nun 0,75 % bis 1,0 % an.

Die konjunkturelle Erholung festigte sich im Euro-Raum zusehends. Die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag 2016 bei 1,7 % und fiel damit leicht höher aus als in den USA. In Frankreich und Italien war das Wirtschaftswachstum mit 1,2 % und 0,9 % für 2016 weiterhin verhalten. Die spanische Volkswirtschaft blieb dagegen mit einem Plus von 3,2 % auf Expansionskurs.

In Deutschland setzte sich die solide Entwicklung 2016 fort. Das preisbereinigte BIP nahm im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Treiber der Entwicklung waren vor allem der private Konsum und der Staatskonsum aufgrund der guten Beschäftigungssituation und der Ausgaben für Flüchtlinge. Positiv zum Wirtschaftswachstum hatten ferner die Bauinvestitionen beigetragen, die von niedrigen Bauzinsen, steigenden Immobilienpreisen und Mieten profitierten. Schwachpunkt der deutschen Konjunktur waren hingegen die Ausrüstungsinvestitionen. Trotz günstiger Finanzierungsbedingungen stiegen sie lediglich um 1,1 %. Offensichtlich wurde die Investitionsneigung der Unternehmen von zahlreichen Unsicherheiten gedämpft. Vom Außenhandel ging ein geringfügig negativer Effekt aus, da die Importe stärker zulegten als die Exporte.

Seit dem Brexit-Votum im Juni 2016 kam es in Großbritannien zu keiner Abschwächung des Wachstums, nicht zuletzt aufgrund der Abwertung des Britischen Pfunds. Im Gesamtjahr expandierte die britische Wirtschaft um 1,8 %.

Anfang des Jahres 2017 sind die Inflationsraten in den meisten Volkswirtschaften aufgrund der Rohstoffpreisanstiege und infolge von Basiseffekten vorübergehend deutlich höher ausgefallen. So stieg im Frühjahr 2017 die Inflationsrate im Euro-Raum auf 2,0 %. Im Gegensatz zur amerikanischen Fed, die die Zinswende einleitete, hatte die Europäische Zentralbank im Dezember 2016 verkündet, ihr Ankaufprogramm für Anleihen bis Ende 2017 zu verlängern, wenngleich ab April 2017 mit einem reduzierten monatlichen Volumen von 60 Mrd. €. Die Leitzinsen blieben bei 0 % (Hauptrefinanzierungssatz) bzw. -0,4 % (Einlagesatz). Die EZB hat nicht mit einer Straffung der Geldpolitik auf die verbesserte Wachstumsdynamik reagiert, da noch zu viele Unsicherheiten im Hinblick auf die Wachstumsperspektiven der Euro-Zone bestehen. Zudem ist die Krise der Währungsunion noch nicht gelöst. Innerhalb des Euro-Raums besteht weiterhin eine große Heterogenität. Einige Mitgliedsstaaten sind nach wie vor hoch verschuldet und weisen niedrige Wachstumsraten sowie erhebliche strukturelle Probleme auf.

Für den Bankensektor blieb der Druck auf die Profitabilität bestehen. Die niedrigen Zinsen, Umstrukturierungsmaßnahmen sowie die regulatorischen Anforderungen belasteten die Ertragslage, die zusätzlich unter intensivem Wettbewerb und zunehmender Konkurrenz von Anbietern digitaler Finanzdienstleistungen leidet. Die Kreditvergabe an Unternehmen blieb im Euro-Raum verhalten. Ein immer noch hoher Anteil ausfallgefährdeter Kredite beeinträchtigt die Banken in einigen Mitgliedsländern, wie z. B. in Italien und Spanien. Insbesondere scheinen die im Sommer 2016 erneut aufgetretenen Probleme des italienischen Bankensektors, die inländische Kreditvergabe in den letzten Monaten gehemmt zu haben. In Spanien war die Entwicklung der Unternehmenskredite zwar noch abwärtsgerichtet, dieser Trend hat sich allerdings verlangsamt. In

Frankreich und Deutschland war der Verlauf in der Tendenz aufwärtsgerichtet, blieb aber aufgrund der weiterhin gedämpften Investitionstätigkeit auch hier verhalten. Die Unternehmen profitierten von der Liquiditätsbereitstellung der EZB, indem sie alternative Finanzierungsquellen über den Kapitalmarkt nutzten. Auch sind in Deutschland viele Unternehmen so gut aufgestellt, dass sie ihre Investitionen zu großen Teilen aus Eigenmitteln finanzieren können. Unterstützend wirkten weiterhin die geringeren Kosten für die Kreditrisikovorsorge.

### Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

#### *Einstufung als nicht potenziell systemgefährdendes Institut*

Die IKB ist mit Schreiben vom 8. April 2016 in Abkehr von der bisherigen Einwertung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Bundesbank als nicht potenziell systemgefährdend im Sinne von § 20 Abs. 1 S. 3 des Gesetzes zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (SAG) eingestuft worden. Die Einstufung kann sich in Zukunft wieder ändern.

#### *Veränderungen im Konzern*

Am 21. Juni 2016 wurden die IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG sowie die IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG gegründet. Gegenstand ist jeweils der An- und Verkauf von Immobilien sowie deren Verwaltung und Vermietung. Die Gesellschaften können darüber hinaus alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Am Kapital der IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG ist die IKB AG als Kommanditistin mit einer Pflichteinlage in Höhe von 18.980.000,00 € und einer Hafteinlage in Höhe von 94.900,00 € beteiligt. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die IKB Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH. Am Kapital der IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG ist die IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG als Kommanditistin mit einer Pflichteinlage in Höhe von 6.832.800,00 € und einer Hafteinlage in Höhe von 94.900,00 € beteiligt. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die IKB Grundstücks GmbH.

Die Ende September 2016 vom Vorstand beschlossene Schließung der ausländischen Standorte der IKB AG, ausgenommen Standort Luxemburg, war zum Ende des Geschäftsjahres 2016/17 planmäßig weitestgehend umgesetzt. Das Auslandsgeschäft wird nun von den Standorten Frankfurt am Main und Düsseldorf aus betrieben.

Im Geschäftsjahr 2016/17 hat die IKB insgesamt eine deutliche Verschlinkung ihrer Beteiligungsstruktur erreicht. In Summe wurden 23 Beteiligungen abgebaut. Als weitere konsequente Fortsetzung der Strategie mit Konzentration auf die Kunden des gehobenen Mittelstandes sind sieben Beteiligungen an Banken der landeseigenen Förderinstitute (Bayern, Saarland und Baden-Württemberg) verkauft worden.

#### *Rechtlich relevante Ereignisse*

##### **Debt Issuance Programme**

Das Debt Issuance Programme wurde zum 25. August 2016 aktualisiert. Dieses Programm wurde seitdem für verschiedene Neuemissionen genutzt.

##### **Klage Genussrechte/Hybridinstrumente**

Eine Klage wurde der IKB im Januar 2017 zugestellt. Der vorläufige Streitwert beträgt rund 22 Mio. €. Zudem haben Investoren in Genussrechte und/oder Hybridinstrumente in der Vergangenheit wiederholt angekündigt, wegen der erlittenen Verluste oder einer behaupteten unzutreffenden Berechnung der Entwicklung des Einlagebetrages Klage zu erheben. Wesentliche Vorwürfe sind eine angeblich fehlerhafte Verlustzuweisung auf einzelne Genussrechte und eine behauptete unzulässige Dotierung des Sonderfonds gemäß

§ 340g HGB (Handelsgesetzbuch) durch die IKB. Die Bank hält die Vorwürfe für unbegründet und ihre Verteidigungsaussichten für gut.

### **Vergleich mit US-Unternehmen wegen Investitionen in RMBS-Papiere**

IKB AG und IKB International S.A. in Liquidation haben mit Goldman Sachs Group Inc. („Goldman Sachs“) und anderen Beklagten am 20. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Investments in verbriefte Hypothekenforderungen (RMBS – Residential Mortgage Backed Securities) aus den Jahren vor der Finanzkrise eine Vergleichsvereinbarung geschlossen. IKB AG und IKB International S.A. in Liquidation haben auf dieser Basis im Januar 2017 einen finanziellen Ausgleich von den Beklagten erhalten. Über die Inhalte des Vergleichs wurde Vertraulichkeit vereinbart. Die Ansprüche gegen Goldman Sachs und Andere sind damit befriedigt.

### **Personalia**

#### **Aufsichtsrat**

Die Herren Mark Coker, Dr. Karl-Gerhard Eick und Dr. Lutz-Christian Funke, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 1. September 2016 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 1. September 2016 erneut in den Aufsichtsrat gewählt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 1. September 2016 schied Herr Rainer Lenz turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat aus; Herr Stefan A. Baustert schied zu demselben Zeitpunkt vorzeitig auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat aus. Aufgrund der im Jahr 2015 beschlossenen Verkleinerung des Aufsichtsrats besteht dieses Gremium somit fortan nur noch aus neun Mitgliedern.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 1. September 2016 wurde Herr Dr. Karl-Gerhard Eick als Vorsitzender des Aufsichtsrats wiedergewählt. In dieser Funktion ist er auch Vorsitzender des Aufsichtsratspräsidiums, des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses. In derselben Sitzung haben die Mitglieder des Aufsichtsrats Herrn Dr. Karl-Gerhard Eick und – anstelle des ausgeschiedenen Herrn Rainer Lenz – Herrn Bernd Klein zu Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses sowie Herrn Sven Boysen – ebenfalls anstelle des ausgeschiedenen Herrn Rainer Lenz – zum Mitglied des Nominierungsausschusses gewählt.

#### **Vorstand**

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand der Bank.

### **Ordentliche Hauptversammlung am 1. September 2016**

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB AG für das Geschäftsjahr 2015/16 fand am 1. September 2016 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter <https://www.ikb.de/ueberuns/investor-relations/hauptversammlung>. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung sind nicht rechtshängig.

### **IKB-Aktie**

#### **Eintragung des Squeeze-out-Beschlusses ins Handelsregister**

Der auf der außerordentlichen Hauptversammlung der IKB Deutsche Industriebank AG am 2. Dezember 2016 gefasste Beschluss zur Übertragung der übrigen Aktien auf den Hauptaktionär, die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., mit Sitz in Dallas, USA, („LSF6“) gegen Barabfindung ist am 23. Januar 2017 in das Handelsregister eingetragen worden. Damit hält LSF6 jetzt 100 % der IKB-Aktien.

Im Folgenden werden die Ereignisse bis zum Squeeze-out-Beschluss in chronologischer Reihenfolge dargestellt:

- **LSF6 informiert IKB über Absicht eines Squeeze-out**

Am 8. September 2016 hat LSF6 der IKB AG mitgeteilt, dass ihr nach Abwicklung ihres freiwilligen Erwerbsangebots vom 8. August 2016 zum Erwerb sämtlicher Aktien der IKB AG mehr als 95 % der Aktien und des Grundkapitals an der IKB AG gehören werden. LSF6 habe beschlossen, nach Abwicklung des Angebots als Hauptaktionärin der IKB AG ein Ausschlussverfahren nach den §§ 327a ff. AktG (Aktiengesetz) durchzuführen. Mit Schreiben vom 12. September 2016 hat LSF6 die IKB AG informiert, dass sie 95,88 % der Aktien und des Grundkapitals an der IKB AG halte und sich entschlossen habe, ein Ausschlussverfahren durchzuführen. Gleichzeitig hat LSF6 an den Vorstand der IKB AG das Verlangen gerichtet, eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen und diese über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LSF6 gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen zu lassen. Mit Beschluss vom 13. September 2016, im Hinblick auf einen Schreibfehler beim Beschlussdatum berichtigt durch Beschluss vom 20. September 2016, hat das Landgericht Düsseldorf die Baker Tilly Roelfs AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, zum sachverständigen Prüfer für die Prüfung der Angemessenheit der Barabfindung bestellt.

- **Squeeze-out-Verlangen von LSF6**

Nach Festlegung der Höhe der Barabfindung hat die LSF6 ihr Verlangen vom 12. September 2016 mit Schreiben vom 17. Oktober 2016 unter Angabe der von ihr festgelegten Barabfindung in Höhe von 0,49 € je auf den Inhaber lautende Stückaktie konkretisiert.

Aufgrund des Squeeze-out-Verlangens der LSF6 hat die IKB entschieden, für den 2. Dezember 2016 eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der IKB AG auf die LSF6 gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung Beschluss fassen soll.

- **Außerordentliche Hauptversammlung am 2. Dezember 2016**

Die außerordentliche Hauptversammlung der IKB AG fand am 2. Dezember 2016 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat dem Vorschlag der Verwaltung in Bezug auf den einzigen Tagesordnungspunkt, Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, auf die LSF6 gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung gemäß §§ 327a ff. AktG, zugestimmt. Die Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter <https://www.ikb.de/ueber-uns/investor-relations/hauptversammlung>. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung sind nicht rechtshängig.

### **Delisting und Kaufangebot**

- **Delisting**

Auf Antrag der IKB AG vom 29. Februar 2016 wurde der Handel mit Aktien der IKB AG im Entry Standard der Deutsche Börse AG, Frankfurt, mit Ablauf des 11. April 2016 eingestellt. Die Börse Düsseldorf hat die Aufnahme der Aktien der IKB AG im Primärmarkt mit Ablauf des 31. März 2016 widerrufen.

Die Notierung der Aktien der IKB AG im allgemeinen Freiverkehr der Börse Düsseldorf sollte nach Ankündigung der Börse Düsseldorf mit Ablauf des 30. Septembers 2016 eingestellt werden. Aufgrund eines Versehens erfolgte die Einstellung jedoch erst am 4. Oktober 2016.

### ▪ **Kaufangebot von LSF6**

Am 8. August 2016 hat LSF6 den Inhabern von Aktien der IKB AG (ISIN DE 0008063306/WKN 806 330) ein Angebot zum Kauf gemacht. Die Annahmefrist für das Angebot von LSF6 endete am 5. September 2016 um 24 Uhr (MESZ).

### **Ausschreibung der Abschlussprüfung der IKB-Gruppe**

Entsprechend der Vorgaben der EU-Verordnung zur Abschlussprüfung (Verordnung (EU) Nr. 537/2014) hat die IKB AG ein Ausschreibungsverfahren für das Mandat zur Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses der IKB AG und der Abschlüsse bestimmter in den Konzernabschluss einbezogener Tochtergesellschaften für das Geschäftsjahr 2017/18 durchgeführt. Als Ergebnis des Auswahlverfahrens hat der Aufsichtsrat der IKB auf Empfehlung seines Risiko- und Prüfungsausschusses beschlossen, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, der Hauptversammlung der IKB AG zur Wahl des Abschlussprüfers vorzuschlagen. Zur weiteren Entwicklung siehe auch Anhang (69) „Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 31. März 2017 eingetreten sind“.

### **Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung**

Im Geschäftsjahr 2016/17 ergingen vonseiten der Finanzverwaltung ablehnende Einspruchsentscheidungen im Rechtsbehelfsverfahren gegen die Steuerbescheide wegen Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer für 2009. Die IKB hat daraufhin fristgerecht Klagen vor dem Finanzgericht Düsseldorf eingelegt. Ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 29. März 2017 zur Unvereinbarkeit eines Teils der Vorschrift des § 8c KStG, schädliche Beteiligungserwerbe von mehr als 25 % bis 50 % als unvereinbar mit dem Grundgesetz einzustufen, hat die Risikoeinschätzung (siehe Kapitel 3. „Risikobericht“) aus Sicht der IKB AG weiter verbessert.

Zum Hintergrund und weiteren Ausführungen siehe Kapitel 3. „Risikobericht“, Unterkapitel „Rechtsrisiken“.

### **Interessenausgleich/Sozialplan**

Zur Durchführung von Kostensenkungs- und Optimierungsmaßnahmen wurden mit den Arbeitnehmervertretern ein neuer Interessenausgleich und ein Sozialplan verhandelt und am 15. April 2016 unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht den Abbau von insgesamt 151 Vollzeitbeschäftigten (VAK) innerhalb von zwei Jahren vor. Die sich aus der Maßnahme ergebenden finanziellen Belastungen wurden bereits im Geschäftsjahr 2015/16 durch eine entsprechende Restrukturierungsrückstellung berücksichtigt.

### **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die nachstehenden Aussagen sowohl für den Konzernlagebericht (Konzern) als auch für den Lagebericht der IKB AG (IKB AG).

### **Geschäftliche Entwicklung**

Bei weiterhin verhaltener Kreditnachfrage am Markt und der selektiven Kreditvergabe durch die IKB stieg das Neugeschäftsvolumen des Konzerns im Geschäftsjahr 2016/17 gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 0,5 Mrd. € auf 4,2 Mrd. € (IKB AG: um 0,4 Mrd. € auf 3,3 Mrd. €). Im Berichtszeitraum lag der Eigenmittelkreditanteil am Neugeschäftsvolumen im Konzern bei 55 % (IKB AG: 70 %) gegenüber 52 % im Vorjahr (IKB AG: 65 %), der Fördermittelkreditanteil im Konzern bei 23 % (IKB AG: 30 %) gegenüber 28 % im Vorjahr (IKB AG: 35 %) und der Mobilienleasinganteil im Konzern bei 21 % gegenüber 20 % im Vorjahr.

### Ertragslage

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2016/17 einen Konzernüberschuss nach Steuern in Höhe von 26 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) erzielt.

In der IKB AG lag der Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag nach Steuern im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 0 Mio. €.

Wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der IKB hatten der Zins- und der Provisionsüberschuss sowie der positive Risikovorsorgesaldo.

Wesentliche Gründe für die Entwicklung der Ertragslage des Konzerns und der IKB AG sind darüber hinaus weitere Fortschritte beim Abbau des Verwaltungsaufwandes und die Reduktion der Risikovorsorge durch das aktive Risikomanagement der Bank bei insgesamt verbesserter Konjunkturlage.

### Zins- und Leasingüberschuss

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und -aufwendungen, laufende Erträge aus Finanzinstrumenten, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Close-Out-Zahlungen für vorzeitige Auflösungen von Derivategeschäften des Bankbuchs im Rahmen der laufenden Portfoliopflege. Der Leasingüberschuss (nur Konzern) setzt sich zusammen aus Leasingerträgen, -aufwendungen und -abschreibungen.

Der Zins- und Leasingüberschuss des Konzerns (IKB AG: Zinsüberschuss) nahm im Berichtszeitraum auf 291 Mio. € (IKB AG: 258 Mio. €) zu, entgegen dem erwarteten leichten Rückgang. Der Vorjahreswert lag bei 284 Mio. € (IKB AG: 230 Mio. €). Zu dieser positiven Entwicklung hat der gute Verlauf des Firmenkundengeschäfts beigetragen.

### Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss im Konzern fiel mit 39 Mio. € (IKB AG: 41 Mio. €) wie prognostiziert deutlich höher als der Vorjahreswert in Höhe von 30 Mio. € (IKB AG: 33 Mio. €) aus. Der Anstieg erklärt sich im Wesentlichen aus höheren Strukturierungserträgen aus dem Kundengeschäft sowie höheren Sicherungsprovisionen aus Credit Default Swaps (CDS).

### Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand umfasst folgende Posten: Personalaufwand, Anderer Verwaltungsaufwand sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der Verwaltungsaufwand im Konzern konnte wie erwartet um 16 Mio. € auf 284 Mio. € (IKB AG: um 20 Mio. € auf 225 Mio. €) reduziert werden.

Der Personalaufwand wurde im Konzern um 11 Mio. € auf 172 Mio. € (IKB AG: um 15 Mio. € auf 127 Mio. €) reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus den erfolgreich fortgesetzten Kostensenkungs- und Optimierungsmaßnahmen.

Der Andere Verwaltungsaufwand sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen konnten im Konzern um 5 Mio. € auf 111 Mio. € (IKB AG: um 5 Mio. € auf 98 Mio. €) reduziert werden. Der Rückgang im Konzern entfällt im Wesentlichen auf den durch den Rückkauf des Gebäudes der IKB-Zentrale in Düsseldorf eingesparten Mietaufwand. In der IKB AG entfällt der wesentliche Rückgang auf geringere Abschreibungen, reduzierten Aufwand für Sicherungseinrichtungen und Werbung.

### Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis umfasst die Sonstigen betrieblichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie die Abschreibungen und Zuschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere.

Wesentliche Einflussgrößen auf das Sonstige Ergebnis, das sich um 19 Mio. € auf -19 Mio. € (IKB AG: Rückgang um 57 Mio. € auf -77 Mio. €) reduziert hat, werden im Folgenden dargestellt.

Aus Close-Out-Zahlungen im Rahmen von strategischen vorzeitigen Auflösungen und aus Schließungen von Derivatepositionen des Bankbuchs ergaben sich per saldo Aufwendungen in Höhe von 261 Mio. € (IKB AG: per saldo 247 Mio. €) gegenüber den Aufwendungen im Vorjahr in Höhe von 213 Mio. € (IKB AG: per saldo 213 Mio. €).

Aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens ergaben sich per saldo Erträge in Höhe von 254 Mio. € (IKB AG: 184 Mio. €) nach Erträgen im Vorjahr von per saldo 263 Mio. € (IKB AG: 242 Mio. €).

Im Berichtsjahr hat die IKB außerordentlich Pensionsverpflichtungen in Höhe von 27 Mio. € (IKB AG: 23 Mio. €) dotiert, die bisher nach Ausübung eines Wahlrechts im Rahmen der BilMoG Erstanwendungsvorschriften auf 15 Jahre verteilt wurden.

Aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen resultiert im Berichtszeitraum ein Aufwand in Höhe von 29 Mio. € (IKB AG: 25 Mio. €) gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 21 Mio. € (IKB AG: 18 Mio. €).

Aus der Wertentwicklung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände resultiert im Berichtsjahr per saldo ein Ertrag in Höhe von 18 Mio. € (IKB AG: 16 Mio. €) nach Aufwendungen im Vorjahr von per saldo 26 Mio. € (IKB AG: per saldo 23 Mio. €).

Aus geplanten Restrukturierungsmaßnahmen ergab sich im laufenden Geschäftsjahr ein Aufwand in Höhe von 11 Mio. € (IKB AG: 11 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 29 Mio. € (IKB AG: 24 Mio. €).

### Risikovorsorgesaldo

(Hinweis: Ergänzende Informationen zur Risikovorsorge finden sich im Kapitel 3. „Risikobericht“, Tabelle Risikovorsorge.)

Der Risikovorsorgesaldo, in dem die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie die Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten sind, wurde im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015/16 um 26 Mio. € auf 17 Mio. € (IKB AG: um 28 Mio. € auf 20 Mio. €) Ertrag verbessert.

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft des Konzerns sind per saldo 15 Mio. € (IKB AG: 17 Mio. €) Erträge aus Nettoauflösungen zu Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Direktabschreibungen enthalten. Dem gegenüber standen im Vorjahr per saldo Aufwendungen in Höhe von 17 Mio. € (IKB AG: 16 Mio. €). Der Grund für die Verbesserung liegt insbesondere in der Nettoauflösung von Einzelwertberichtigungen.

Bei den Pauschalwertberichtigungen für das Kreditgeschäft des Konzerns ergab sich im Berichtsjahr eine Nettoauflösung in Höhe von 10 Mio. € (IKB AG: 12 Mio. €) gegenüber einer Nettozuführung im Vorjahr in Höhe von 7 Mio. € (IKB AG: 7 Mio. €). Grund für die Auflösung waren im Wesentlichen geringere historische Verlustquoten. Die Entwicklung der Pauschalwertberichtigungen wird im Anhang Ziffer (6) „Risikovorsorge“ näher erläutert.

Im Risikovorsorgesaldo sind Erträge aus Wertpapieren und Derivaten der Liquiditätsreserve in Höhe von 1 Mio. € (IKB AG: 1 Mio. €) nach 9 Mio. € (IKB AG: 9 Mio. €) im Vorjahr enthalten.

### Steuern

Der Steueraufwand lag im Berichtszeitraum bei 20 Mio. € (IKB AG: 18 Mio. €) nach 1 Mio. € (IKB AG: 3 Mio. € Steuerertrag) im Vorjahr.

### Ergebnis

Gegenüber dem im Prognosebericht des IKB-Geschäftsberichts 2015/16 erwarteten moderat gestiegenen positiven Ergebnis wurde im Geschäftsjahr 2016/17 ein prozentual deutlich erhöhter Konzernüberschuss von 26 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) erzielt. In der IKB AG liegt das Ergebnis wie prognostiziert unverändert bei 0 Mio. €.

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtszeitraum um 0,4 Mrd. € gesunken und lag am Berichtsstichtag bei 19,2 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 0,9 Mrd. € auf 18,4 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen, das auch das außerbilanzielle Geschäft enthält (siehe auch Kapitel 3. „Risikobericht“), ist im Konzern per Berichtsstichtag von 22,8 Mrd. € auf 22,3 Mrd. € gesunken (IKB AG: von 23,4 Mrd. € auf 22,6 Mrd. €) und umfasst im Wesentlichen mittel- und langfristige Kredite an Kreditinstitute, Kredite an Kunden, den Handelsbestand, die positiven Marktwerte der Derivate des Anlagebuchs sowie Bürgschaften.

### Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute sind im Konzern um 0,5 Mrd. € auf 1,7 Mrd. € (IKB AG: von 2,0 Mrd. € auf 1,5 Mrd. €) gesunken.

Die Forderungen an Kunden lagen im Konzern mit 9,9 Mrd. € entgegen der Prognose auf Vorjahresniveau. Der leichte Rückgang in der IKB AG um 0,1 Mrd. € auf 11,3 Mrd. € ist wie erwartet im Wesentlichen auf eine verhaltene Kreditnachfrage am Markt und eine selektive Kreditvergabe durch die IKB zurückzuführen. Trotz des gestiegenen Neugeschäftsvolumens konnten die Tilgungen im Berichtszeitraum nicht vollständig kompensiert werden.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind im Konzern um 0,3 Mrd. € auf 5,3 Mrd. € gestiegen (IKB AG: mit 4,7 Mrd. € auf Vorjahresniveau).

### Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insbesondere aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme von Fördermitteln um 0,3 Mrd. € auf 7,6 Mrd. € gesunken (IKB AG: Reduzierung um 0,3 Mrd. € auf 7,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich um 0,1 Mrd. € auf 7,6 Mrd. €, im Wesentlichen aufgrund geringerer Kundeneinlagen (IKB AG: Reduzierung um 0,1 Mrd. € auf 7,6 Mrd. €).

Der Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten liegt im Konzern mit 0,8 Mrd. € auf Vorjahresniveau. In der IKB AG verringerte sich der Bestand von 0,9 Mrd. € auf 0,8 Mrd. €, im Wesentlichen durch die Tilgungen von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 0,3 Mrd. € und Neuemissionen in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten verringerten sich im Wesentlichen durch Tilgungen im Konzern von 0,9 Mrd. € auf 0,7 Mrd. € (IKB AG: von 0,4 Mrd. € auf 0,2 Mrd. €).

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken besteht aus Reserven gemäß § 340g HGB unverändert zum Vorjahr in Höhe von 585 Mio. €.

### **Eigenkapital**

Insbesondere aufgrund des Konzernüberschusses und der im Eigenkapital erfassten Veränderung der Währungsumrechnungsdifferenzen der Berichtsperiode ist das Eigenkapital von 1.011 Mio. € um 28 Mio. € auf 1.039 Mio. € angestiegen (IKB AG: unverändert bei 1.207 Mio. €).

Bei der Berechnung der regulatorischen Eigenmittel ist der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 585 Mio. € als hartes Kernkapital zu berücksichtigen.

Bei Finanzinstrumenten im Anlagebuch in Form von Wertpapieren, aus Derivaten und aus nicht fristenkonruenter Refinanzierung des Kreditbuchs sind in den vergangenen Geschäftsjahren durch die Veränderungen von Marktzinssätzen, Währungskursen und Bonitäten unrealisierte Gewinne und unrealisierte Verluste entstanden. Der Konzern realisierte im Berichtszeitraum 2016/17 per saldo Verluste bei Derivaten und Wertpapieren in Höhe von 11 Mio. € durch strategische Verkäufe oder Änderungen der Derivateposition. Für weitere Details zur Ermittlung der unrealisierten Gewinne und Verluste wird auf den Anhang unter Ziffer (64) „Nicht realisierte Ergebnisse“ verwiesen. In den künftigen Geschäftsjahren können sich aus unrealisierten Verlusten Belastungen des Zinsüberschusses oder Veräußerungsverluste ergeben. Aus der Ermittlung gemäß der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA3 ergab sich wie im Vorjahr kein Rückstellungsbedarf.

### **Finanzlage**

Die Liquiditätslage der IKB ist stabil. Aufgrund des Funding-Mix und des niedrigen Zinsniveaus ist die Refinanzierung insgesamt günstiger als in den Vorperioden. Neben zweckbestimmten und anderen besicherten Refinanzierungen nimmt die IKB revolving Einlagen von Geschäfts- und Privatkunden herein. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundenbereich, baut weiterhin liquiditätswirksam nicht-strategische Aktiva ab und betreibt das Kreditneugeschäft selektiv.

Zur Darstellung der Fälligkeit von Verbindlichkeiten wird auf die Restlaufzeitengliederung im Anhang verwiesen. Zur Liquiditäts- und Finanzierungssituation wird auf das Kapitel 3. „Risikobericht“ verwiesen.

### **Gesamtaussage**

Die Ertragslage ist für die Bank zufriedenstellend. Die Finanz- und die Vermögenslage sind geordnet.

Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der Bank insgesamt positiv verlaufen.

### **Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Steuerung bei der IKB von untergeordneter Bedeutung. Neben einer Vielzahl von steuerungsrelevanten Sub-Größen nutzt die IKB die nachfolgenden finanziellen Indikatoren als wesentliche Leistungsindikatoren zur Steuerung.

### **Aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote**

Die aufsichtsrechtliche harte Kernkapitalquote bzw. CET 1-Quote wird als Prozentsatz des aufsichtsrechtlichen harten Kernkapitals bzw. CET 1 in Bezug zu den aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva ermittelt. Hinsichtlich der Überleitung des aufsichtsrechtlichen CET 1 und der Risikoaktiva wird auf die Ausführung zur regulatorischen Kapitalsituation im Kapitel 3. „Risikobericht“ verwiesen.

Zum 31. März 2017 lag die CET 1-Quote für die IKB-Gruppe bei 11,7 % und für die IKB AG bei 15,5 % (Details siehe Kapitel 3. „Risikobericht“). Damit hat die IKB, wie im Geschäftsbericht zum 31. März 2016 prognostiziert, die harte Kernkapitalquote weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten und die gesetzliche (CRR)

Mindestanforderung für die CET 1-Quote von 4,5 % zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers von 1,25 % und des SREP-Kapitalzuschlags übertroffen.

### **Leverage Ratio**

Als Ergänzung zu den risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen im Solvabilitätsregime wurde mit den Regularien der CRR zum 1. Januar 2014 die Leverage Ratio als Verschuldungs-Kennziffer eingeführt.

Die Leverage Ratio setzt die weitgehend ungewichtete Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte in Beziehung zum regulatorischen Kernkapital. Es handelt sich derzeit noch um eine Beobachtungskennziffer, die voraussichtlich erst ab dem 1. Januar 2019 verbindlich einzuhalten sein wird. Der am 23. November 2016 veröffentlichte Entwurf der angepassten Capital Requirements Regulations (sogenannte CRR2) enthält eine verbindliche Mindestquote von 3 %. Auch wenn die genaue Festlegung für diesen Zeitpunkt noch unsicher ist, hat sich international eine Benchmark von mindestens 3,0 % etabliert.

Die Leverage Ratio der IKB-Gruppe gemäß Artikel 429 CRR betrug nach den Übergangsbestimmungen und unter der Anwendung der Bestimmungen der Delegierten Verordnung EU 2015/62 vom 17. Januar 2015 zum 31. März 2017 8,05 % (IKB AG: 9,22 %). Die Benchmark von 3,0 % wird damit deutlich übertroffen und liegt, wie im Geschäftsbericht zum 31. März 2016 prognostiziert, auf etwa konstantem Niveau im Vergleich zum Vorjahr. Der über der Prognose liegende Anstieg der Leverage Ratio in der IKB AG ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Bank von ihrem Antragswahlrecht gemäß Artikel 429 Abs. 7 CRR Gebrauch gemacht hat und sogenannte Intra-Group Exposures von der Anrechnung auf die Risikomessgröße der Kennziffer befreit wurden.

### **Gewinn nach Steuern**

Wie im Geschäftsbericht 2015/16 prognostiziert, hat die IKB im Geschäftsjahr 2016/17 im operativen Geschäft einschließlich Veräußerungen von Finanzinstrumenten insgesamt positive Ergebnisse erzielt. Das Konzernergebnis betrug zum 31. März 2017 26 Mio. €. In der IKB AG ergab sich ein Jahresergebnis von 0 Mio. €.

### **Cost Income Ratio**

Die Cost Income Ratio zeigt die Verwaltungsaufwendungen in Relation zu der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und dem Nettoergebnis des Handelsbestandes und lag wie erwartet verbessert zum 31. März 2017 im Konzern bei 85,8 % gegenüber 93,7 % im Vorjahr.

### **Bankeinkommen und Netto-Bankeinkommen**

Das Bankeinkommen des Konzerns, das den Zins- und Leasingüberschuss und den Provisionsüberschuss umfasst, lag zum 31. März 2017 im Konzern bei 331 Mio. € gegenüber 313 Mio. € im Vorjahr.

Das Netto-Bankeinkommen umfasst das Bankeinkommen abzüglich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft und lag zum 31. März 2017 im Konzern bei 346 Mio. € gegenüber 296 Mio. € im Vorjahr.

### **Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) Liquiditätsverordnung**

Die Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) der Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung – LiqV) wird zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos herangezogen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV ist das Verhältnis zwischen den im Zeitraum bis zu einem Monat verfügbaren Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraumes abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Dabei muss die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1 oder mehr betragen, um die Anforderung zu erfüllen.

Mit einer Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) LiqV in der IKB AG zwischen 1,47 und 2,61 und einem Jahresdurchschnittswert von 1,66 im gesamten Berichtszeitraum verfügte die IKB AG jederzeit über einen ausreichenden Liquiditätspuffer. Die Liquiditätskennziffer bewegte sich damit in bzw. oberhalb der von der IKB im

Geschäftsbericht zum 31. März 2016 für das Geschäftsjahr 2016/17 erwarteten Bandbreite zwischen 1,25 und 2,00.

Da die Liquiditätsverordnung zum 31. Dezember 2017 außer Kraft gesetzt wird, wird die Liquiditätskennzahl nach LiqV ab dem Geschäftsjahr 2017/18 nicht mehr als Leistungsindikator herangezogen.

### **Liquidity Coverage Ratio (LCR)**

Die LCR ist der Quotient aus dem Bestand an hochliquiden Aktiva (Liquiditätspuffer) und dem kurzfristigen Netto-Liquiditätsbedarf, quantifiziert als Saldo aller gewichteten Zu- und Abflüsse (Cashflows) der nächsten 30 Kalendertage. Die Mindestanforderung für die LCR lag bei dem Inkrafttreten zum 1. Oktober 2015 gemäß Artikel 460 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 i. V. m. Artikel 38 Abs. 2 der Delegierten Verordnung 2015/61/EU bei 60 %, erhöhte sich zum 1. Januar 2016 auf 70 % und zum 1. Januar 2017 auf 80 %.

Die Liquiditätssteuerung der IKB erfolgte mit der Einführung verbindlicher Mindestanforderungen sowohl nach der LiqV-Kennziffer als auch nach der LCR. Die LCR betrug zum 31. März 2017 in der IKB-Gruppe 328 % (IKB AG: 271 %) mit einem Jahresdurchschnittswert in Höhe von 242 % (IKB AG: 211 %). Damit lag die IKB jederzeit über dem im Geschäftsbericht zum 31. März 2016 für das Geschäftsjahr 2016/17 angestrebten Mindestwert von 100 %.

### **3. Risikobericht**

#### **Risikomanagement-Organisation**

Die Bank betreibt unter Berücksichtigung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie sonstiger einschlägiger Verlautbarungen der Aufsichtsbehörden ein umfassendes Risikomanagement, welches sämtliche wesentliche Konzerngesellschaften und Risikoarten einbezieht. Das Risikomanagement-System ist einschließlich der Aufgaben und Verantwortungsbereiche in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank dokumentiert.

Die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie und im sogenannten Limitbook ihren Niederschlag finden. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen des Risikomanagements. Spezielle Ausschüsse unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Das Risikomanagement in der IKB folgt dem Prinzip der „drei Verteidigungslinien“, wobei jede einzelne Einheit (Segmente und Funktionen) im Rahmen ihrer operativen Verantwortung die sogenannte „erste Verteidigungslinie“ bildet.

Die Ressortverantwortung für die „zweite Verteidigungslinie“ im Sinne der Marktfolgefunktion, der die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemkreditbearbeitung obliegt, liegt ebenso wie die Verantwortung für die Compliance-Funktion im Vorstandsressort von Herrn Momburg. Die unabhängige portfoliobezogene Überwachung durch das Risikocontrolling sowie die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung sind im Vorstandsressort von Herrn Volz angesiedelt. Die unabhängige Geschäftsabwicklung und -kontrolle durch den Bereich Credit & Treasury Operations ist Herrn Dr. Oliveri del Castillo-Schulz zugeordnet.

Für die weiteren Risiken (zum Beispiel IT- oder Rechtsrisiken) liegt die Verantwortung der „zweiten Verteidigungslinie“ je nach Risikoart auch außerhalb der vorgenannten Risikofunktionen.

Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Marktfolge zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem der marktunabhängig durchzuführende Kreditgenehmigungsprozess sowie die fortlaufende einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken durch den Bereich Kreditrisikomanagement.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Kreditrisikomanagements. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden für die Bank zu reduzieren.

Die unabhängige portfoliobezogene Risikoüberwachung durch den Bereich Risikocontrolling umfasst die zeitnahe und kontinuierliche Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank sowie die Überwachung der Einhaltung der Risikotragfähigkeit. Damit verbunden werden alle Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlagebuch fortlaufend berechnet, analysiert und auf Konzernebene berichtet. Dazu gehört

auch die Überwachung der permanenten Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Auch die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des unabhängigen Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich führt der Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling sowie die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte durch.

Die „dritte Verteidigungslinie“ des Risikomanagements in der IKB bildet die interne Revision.

Der Bereich Konzernrevision ist eine selbstständige, prozessunabhängige und neutrale Überwachungseinheit innerhalb des IKB-Konzerns. Als Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren arbeitet der Bereich im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei und berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht. Die von der IKB an andere Dienstleister ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten werden im Rahmen eines fortlaufenden Auslagerungscontrollings sowie durch eigene Prüfungsaktivitäten der Konzernrevision bei den Auslagerungsunternehmen überwacht.

Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand auf Basis der Prüfungsberichte laufend unterrichtet. Im Rahmen von Quartalsberichten und eines Jahresberichts informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form u. a. über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Auf dieser Basis unterrichtet der für die Konzernrevision zuständige Vorstand wiederum den Aufsichtsrat über die wesentlichen Erkenntnisse aus Prüfungen der Revision.

Unabhängig davon ist sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder des Finanz- und Prüfungsausschusses unter Einbeziehung des Vorstands direkt bei dem Leiter der Revision Auskünfte einholen kann.

## **Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit**

### ***Regulatorische Kapitalausstattung***

Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung nach den Regularien der CRR. Für das Adressausfallrisiko wendet sie dabei den Kreditrisiko-Standardansatz, für die Ermittlung der Credit Valuation Adjustment-Charge die Standardmethode, für das operationelle Risiko den Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko die aufsichtlich vorgegebene Standardmethode an. Weiterhin nutzt die Bank zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate den aufsichtsrechtlichen Nettingansatz unter Berücksichtigung von bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen. Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten, wie sie mit Bilanzfeststellung wirksam werden.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe unter CRR/CRD IV<sup>1)</sup>

Werte in Mio. €	31.3.2017 <sup>2)</sup>	31.3.2016 <sup>2)3)</sup>
Adressenausfallrisiko (inklusive CVA-Charge 164 Mio. €, Vorjahr: 153 Mio. €)	11.888	11.970
Marktrisikooäquivalent	323	182
Operationelles Risiko	722	611
<b>Total Risk Weighted Assets (RWA)</b>	<b>12.934</b>	<b>12.763</b>
<b>Common Equity Tier 1 (CET 1)</b>	<b>1.510</b>	<b>1.479</b>
Additional Tier 1 (AT 1)	236	282
<b>Total Tier 1 (T 1)</b>	<b>1.746</b>	<b>1.761</b>
Tier 2 (T 2)	435	429
<b>Own Funds</b>	<b>2.181</b>	<b>2.190</b>
<b>CET 1-Ratio</b>	<b>11,7%</b>	<b>11,6%</b>
T 1-Ratio	13,5%	13,8%
Own Funds Ratio	16,9%	17,2%

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Angaben unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR. Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. März 2017 bzw. 31. März 2016 inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.
- 2) Angaben nach Bilanzfeststellung
- 3) unter stichtagsgleicher Zurechnung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im CET 1

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Einzelinstitutsebene unter CRR/CRD IV<sup>1)</sup>

Werte in Mio. €	31.3.2017 <sup>2)</sup>	31.3.2016 <sup>2)3)</sup>
Adressenausfallrisiko (inklusive CVA-Charge 164 Mio. €, Vorjahr: 153 Mio. €)	10.815	11.027
Marktrisikooäquivalent	70	61
Operationelles Risiko	481	366
<b>Total Risk Weighted Assets (RWA)</b>	<b>11.366</b>	<b>11.454</b>
<b>Common Equity Tier 1 (CET 1)</b>	<b>1.766</b>	<b>1.772</b>
Additional Tier 1 (AT 1)	0	0
<b>Total Tier 1 (T 1)</b>	<b>1.766</b>	<b>1.772</b>
Tier 2 (T 2)	197	239
<b>Own Funds</b>	<b>1.964</b>	<b>2.011</b>
<b>CET 1-Ratio</b>	<b>15,5%</b>	<b>15,5%</b>
T 1-Ratio	15,5%	15,5%
Own Funds Ratio	17,3%	17,6%

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Angaben unter Berücksichtigung der Ein- und Ausphasungsregelungen der CRR. Die CET 1-Quoten wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. März 2017 bzw. 31. März 2016 inklusive Übergangsvorschriften sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.
- 2) Angaben nach Bilanzfeststellung
- 3) unter stichtagsgleicher Zurechnung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im CET 1

Mit 11,7 % auf Gruppen- und 15,5 % auf Einzelinstitutsebene liegen die CET 1-Quoten der IKB deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen an das CET 1 einschließlich Kapitalerhaltungspuffer und anti-zyklischem Kapitalpuffer sowie den SREP-Eigenmittelanforderungen, die die BaFin im Rahmen ihres bankenaufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Beurteilungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) festgesetzt hat.

Der Vorstand geht davon aus, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen auch in Zukunft eingehalten werden können (siehe auch Kapitel 5. „Prognosebericht“).

Obwohl die CRR bereits seit dem 1. Januar 2014 verbindlich anzuwenden ist, bestehen unverändert Unsicherheiten in der Interpretation der neuen Verordnung. Dies zeigt auch die Vielzahl der Auslegungsfragen, die an die EBA gestellt werden und für eine Auslegung des Regelwerkes von hoher Bedeutung sind. Weiterhin liegen zum jetzigen Zeitpunkt eine Vielzahl von technischen Regulierungsstandards der EBA noch nicht in ihrer finalen Fassung vor bzw. werden gemäß dem ursprünglichen Zeitplan der EBA verspätet veröffentlicht. Die nicht immer vorhersehbaren Ergebnisse des internationalen Bankenregulierungsprozesses und die europäischen Vorhaben für eine einheitliche Beaufsichtigung verursachen somit erhebliche Unsicherheiten bei der Einschätzung künftiger Kapitalanforderungen. Dies betrifft u. a. die Umsetzung der Regelungen aus der Banking Recovery and Resolution Directive (BRRD) mit der nationalen Umsetzung im Rahmen des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes. Die Europäische Kommission veröffentlichte am 23. November 2016 die Konsultationsdokumente zur Überarbeitung der CRD IV/CRR, die noch vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen und als Verordnung und Richtlinie beschlossen werden müssen. Dieser Prozess mit der damit üblicherweise einhergehenden Kompromissfindung (Trilogverfahren) wird sich über mehrere Jahre erstrecken.

Darüber hinaus hat der Baseler Ausschuss (BCBS) eine Vielzahl von Arbeitspapieren zur Konsultation gestellt oder bereits verabschiedet, die unter dem Arbeitstitel Basel IV zusammengefasst werden. Dazu gehören insbesondere die Papiere zur Novellierung des Kreditrisikostandardansatzes (BCBS 347), zum Kontrahentenausfallrisiko (BCBS 279), zur Überarbeitung der Verbriefungsvorschriften (BCBS 303), zu den Handelsbuchvorschriften (BCBS 305), zum operationellen Risiko (BCBS 355), zum Zinsänderungsrisiko im Bankbuch (BCBS 368), zur Floor-Gestaltung bei den fortgeschrittenen Messansätzen (BCBS 306) und Identification and management of step-in risk (BCBS 398). Die genaue Wirkungsweise auf die künftigen Kapitalanforderungen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend quantifiziert werden. Auch der Zeitpunkt für ein verbindliches Inkrafttreten im EU-weit harmonisierten Bankenaufsichtsrecht steht derzeit noch nicht fest.

### **Risikotragfähigkeit**

Die Erhaltung der Risikotragfähigkeit bildet das Fundament der risikoseitigen Banksteuerung. Der Gesetzgeber hat die Grundlage für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit als wesentliche Zielgröße in § 25a KWG (Kreditwesengesetz) gelegt. Danach haben die Institute auf der Grundlage ihres Gesamtrisikoprofils sicherzustellen, dass alle als wesentlich eingestuften Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (die Risikodeckungsmasse) abgedeckt sind.

Zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit betrachtet die IKB sowohl eine bilanzorientierte Going-Concern-Sicht als auch eine wertorientierte Liquidations- bzw. Gone-Concern-Sicht.

Der ökonomische Kapitalbedarf zur Abdeckung des unerwarteten Gesamtbankrisikos (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko [nur in der Going-Concern-Sicht] sowie allgemeines Geschäftsrisiko und operationelles Risiko) wird mittels bankeigener quantitativer Modelle bestimmt. Da sich Reputationsrisiken letztlich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko niederschlagen, werden Reputationsrisiken nicht nochmals explizit in die Berechnungen des Gesamtbankrisikos einbezogen. Für Beteiligungsrisiken wird kein expliziter ökonomischer Kapitalbedarf berechnet, da die in den Beteiligungen liegenden Risiken im Sinne einer Durchschau berücksichtigt werden und ebenfalls einer laufenden Überwachung unterliegen. Rechtsrisiken sind Bestandteil des operationellen Risikos.

In der Going-Concern-Sicht wird die Risikodeckungsmasse auf Basis der regulatorischen Eigenkapitalpositionen (hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital) in der Weise bestimmt, dass im

Betrachtungszeitraum auch bei vollständiger Aufzehrung der Risikodeckungsmasse weiterhin alle Mindestkapitalanforderungen einschließlich des sogenannten SREP-Zuschlags erfüllt sind.

Analog zur bilanzorientierten Ableitung der Risikodeckungsmasse werden in der Going-Concern-Sicht alle betrachteten Risiken ebenfalls GuV-/bilanzorientiert ermittelt, um den hierfür erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarf zu bestimmen.

Die nachstehende Tabelle stellt den ökonomischen Kapitalbedarf in der Going-Concern-Sicht, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 95 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur Verfügung stehen wird.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Going-Concern-Sicht

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
Adressenausfallrisiko	156	56%	189	56%
Marktpreisrisiko	22	8%	43	13%
Operationelles Risiko	19	7%	15	4%
Geschäftsrisiko	62	22%	67	20%
Liquiditätsrisiko	19	7%	26	8%
<b>Summe</b>	<b>278</b>	<b>100%</b>	<b>340</b>	<b>100%</b>
abzgl. Diversifikationseffekte	-33		-64	
<b>Gesamtrisikoposition</b>	<b>246</b>		<b>276</b>	
<b>Risikodeckungsmasse</b>	<b>528</b>		<b>786</b>	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Gesamtrisikoposition ist gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn um 30 Mio. € auf 246 Mio. € gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang des Adressenausfallrisikos. Die Risikodeckungsmasse ist auf Basis der aktuellen Bankplanung und unter Berücksichtigung des SREP-Zuschlags gegenüber dem 31. März 2016 um 258 Mio. € auf 528 Mio. € gesunken.

Zum Stichtag 31. März 2017 beträgt der Auslastungsgrad der Risikodeckungsmasse durch die Gesamtrisikoposition unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten 47 % (31. März 2016: 35 %). Sollten die unerwarteten Risiken tatsächlich eintreten, sind – auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten – weiterhin alle bankenaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen gemäß Basel III erfüllt.

Neben der oben beschriebenen Going-Concern-Sicht beobachtet und analysiert die Bank auch die Gesamtrisikoposition und die Risikodeckungsmasse im Sinne einer Liquidationssicht. Im Vergleich zur Going-Concern-Sicht erfolgt die Ableitung der Risikodeckungsmasse und der korrespondierenden Risiken wertorientiert.

Die Risikodeckungsmasse in der Liquidationssicht ergibt sich aus allen der Bank dienenden Kapitalbestandteilen inklusive Genussrechts- und Nachrangkapitalien. Gleichzeitig werden sämtliche Stillen Lasten/Reserven aus Krediten, Wertpapieren und Derivaten sowie Pensionsverpflichtungen vollumfänglich berücksichtigt.

Die nachstehende Tabelle stellt den ökonomischen Kapitalbedarf in der Liquidationssicht, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 99,76 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur Verfügung stehen wird.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Liquidationssicht

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
Adressenausfallrisiko	604	46%	667	47%
Marktpreisrisiko	547	42%	591	41%
Operationelles Risiko	52	4%	52	4%
Geschäftsrisiko	106	8%	115	8%
<b>Summe</b>	<b>1.309</b>	<b>100%</b>	<b>1.425</b>	<b>100%</b>
abzgl. Diversifikationseffekte	-389		-306	
<b>Gesamtrisikoposition</b>	<b>920</b>		<b>1.119</b>	
<b>Risikodeckungsmasse</b>	<b>1.657</b>		<b>1.734</b>	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

In der Liquidationssicht hat sich die Risikodeckungsmasse im Vergleich zum Geschäftsjahresbeginn um 77 Mio. € verringert. Dies ist im Wesentlichen auf ein verändertes Stilles Ergebnis zurückzuführen. Gleichzeitig ist die Gesamtrisikoposition aller als wesentlich eingestuften Risikoarten um 199 Mio. € auf 920 Mio. € zurückgegangen. Damit übersteigt die Risikodeckungsmasse die Gesamtrisikoposition unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten deutlich, die Auslastung der Risikodeckungsmasse beträgt 56 % (31. März 2016: 65 %). Auch ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten übersteigt die Risikodeckungsmasse die Gesamtrisikoposition bei einer Auslastung von 79 % deutlich (31. März 2016: 82 %).

### Prognoserechnungen und Stresstests

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden beiden Geschäftsjahre. Basis für diese Prognoserechnungen ist der Business-Plan der Bank. Daneben führt die Bank regelmäßig und anlassbezogen verschiedene Stresstests durch. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Business-Plans die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Kapitalbedarf für unerwartete Risiken sowohl in der Going-Concern-Sicht als auch in der Liquidationssicht in den nächsten beiden Geschäftsjahren übersteigen wird.

Die Analyse der Stresstests zeigt, dass unter bestimmten Annahmen, wie z. B. dem Zerfall der Euro-Zone mit gesamtwirtschaftlichen Folgen für den gesamten EU-Wirtschaftsraum, die Risikodeckungsmasse nicht mehr in der Lage wäre, die damit verbundene Gesamtrisikoposition vollständig abdecken zu können.

### Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden alle Risikostrategien unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung sowie der konjunkturellen Lage überarbeitet.

### Kreditrisikostrategie

Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter auf niedrigem Niveau begrenzen. Neben der Beschränkung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Trotz der hohen Bonitäts- und Risikoanforderungen haben sich gleichzeitig die Ergebnisbeiträge aus dem Kreditgeschäft in den letzten Jahren positiv entwickelt.

Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt des Unternehmensfinanzierungsgeschäfts der IKB in Deutschland liegen. Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung. Der auf ausländische Schuldner entfallende Teil des Kreditportfolios betrifft überwiegend Anleihen und Forderungen mit Schuldnern des Finanz- und öffentlichen Sektors, die die Bank im Rahmen ihres Investmentportfolios zu Diversifikationszwecken und zur Liquiditätsanlage hält.

### **Marktpreisrisikostategie**

Die Marktpreisrisikostategie beschreibt, welches Risikoprofil die IKB bei der Übernahme von Marktpreisrisiken bereit ist zu akzeptieren und welche Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Risiken ergriffen werden. Marktpreisrisiken resultieren derzeit primär aus dem Investmentportfolio und dem Treasury. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread- sowie Zinsänderungsrisiken, die angesichts des auch für das Geschäftsjahr 2017/18 erwarteten Niedrigzinsniveaus im Hinblick auf den geplanten Zinsüberschuss unverändert im Fokus stehen werden.

### **Liquiditätsstrategie**

Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen, der Ausgabe von Schuldscheinen, den Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form sowie der Teilnahme am EZB-Tenderverfahren. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen, diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere.

### **Risikostategie operationeller Risiken**

Das Oberziel des Managements operationeller Risiken in der IKB ist die Reduzierung von Verlusten, die aus operationellen Schadensfällen resultieren. Ziel ist es, die optimale Balance zwischen Risikoakzeptanz und der mit Risikoreduzierung bzw. -vermeidung verbundenen Kosten zu erreichen. Aufbauend auf den Daten aus der Business-Impact-Analyse, die die geschäfts-, prozess- und systemimmanenten operationellen Risiken erfasst und bewertet, sind für alle als „unternehmenskritisch“ eingestufteten Risiken Notfallpläne erstellt.

### **Adressenausfallrisiken**

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko.

### **Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung**

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Bonitätsanalyse, Votierung) sowie der Engagementüberwachung (Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den marktunabhängigen Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations, bei komplexeren Einzelfällen unter Einbindung von spezialisierten Juristen.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer auf Basis von Jahresabschlüssen,

Planzahlen und Liquiditätsplanungen kommt der Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt und der Zukunftsaussichten bei der Kreditanalyse eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplazierbarkeit bzw. Syndizierbarkeit – von Krediten gelegt.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisikomanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Jahresturnus die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet.

### **Ratingprozess und Ratingsysteme**

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über – auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene – Ratingsysteme, deren Entwicklung, Pflege und Betrieb in Teilen an externe Dienstleister ausgelagert sind. Den einzelnen Bonitätsstufen sind auf Basis historischer Ausfälle Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Im Geschäftsjahr wurde eine umfassende Überprüfung und Optimierung der Ratingprozesse durchgeführt. Darüber hinaus wurde die Methodik zur Ermittlung der Bonität klassischer Unternehmensfinanzierungen weiterentwickelt. Die Entwicklung, die Pflege und der Betrieb des Ratingsystems für gewerbliche Immobilienfinanzierungen sind im Geschäftsjahr an einen externen Dienstleister ausgelagert worden.

### **Quantifizierung des Kreditrisikos**

Die Quantifizierung des Adressenausfallrisikos basiert auf einem Portfoliomodell. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Asset-Korrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

### **Portfolioüberwachung und -steuerung**

Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt gemeinsam durch auf Branchenrisiken spezialisierte Einheiten in der Marktfolge. Deren umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der Risikosteuerung. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

**Struktur des Adressenausfallrisikos**

Das Kreditvolumen zum 31. März 2017 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	31.3.2017	31.3.2016	Änderung	31.3.2017	31.3.2016	Änderung
Forderungen an Kreditinstitute	1.670	2.122	-452	1.505	2.013	-508
Forderungen an Kunden	9.925	9.888	37	11.349	11.467	-118
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Schuldverschreibungen	5.309	5.036	273	4.694	4.689	5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	473	470	3	2	2	-
Beteiligungen <sup>1)</sup>	4	11	-7	-	-	-
Leasingvermögen	928	941	-13	-	-	-
<b>Zwischensumme: Bilanzaktiva</b>	<b>18.309</b>	<b>18.468</b>	<b>-159</b>	<b>17.550</b>	<b>18.171</b>	<b>-621</b>
Eventualverbindlichkeiten <sup>2)</sup>	2.566	2.257	309	3.512	3.190	322
Positive Marktwerte im Derivate-Anlagebuch <sup>3)</sup>	1.191	1.792	-601	1.201	1.803	-602
Wertberichtigungen <sup>4)</sup>	233	355	-122	213	332	-119
Leasing: Passivische Rechnungsabgrenzungsposten und geleistete Anzahlungen	-97	-63	-34	-	-	-
Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate	-53	-50	-3	-53	-50	-3
Wertpapierleihe	190	-	190	190	-	190
<b>Bruttokreditvolumen</b>	<b>22.339</b>	<b>22.759</b>	<b>-420</b>	<b>22.613</b>	<b>23.446</b>	<b>-833</b>
nachrichtlich: weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens						
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.550	1.559	-9	1.357	1.434	-77
Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen <sup>5)</sup>	17	17	-	262	149	113

- 1) Beteiligungen sind im Konzern nach Konsolidierung Bestandteil des Bruttokreditvolumens, in der IKB AG außerhalb des Bruttokreditvolumens.
- 2) Vor Abzug von Risikovorsorge. In dieser Position sind alle Protection Seller Credit Default Swaps (CDS)-Nominalwerte enthalten, darin auch nominal 1.324 Mio. € (31. März 2016: 1.243 Mio. €), die aufgrund der Regelungen des IDW RS BFA 1 bilanziell als schwebendes Geschäft wie Derivate behandelt werden.
- 3) Inklusive 21 Mio. € (31. März 2016: 7 Mio. €) positive Marktwerte aus Protection Seller CDS, deren Nominalvolumina aufgrund der Regelungen des IDW RS BFA 1 bilanziell als Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden.
- 4) ohne Drohverlustrückstellungen aus in strukturierte Produkte eingebetteten Derivaten; Kreditvolumen nach Abzug von Abschreibungen auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere; IKB AG: ohne pauschale Länderrisikovorsorge
- 5) IKB AG: inklusive Beteiligungen

Während sich die Forderungen an Kreditinstitute und die positiven Marktwerte im Derivate-Anlagebuch um insgesamt rund 1,1 Mrd. € reduziert haben, blieben die Forderungen an Kunden nahezu stabil. Bei den Forderungen an Kunden kompensierte der Nettozuwachs im strategischen Kreditportfolio die unverändert fortgesetzten Abbaumaßnahmen im nicht-strategischen Kreditbestand.

Die Bank hat zum Stichtag 31. März 2017 Wertpapiere verliehen. Die hieraus resultierenden zusätzlichen Adressenausfallrisiken – Ausfallrisiko des Wertpapier-Entleihers – werden mit 190 Mio. € in der Zeile „Wertpapierleihe“ berücksichtigt.

Insgesamt hat sich das Bruttokreditvolumen gegenüber dem 31. März 2016 im Konzern um 0,4 Mrd. € und in der IKB AG um 0,8 Mrd. € reduziert.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2017 Anzahl <sup>1)</sup>	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
kleiner 5 Mio. €	2.484	11%	24.831	2.527	11%
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	1.299	6%	181	1.452	6%
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	2.840	13%	206	2.545	11%
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.516	16%	114	3.323	15%
50 Mio. € und größer	11.550	52%	56	12.114	53%
<b>Zwischensumme</b>	<b>21.689</b>	<b>97%</b>	<b>25.388</b>	<b>21.961</b>	<b>96%</b>
Risikoausplatzierungen <sup>2)</sup>	650	3%	-	798	4%
<b>Gesamt</b>	<b>22.339</b>	<b>100%</b>	<b>25.388</b>	<b>22.759</b>	<b>100%</b>

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Durch Derivateabbau und Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute entfällt der Schwerpunkt des Kreditvolumenrückgangs auf die Größenklasse „50 Mio. € und größer“. 92 % des Kreditvolumens in dieser Größenklasse entfallen auf Kreditinstitute und den Finanzsektor respektive den öffentlichen Sektor. Der Anstieg in den mittleren Größenklassen entfällt auf den Unternehmenssektor.

Der Großteil der Größenklasse „kleiner 5 Mio. €“ besteht aus kleinteiligen Leasingfinanzierungen. In der IKB AG beträgt das Kreditvolumen dieser Größenklasse daher lediglich 0,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,0 Mrd. €). Darüber hinaus weist die Größenklassenstruktur der IKB AG gegenüber dem Konzern keine Besonderheiten auf.

### Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
Grundpfandrechte <sup>1)</sup>	2.664	12%	2.827	12%
Sicherungsübereignung und Leasinggegenstände <sup>1)</sup>	2.415	11%	2.282	10%
Sonstige Sicherheiten <sup>1)2)</sup>	3.197	14%	2.814	12%
Collateralized <sup>1)</sup>	1.069	5%	1.589	7%
<b>Besichertes Kreditvolumen</b>	<b>9.345</b>	<b>42%</b>	<b>9.512</b>	<b>42%</b>
Blankokredite <sup>3)</sup>	12.344	55%	12.449	55%
<b>Zwischensumme</b>	<b>21.689</b>	<b>97%</b>	<b>21.961</b>	<b>96%</b>
Risikoausplatzierungen <sup>4)</sup>	650	3%	798	4%
<b>Gesamt</b>	<b>22.339</b>	<b>100%</b>	<b>22.759</b>	<b>100%</b>

1) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Krediteile

2) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativerklärungen

3) inklusive von der Bank im Interbankenmarkt gestellte Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Für das traditionelle Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen bedeutenden Stellenwert. Blankokredite entfallen überwiegend auf „Kreditinstitute und Finanzsektor“ (rund 5,3 Mrd. €, 31. März 2016:

5,9 Mrd. €) sowie den öffentlichen Sektor (4,7 Mrd. €, 31. März 2016: 4,0 Mrd. €). Sofern die Bank im Interbankenmarkt Sicherheiten für Derivate in Form von Tages- und Termingeldern stellt, werden auch diese unter den „Blankokrediten“ ausgewiesen. 2,3 Mrd. € (31. März 2016: 2,5 Mrd. €) der Blankokredite entfallen auf Unternehmensfinanzierungen.

Der durch Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten besicherte Engagementanteil ist konstant geblieben.

Durch den Rückgang im Derivategeschäft ist auch das Volumen in der Kategorie „Collateralized“ gesunken. Unter „Collateralized“ wird das Derivatevolumen dargestellt, bei dem aufgrund von Verrechnungsvereinbarungen Derivatepositionen mit positiven und negativen Marktwerten saldiert werden.

Das Gros der Risikoausplatzierungen entfällt auf Haftunterbeteiligungen durch Kreditinstitute (überwiegend KfW Bankengruppe – KfW). Rund 26 % entfallen auf öffentliche Bürgschaften (inklusive Hermesdeckung) und synthetische Verbriefungen, bei denen die KfW das Kreditrisiko absichert. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen werden. Die Betreuung der Kreditnehmer erfolgt auch bei ausplatzierten Krediten unverändert durch die IKB AG. Der Rückgang der Risikoausplatzierungen resultiert vornehmlich aus den Tilgungen der mittels Verbriefungstransaktionen ausplatzierten oder abgesicherten Kredite.

In der IKB AG ist die Besicherungsstruktur und -entwicklung bis auf einen niedrigeren Anteil der Sicherheitenklasse „Sicherungsübereignung und Leasinggegenstände“ vergleichbar zum Konzern.

### Geografische Struktur

Nach Regionen teilt sich das Kreditvolumen wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
Inland	10.259	46%	9.869	43%
Ausland	11.430	51%	12.092	53%
Westeuropa	8.457	38%	9.552	42%
Osteuropa	1.430	6%	1.179	5%
Nordamerika	1.129	5%	990	4%
Sonstige Länder	414	2%	371	2%
<b>Zwischensumme</b>	<b>21.689</b>	<b>97%</b>	<b>21.961</b>	<b>96%</b>
Risikoausplatzierungen <sup>1)</sup>	650	3%	798	4%
<b>Gesamt</b>	<b>22.339</b>	<b>100%</b>	<b>22.759</b>	<b>100%</b>

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Das inländische Kreditvolumen ist überwiegend durch höhere Unternehmenskredite angestiegen. Der Rückgang in Westeuropa betraf vor allem Kreditinstitute und den Finanzsektor, aber auch den Unternehmenssektor durch Abbau nicht-strategischer Assets.

Das auf Osteuropa entfallende Volumen entfällt knapp hälftig auf das Leasinggeschäft und zu einem Drittel auf Anleihen der Republik Polen und Protection Seller CDSs mit der Referenz Republik Polen. Das Volumen in den „Sonstigen Ländern“ umfasst hauptsächlich Protection Seller CDS und Anleihen mit Schuldner bzw. der Referenz des öffentlichen Sektors (u. a. Volksrepublik China).

In der IKB AG verlief die Entwicklung bei einem im Vergleich zum Konzern unverändert niedrigeren Osteuropa-Anteil und einem rückläufigen Anteil in Nordamerika parallel.

**Branchenstruktur**

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
Industriebranchen	10.155	45%	10.037	44%
Maschinenbau	918	4%	947	4%
Energieversorgung	750	3%	729	3%
Chemische Industrie	661	3%	687	3%
Großhandel (ohne Kfz)	642	3%	556	2%
Metallerzeugnisse	616	3%	663	3%
Sonstige Industriebranchen	6.568	29%	6.455	28%
Immobilien	371	2%	434	2%
Finanzsektor	1.259	6%	1.361	6%
Banken	5.104	23%	6.041	27%
Öffentlicher Sektor	4.800	21%	4.088	18%
<b>Zwischensumme</b>	<b>21.689</b>	<b>97%</b>	<b>21.961</b>	<b>96%</b>
Risikoausplatzierungen <sup>1)</sup>	650	3%	798	4%
<b>Gesamt</b>	<b>22.339</b>	<b>100%</b>	<b>22.759</b>	<b>100%</b>

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Durch das ansteigende Kreditgeschäft mit den Unternehmenskunden ist sowohl das absolute Kreditvolumen als auch der Anteil der Industriebranchen leicht angestiegen. Dabei blieb der Diversifizierungsgrad unverändert hoch – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. Der Derivateabbau und Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute zeigt sich in dem niedrigeren Volumen bei „Banken“. Durch Anleiherwerb stieg das Volumen im „öffentlichen Sektor“.

In der IKB AG verlief die Entwicklung parallel.

### Bonitätsstruktur

Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur<sup>1)</sup> – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2017 in %	31.3.2016 in Mio. €	31.3.2016 in %
1-4	7.247	32%	7.659	34%
5-7	6.746	30%	7.512	33%
8-10	4.935	22%	4.288	19%
11-13	2.211	10%	1.565	7%
14-15	301	1%	378	2%
Non-performing Assets <sup>2)</sup>	249	1%	559	2%
<b>Zwischensumme</b>	<b>21.689</b>	<b>97%</b>	<b>21.961</b>	<b>96%</b>
Risikoausplatzierungen <sup>3)</sup>	650	3%	798	4%
<b>Gesamt</b>	<b>22.339</b>	<b>100%</b>	<b>22.759</b>	<b>100%</b>

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) vor Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, nach Niederwertabschreibung Wertpapiere

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Das Volumen in den besten Bonitätsgruppen (1-4 und 5-7) hat sich vor allem durch die Reduzierung der geschäftlichen Aktivitäten mit Kreditinstituten, aber auch durch Ratingmigrationen in die schwächeren Ratingstufen 8-10 und 11-13 verringert.

Die Bonitätsgruppe 14-15 entfällt knapp zur Hälfte auf Leasingfinanzierungen, für die Leasinggüter als Sicherheit dienen.

In der IKB AG verlief die Entwicklung parallel.

### Non-performing Assets

Non-performing Assets sind Kreditvolumina von Schuldern, die einen Schuldnerausfall nach § 178 Capital Requirements Regulation (CRR) aufweisen. Ein Schuldnerausfall liegt vor, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, Zinsen oder Kapitalrückzahlungen an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen in Verzug sind, eine Einzelrisikovorsorge gebildet wurde oder wenn andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Wertpapiere werden den Non-performing Assets zugeordnet, falls die Bank eine nachhaltige Wertminderung für wahrscheinlich hält.

Engagements ohne Schuldnerausfall, die von den auf Sanierungsmaßnahmen spezialisierten Einheiten der Bank betreut werden, gelten nicht als Non-performing Assets. Zusammen mit den Non-performing Assets unterliegen diese Engagements einer intensiven Überwachung.

Im IKB-Konzern betrug der Bestand der Non-performing Assets und der weiteren durch die spezialisierten Einheiten betreuten Engagements zum Stichtag 31. März 2017 insgesamt 0,4 Mrd. € (31. März 2016: 0,7 Mrd. €).

Kommt die Bank im Rahmen ihrer Einzelfallüberprüfung zu der Erkenntnis, dass die vertraglichen Verpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können, wird die Forderung als nachhaltig wertgemindert eingestuft und einzelwertberichtigt. Bei der Bemessung der Höhe der Einzelrisikovorsorge berücksichtigt die IKB neben gegebenenfalls künftig noch vom Kreditnehmer zu erwartenden Kapitaldienstzahlungen den Liquidationswert der jeweils verfügbaren Sicherheiten.

Tabelle: Non-performing Assets<sup>1)</sup> – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2016 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Assets mit Einzelrisikovorsorge	194	447	-253	-57%
davon: Kredite Inland	104	214	-110	-51%
Kredite Ausland	90	184	-94	-51%
abgeschriebene Wertpapiere	-	49	-49	-100%
Nicht wertgemindert	55	139	-84	-60%
<b>Gesamt</b>	<b>249</b>	<b>586</b>	<b>-337</b>	<b>-58%</b>
In % des Kreditvolumens	1,1%	2,6%		

1) vor Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für das Kreditgeschäft, vor Niederstwertabschreibung Wertpapiere

Die Non-performing Assets konnten gegenüber dem 31. März 2016 erneut signifikant um 337 Mio. € bzw. 58 % gesenkt werden. Der größte Teil des Rückgangs resultiert aus den Abbaumaßnahmen inklusive Kreditausbuchungen der Assets mit Einzelrisikovorsorge. Dabei konnte die Bank erneut bereits gebildete Einzelwertberichtigungen auflösen. Die abgeschriebenen Wertpapiere wurden durch Verkauf oder Beendigung der Verbriefungspositionen aus eigenen Verbriefungen vollständig abgebaut.

Bei den nicht wertgeminderten Non-performing Assets resultiert die Verminderung im Wesentlichen aus der finalisierten Umsetzung einer Anpassung der NPA-Definition an die derzeit gültigen aufsichtlichen Regelungen der CRR, nach der bestimmte Restrukturierungskredite nicht als ausgefallen und damit auch nicht als Non-performing Assets anzusehen sind.

Die Quote der Non-performing Assets beträgt zum 31. März 2017 1,1 % (31. März 2016: 2,6 %).

In der IKB AG verlief die Entwicklung parallel. Die Non-performing Assets gingen von 522 Mio. € auf 214 Mio. € bzw. die NPA-Quote von 2,2 % auf 0,9 % zurück.

Nicht als Non-performing Assets gelten:

- Risikoausplatzierungen (52 Mio. €, 31. März 2016: 99 Mio. €), die auf Non-performing Assets entfallen, da diese Kreditrisiken von anderen Banken, öffentlichen Stellen oder über Collateralized-Loan-Obligations (CLO)-Ausplatzierung übernommen sind und auf die Haftungsübernehmer abgestellt sind (Bonitätswechsel).
- Nicht gezogene Zusagen bei Schuldern, deren Restengagement als Non-performing Asset geführt wird (6 Mio. €, 31. März 2016: 30 Mio. €) und
- Wertpapiere, die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden – vgl. hierzu das Unterkapitel „Adressenausfallrisiken“/„Strukturierte Kreditprodukte“ im Kapitel 3. „Risikobericht“.

### Risikovorsorge

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei akutem Ausfallrisiko eine Risikovorsorge in Form einer Einzelwertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDS sowie bei in Credit Linked Notes (CLN) eingebetteten CDS wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet. Vgl. auch die Erläuterungen im Anhang Ziffer (6) „Risikovorsorge“.

Tabelle: Risikovorsorge – Konzern

	31.3.2017 in Mio. €	31.3.2016 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen <sup>1)</sup>	37,7	67,1	-44%
Direktabschreibungen	37,8	14,4	>100%
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-11,5	-8,7	32%
Auflösung und Unwinding von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen <sup>1)</sup>	-68,3	-62,5	9%
Zuführung zu/Auflösung von Pauschalwertberichtigungen <sup>2)</sup>	-10,5	7,0	
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>-14,8</b>	<b>17,3</b>	
eingebettete Derivate/Aufwendungen Kreditversicherungen/Erträge aus in Beteiligungen gewandelte Kreditgeschäfte	-1,3	0,5	
<b>Nettozuführung zur Risikovorsorge</b>	<b>-16,1</b>	<b>17,8</b>	
Ergebnis aus Wertpapieren und Derivaten der Liquiditätsreserve	-0,5	-8,5	-94%
<b>Risikovorsorgesaldo</b>	<b>-16,6</b>	<b>9,3</b>	
<b>Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen<sup>3)</sup></b>			
Anfangsbestand	206,9	330,7	-37%
Inanspruchnahme	-99,9	-130,0	-23%
Auflösung	-63,2	-56,0	13%
Umgliederung und Saldo aus Auf- und Abzinsungen	12,2	0,2	>100%
Unwinding	-5,1	-6,5	-22%
Zuführung Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	37,7	67,1	-44%
Fremdwährungsänderung	0,4	1,4	-71%
<b>Bestand EWB/Rückstellungen</b>	<b>89,0</b>	<b>206,9</b>	<b>-57%</b>
<b>Pauschalwertberichtigungen<sup>2)</sup></b>			
Anfangsbestand	166,2	159,2	4%
Zuführung/Auflösung	-10,5	7,0	
Umgliederung	0,6	-	
<b>Bestand Pauschalwertberichtigungen</b>	<b>156,3</b>	<b>166,2</b>	<b>-6%</b>
<b>Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rückstellungen)</b>	<b>245,3</b>	<b>373,1</b>	<b>-34%</b>

1) ohne als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten

2) inklusive als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten

3) ohne Rückstellungen auf eingebettete Derivate, ohne als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit einem Ertrag von 15 Mio. € historisch niedrig. Grund für den starken Rückgang im Vergleich zum bereits niedrigen Niveau des Vorjahres sind rückläufige Zuführungen, erneut hohe EWB-Auflösungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie geringere Pauschalwertberichtigungen aufgrund niedrigerer historischer Verlustquoten. Die Entwicklung der Pauschalwertberichtigungen wird im Anhang (siehe (6) „Risikovorsorge“) näher erläutert.

Ohne Berücksichtigung der Pauschalwertberichtigung lag die Nettorisikovorsorge mit einer Auflösung von 4 Mio. € ebenfalls unter dem Vorjahr (Aufwand 10 Mio. €).

Die auf 38 Mio. € angestiegenen Direktabschreibungen stehen vollständig im Zusammenhang mit der Veräußerung von nicht strategischen Assets mit Schwerpunkt auf mittel- bis langfristigen Projektfinanzierungen.

### Risikoreporting

Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfas-

sende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

### **Strukturierte Kreditprodukte**

Das Engagement in strukturierten Kreditprodukten wurde im Geschäftsjahr 2016/17 weiter reduziert. Verbriefungspositionen, die größtenteils aus der Verbriefung eigener Kredite stammten, wurden vollständig abgebaut (31. März 2016: Nominalvolumen 57 Mio. €/Buchwert von 30 Mio. €).

Die verbliebenden Investments in strukturierte Kreditprodukte sind Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 122 Mio. € (31. März 2016: 135 Mio. €) und einem Buchwert von 54 Mio. € (31. März 2016: 69 Mio. €), die im Zuge der Finanzkrise auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragen wurden. Die hierin enthaltenen Subprime-Risiken belaufen sich auf einen Buchwert von 41 Mio. € (31. März 2016: 46 Mio. €).

Hinsichtlich der Asset-Klassen wurde das Risiko der Investments mit Bezug auf Corporate Underlyings (CLOs) vollständig abgebaut (31. März 2016: 22 Mio. €). Das Risiko der Assets mit Bezug auf ABS (ABS und CDO of ABS) beträgt 54 Mio. € (31. März 2016: 77 Mio. €).

### **Liquiditätsrisiko**

Grundlage der Identifikation und Analyse des Liquiditätsrisikos im Sinne des Risikos einer Zahlungsunfähigkeit sind die erwarteten Cashflows des bereits kontrahierten Geschäfts und die ergänzenden Modellierungen, die Liquiditätsmaßnahmen- und Neugeschäftsplanung sowie die Liquiditätsreserve (Geldaufnahme-möglichkeiten bei der EZB und Kassenbestand). Die so ermittelten zukünftigen Liquiditätssalden werden in einem Betrachtungszeitraum von 90 Tagen über zusätzliche Stresskomponenten in Höhe von etwa 1,9 Mrd. € verringert (Marktverwerfungen, Kreditverwerfungen, Änderung der Rahmenbedingungen etc.) und über einen 1-Jahres-Horizont limitiert. Für die Limitüberwachung werden die jeweils negativsten Auswirkungen kombinierter Stress-Szenarien berücksichtigt. Zusätzlich werden bei Bedarf anlassbezogene Stresstests durchgeführt. Dem über den Jahreshorizont hinausgehenden Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird über den Ausweis langfristiger Liquiditätssalden begegnet, sodass geeignete Steuerungsmaßnahmen schon frühzeitig ergriffen werden können. Ergänzt wird die Liquiditätsrisikoüberwachung in der IKB durch ein Frühwarnsystem.

Neben der Liquiditätsablaufbilanz wird auch ein Liquiditätskostenrisiko ermittelt, welches in die Risikotragfähigkeitsrechnung der Bank einfließt. Hierbei handelt es sich um das Risiko, dass zukünftige Liquiditätslücken nur zu erhöhten Kosten geschlossen werden können. Per 31. März 2017 beträgt dieses 19 Mio. €.

Die operative Steuerung der Liquiditätsrisiken obliegt dem Treasury. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation wöchentlich im Asset Liability Committee der Bank dargestellt.

### **Refinanzierungssituation**

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen im Interbankenmarkt (inklusive Eurex-Repo-Geschäften) und Refinanzierungen über die EZB das unter dem Einlagen-sicherungsfonds (ESF) besicherte Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren.

Per 31. März 2017 beläuft sich das besicherte Refinanzierungsvolumen im Interbankenmarkt inklusive der Refinanzierungen über die EZB auf etwa 2,2 Mrd. € (31. März 2016: 2,3 Mrd. €).

Der ESF-gesicherte Refinanzierungsbestand beläuft sich per 31. März 2017 auf knapp 7,4 Mrd. € (31. März 2016: 7,3 Mrd. €).

Der emittierte Bestand von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen im Privatkundensegment betrug per 31. März 2017 rund 0,7 Mrd. € (31. März 2016: 0,6 Mrd. €).

Im Rahmen ihres Refinanzierungsmixes nutzt die Bank überdies im Kundenkreditgeschäft aktiv Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken.

### **Liquiditätssituation**

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts und unter Berücksichtigung der von Kunden nicht ausgenutzten Kreditlinien sowie Liquiditätszusagen, mit einem zu deckenden Mittelbedarf von etwa 4,7 Mrd. €.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintritts mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, welche die Prolongation von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und den Verkauf von Bilanzaktiva nicht oder nicht ausreichend erlaubt. Für diesen Fall hat die IKB einen Liquiditätsnotfallplan, der ein Maßnahmenbündel und eine festgelegte Vorgehensweise beschreibt, mit welcher im Falle eines Liquiditätsengpasses reagiert wird.

Die Bank wird ihre Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) in einem Korridor zwischen 1,25 und 2,00 steuern. Die Liquiditätskennziffer lag im Berichtszeitraum durchschnittlich bei 1,66 und damit deutlich über der gesetzlichen Mindestanforderung von 1,00.

Die Mindestanforderung für die Liquidity Coverage Ratio lag im Jahr 2016 bei 70 % und liegt seit dem 1. Januar 2017 bei 80 %. Die Bank strebt einen deutlich darüber liegenden Wert von über 100 % an. Diese Mindestanforderungen wurden im Geschäftsjahr 2016/17 jederzeit eingehalten.

### **Marktpreisrisiko**

Das Marktpreisrisiko der IKB resultiert aus den Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX (Foreign Exchange)-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten.

Zinsänderungsrisiken werden in der IKB in Form von Refinanzierungs- und Strukturrisiken eingegangen.

Das relevante Credit-Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuld-scheindarlehen, den Kreditderivaten des Investmentportfolios und des Credit Treasurys sowie den noch verbliebenen Portfolioinvestments. Eine spezifische Steuerung/Absicherung der Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren erfolgt selektiv in Abhängigkeit des jeweiligen Marktumfeldes.

In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD und JPY.

### **Quantifizierung und Beurteilung der Marktpreisrisiken**

Zur Messung des Marktpreisrisikos wird ein Value at Risk (VaR)-Ansatz mittels historischer Simulation basierend auf den letzten 250 Handelstagen verwendet, wobei alle relevanten Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, FX-Kurse, Aktien- und Inflationsindizes sowie deren Volatilitäten berücksichtigt werden. Alle Portfolios werden täglich bewertet. Ergänzend werden Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt.

Für die tägliche operative Risikoüberwachung wird ein ökonomischer VaR auf einem Konfidenzniveau von 99 % unter der Annahme der Haltedauer von einem Tag berechnet. Zusätzlich wird für die Risikotragfähigkeitsrechnung der VaR auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (ökonomische Liquidationssicht) bzw. 95 % (bilanzorientierte Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

Zur Unterstützung der Marktrisikosteuerung werden auf Einzelgeschäftsebene und nach Portfolios aggregiert Risikofaktor-Sensitivitäten ermittelt und regelmäßig berichtet.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zum Backtesting werden im Rahmen des regelmäßigen Risikoreportings dem Vorstand berichtet.

### Marktpreisrisikosteuerung und -absicherung

Wesentliche Aufgabe der Marktpreisrisikosteuerung ist das Management der von den einzelnen Geschäftsfeldern übernommenen marktpreissensitiven Positionen.

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verwendet die IKB eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen.

Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Marktpreisrisiko, das Zinsergebnis und die Limit-Auslastungen.

Darüber hinaus wird der Vorstand regelmäßig ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie das Marktrisikoprofil informiert. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung über die Marktpreisrisiken informiert.

### Marktpreisrisikoprofil im Jahresvergleich

Die folgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises mittels Zins- und Credit Spread-Basis Point Value sowie des Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

in Mio. €	Stichtagswert zum 31.3.2017	Stichtagswert zum 31.3.2016
<b>Zins-Basis Point Value (BPV)</b>	<b>-1,4</b>	<b>-2,0</b>
<b>Credit Spread-BPV</b>	<b>-7,0</b>	<b>-6,3</b>
VaR – Zins und Volatilität	-15,0	-20,7
VaR – Credit-Spread	-29,3	-53,5
VaR – FX und Volatilität	-3,8	-3,5
VaR – Sonstige <sup>1)</sup>	-0,8	-0,1
Korrelationseffekt	10,4	19,7
<b>VaR gesamt</b>	<b>-38,5</b>	<b>-58,0</b>

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Vorjahreswert angepasst

### Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Aufgabenschwerpunkt deshalb im Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse, auf Basis der jährlichen Business-Impact-Analysen,

die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen, um hieraus Risikosteuerungsimpulse abzuleiten.

Alle eingetretenen oder beinahe eingetretenen wesentlichen Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen (z. B. Reputationswirkungen) untersucht. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine sofortige Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Bruttoschadensvolumen auf Konzernebene betrug insgesamt 3,2 Mio. € (Vorjahreswert: 29,7 Mio. €<sup>1</sup>). Davon entfielen 0,6 Mio. € (Vorjahr: 26,6 Mio. €) auf die IKB AG.

### **Rechtsrisiken**

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Daneben sind aus vertraglichen Vereinbarungen resultierende Haftungsrisiken Teil der Rechtsrisiken.

Das Management der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht. Das Management der Steuerrechtsrisiken ist Aufgabe der Stabsabteilung Steuern.

Für die Bank relevante Rechtslagen und Rechtsentwicklungen werden identifiziert und durch Information, Beratung, Standardtexte und direkte Begleitung von Individualgeschäften in die Gesellschaft vermittelt.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt grundsätzlich durch interne Mitarbeiter. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Kreditgeschäft und kreditnahen Geschäft wird ein textbausteinbasiertes Mustervertragssystem verwendet. Für sonstige Geschäfte existieren teilweise Standardtexte. Im Zuge der aktuell vorgenommenen Neuausrichtung erfolgt bei Abweichungen von diesen Standard-/Mustertexten sowie bei individuell gestalteten Verträgen und Transaktionen eine Prüfung und Freigabe durch den Bereich Recht bzw. liegt in dessen Fachverantwortung. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind. Bei Aufnahme neuer Geschäfte werden rechtliche Gestaltung und Bewertung der neuen Produkte durch den Rechtsbereich selbst oder in seiner Fachverantwortung im Rahmen des Neugeschäftsprozesses begleitet.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in internen und externen Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

Als weitere Maßnahme leitet der Bereich Recht den Arbeitskreis Rechtsentwicklung, um aktuelle regulatorische und bankaufsichtsrechtliche Entwicklungen zeitnah zu identifizieren und deren Auswirkungen sowie daraus resultierende Umsetzungsbedarfe für die Bank abzustimmen. Dafür wird neben anderen technischen Unterstützungssystemen das BV Compliance Cockpit MaRisk des Bankverlages verwendet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Mitarbeiter, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und im Konzern verfügbaren Informationen erhal-

---

<sup>1</sup> Im Vergleich zur Vorjahresangabe ist in Bezug auf zwei Kreditbetrugsfälle nunmehr deren endgültige Schadensfeststellung enthalten.

ten, die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und des Konzerns und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bezüglich der steuerrechtlichen Themen gewährleistet die Stabsabteilung Steuern ebenfalls durch Einsatz spezialisierter Mitarbeiter, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und den Konzerngesellschaften verfügbaren Informationen erhalten, die gesetzeskonforme Deklaration sowie die Verteidigung der Steuerpositionen gegenüber der Finanzverwaltung. Bei Bedarf werden hier auch externe Steuerberater eingeschaltet. Auf Ebene der IKB AG oder ihrer Tochtergesellschaften könnte grundsätzlich zusätzlicher Steueraufwand bezüglich bislang noch nicht geprüfter Veranlagungszeiträume entstehen. Die letzte Steuerprüfung für den inländischen Organkreis für die Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2006 (Umsatzsteuer bis einschließlich 2005) wurde im vorherigen Geschäftsjahr abgeschlossen. Im laufenden Geschäftsjahr hat die Prüfung für die Veranlagungszeiträume 2007 bis einschließlich 2011 (Umsatzsteuer 2006 bis einschließlich 2010) begonnen. Die IKB befindet sich in der Situation der stetigen Anschlussbetriebsprüfung.

Im Rahmen des Managements der Rechtspositionen der IKB schließt die Gesellschaft mit potenziellen Anspruchstellern und -gegnern verjährungshemmende Vereinbarungen und Vergleichsvereinbarungen. Soweit Risiken erkennbar sind, wird eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Die IKB und zum Konzern gehörende Gesellschaften sind an rechtlichen Verfahren beteiligt. Anhängige Verfahren gegen die IKB und/oder zum Konzern gehörende Gesellschaften, die einen Streitwert von mehr als 15 Mio. € haben oder aus anderen Gründen für die IKB von Bedeutung sind, werden nachfolgend zusammenfassend dargestellt:

### **Rechtsstreitigkeiten**

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC (RFCC), Delaware, und/oder Rhinebridge von an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird. Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden.

Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die erkennbaren Rechtsrisiken aus den durch die Freistellungserklärung erfassten Transaktionen durch die Freistellung gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung erfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas, USA, nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten

Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Es ist ferner nicht ausgeschlossen, dass die IKB von Investoren in von der IKB emittierten Wertpapieren aufgrund der insbesondere durch die Transaktionen verursachten Verluste in Anspruch genommen wird. Die IKB geht davon aus, dass solche Inanspruchnahmen erfolglos bleiben werden.

### **Drittwiderklage gegen die IKB**

Im Februar 2016 reichten Wells Fargo Securities LLC, Wells Fargo Bank, N. A. und Andere („Wells Fargo“) in New York Drittwiderklage gegen die IKB am United States District Court, Southern District of New York, ein. Die Drittwiderklage bezieht sich auf eine Klage verschiedener Zweckgesellschaften aus dem mittlerweile abgewickelten Rhineland-Funding-Programm („Loreleys“) gegen Wells Fargo in New York aus dem Jahr 2011. Die Loreleys verlangen von Wells Fargo für fehlgeschlagene Investitionen in verschiedene von Wells Fargo arrangierte strukturierte Kreditportfolien Schadenersatz. Wells Fargo werfen der IKB vor, Pflichten bei der Beratung und der Vorbereitung von Investitionsentscheidungen der Loreleys verletzt zu haben, und verlangen für den Fall ihrer Verurteilung, dass die IKB für einen Teil des Schadenersatzanspruchs haftet.

Der Antrag auf Abweisung der Drittwiderklage, den die IKB am 6. Juni 2016 eingereicht hatte, wurde am 10. März 2017 vom zuständigen New Yorker Gericht zurückgewiesen.

Die IKB geht davon aus, dass die KfW auf Grundlage der Freistellungsvereinbarung zwischen KfW und IKB vom September 2008 und der Übereinkunft zwischen beiden Häusern vom September 2011 alle Verfahrenskosten und eventuelle erfolgreich geltend gemachte Beiträge der IKB zu den Schadenersatzansprüchen der Beklagten nebst Zinsen ausgleicht.

### **Derivatgeschäft**

Vereinzelt wurden von Kunden die Beratungsleistungen der Bank im Zusammenhang mit bestimmten Swap-Produkten moniert. Derzeit sind drei Klagen anhängig. Die gerichtlichen Streitwerte summieren sich auf knapp 4,3 Mio. €. Im Rahmen vorprozessualer Auseinandersetzungen sind derzeit etwa 10,4 Mio. € streitig.

### **Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung**

Die IKB AG hatte im August 2015 Steuerbescheide erhalten, in denen die abweichende Auffassung der Finanzverwaltung zur Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG (Körperschaftsteuergesetz/Gewerbsteuergesetz) im Zusammenhang mit der unterjährig erfolgten Kapitalerhöhung der IKB AG und dem anschließenden Verkauf der IKB-Anteile der KfW an Lone Star im Geschäftsjahr 2008/09 umgesetzt wurde. Die IKB hatte gegen die Steuerbescheide Rechtsmittel in Form von Einsprüchen eingelegt. Die Körperschaftsteuer sowie der Solidaritätszuschlag für 2009 einschließlich Zinsen wurden gezahlt (insgesamt 141 Mio. € einschließlich Zinsen). Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden aus der Veranlagung berichtiger Steuererklärungen für 2009 insgesamt 8 Mio. € (einschließlich Zinsen) vonseiten der Finanzverwaltung zurückerstattet. Für die Gewerbesteuer wurde der IKB auf Antrag Aussetzung der Vollziehung gewährt. Somit waren die Gewerbesteuer sowie die damit im Zusammenhang stehenden Zinsen noch nicht zu zahlen.

Die IKB hat mittlerweile Einspruchsentscheidungen erhalten und Klagen vor dem Finanzgericht Düsseldorf erhoben.

Die im Rahmen der steuerlichen Verlustverrechnung relevanten Gewinne bzw. Einkünfte stammen insbesondere aus der im Jahr 2008 erworbenen IVG Kavernen GmbH. Die erworbene Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2008/09 auf die IKB Beteiligungen GmbH verschmolzen. Die IKB hatte damit die IVG Kavernen GmbH bei der Strukturierung einer Verkaufstransaktion und der Reorganisation des Geschäftsfeldes Kaver-

nen unterstützt. Neben diesem im Geschäftsjahr 2008/09 erfolgten Erwerb ereigneten sich jeweils ähnliche Geschäftsvorfälle in den Geschäftsjahren 2007/08 und 2010/11, in denen kein sogenannter schädlicher Beteiligungserwerb stattgefunden hat und daher kein Anwendungsfall der §§ 8c KStG/10a GewStG gegeben ist. Die hiermit verbundenen Gewinne führten in Geschäftsjahren, in denen die IKB AG hohe Verluste erlitten hat, jeweils zu einer dringend erforderlichen Stärkung der Eigenmittel in der IKB AG und der aufsichtsrechtlichen IKB-Gruppe. Es ist gleichwohl davon auszugehen, dass die Finanzverwaltung auch diese Geschäftsvorfälle im Rahmen der laufenden Betriebsprüfungen thematisieren wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 29. März 2017 die Vorschrift des § 8c KStG für schädliche Beteiligungserwerbe von mehr als 25 % bis 50 % als unvereinbar mit dem Grundgesetz eingestuft. Die Grundsätze dieses Beschlusses sollten aus Sicht der IKB auch für den oben genannten Fall einschlägig sein, in dem es allerdings um einen Beteiligungserwerb von mehr als 50 % ging, sodass das Urteil nicht unmittelbar übertragbar ist. Der Gesetzgeber hat zudem die Möglichkeit, bis Ende 2018 rückwirkend eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen, sodass die Sachlage noch offen ist.

Der Beschluss bekräftigt die bisherige Rechtsauffassung der IKB. Die IKB sieht für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag weiterhin gute, im Hinblick auf die Gewerbesteuer sehr gute Erfolgsaussichten, ihre Rechtsposition letztendlich durchsetzen zu können.

Für die Gewerbesteuer und die damit im Zusammenhang stehenden Zinsen war auf Grundlage der sehr guten Erfolgsaussichten für ein letztinstanzliches Obsiegen und der damit einhergehenden überaus positiven Risikoeinschätzung weiterhin keine Rückstellung zu bilden. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Verfahrensverlauf eine Neueinschätzung der Risiken notwendig wird. Das Risiko für die Gewerbesteuer beläuft sich auf rund 112 Mio. € zuzüglich Zinsen von 0,5 % pro Monat sowie Industrie- und Handelskammerbeitragsumlagen in Höhe von 1,2 Mio. €. Das potenzielle Zinsrisiko beläuft sich bis zum 31. März 2017 auf 39,2 Mio. € und beträgt für jeden weiteren Monat ca. 0,6 Mio. €. Für den Fall, dass sich dieses Risiko realisieren sollte, ergäben sich die folgenden Auswirkungen gemessen an den finanziellen Leistungsindikatoren per 31. März 2017:

- Die auf den 31. März 2017 ermittelte aufsichtsrechtliche harte Kernkapitalquote bzw. CET 1-Quote würde sich in der aufsichtsrechtlichen IKB-Gruppe um 1,2 %-Punkte, in der IKB AG um 1,3 %-Punkte verschlechtern.
- Die auf den 31. März 2017 ermittelte Leverage Ratio der aufsichtsrechtlichen Gruppe würde um 0,7 %-Punkte und der IKB AG um 0,8 %-Punkte sinken.
- Der Gewinn nach Steuern und vor Dotierung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) zum 31. März 2017 würde um 152 Mio. € sinken.

Auf die Liquidity Coverage Ratio und die Liquiditätskennzahl nach § 2 (1) Liquiditätsverordnung würden sich keine Auswirkungen ergeben.

Die Aleanta GmbH (100%ige Tochter der IKB AG ohne Ergebnisabführungsvertrag und daher auch nicht im ertragsteuerlichen Organkreis eingebunden) hatte im Rahmen der Betriebsprüfung einer Gesellschaft, deren Gesamtrechtsnachfolgerin sie ist (Olessa GmbH), Ende April 2016 eine erste schriftliche Äußerung erhalten, nach der die Finanzverwaltung die rückwirkende Verschmelzung der Olessa GmbH im Geschäftsjahr 2010/11 auf die Aleanta GmbH als einen Fall des § 42 AO (Abgabenordnung) zu werten gedenkt. Die Betriebsprüfung ist noch nicht abgeschlossen. Die Aleanta GmbH hat zum Sachverhalt und zur derzeitigen Einschätzung der Betriebsprüfung Stellung genommen. Das maximale Risiko beläuft sich auf ca. 27 Mio. € Steuern zuzüglich Zinsen (bis 31. März 2017 rechnerisch rund 8 Mio. €) sowie IHK-Beitragsumlagen von 0,2 Mio. €. Erforderlichenfalls ist beabsichtigt, Rechtsmittel einzulegen. Es handelt sich hierbei um den oben genannten weiteren Geschäftsvorfall aus dem Geschäftsjahr 2010/11.

### Risiken der Informationssicherheit

Die IKB orientiert sich hinsichtlich der Informationssicherheit an dem internationalen Standard ISO 27001. Auf dieser Basis findet regelmäßig eine Schutzbedarfsfeststellung über alle Prozesse der IKB statt.

Das bestehende Informationssicherheits-Management-System (ISMS) wird unter der Verantwortung des Chief Information Security Officers betrieben. Das im Rahmen des ISMS durchgeführte Risikomanagement adressiert alle relevanten Risiken der Informationssicherheit.

### IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte auf Maßnahmen zum Management der IT-Sicherheit. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des IT-Sicherheitsmanagements im Rahmen des am Standard ISO 27001 angelehnten ISMS der IKB (siehe auch „Risiken der Informationssicherheit“).

Dabei wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die sich verändernde externe Bedrohungslage angepasst. Risiken für die Verfügbarkeit der Infrastruktur werden durch die Verteilung der Rechenzentren auf zwei räumlich getrennte Standorte minimiert. Risiken der Auslagerungen wesentlicher IT-Dienstleistungen werden ebenfalls im ISMS berücksichtigt. Maßnahmen zur Risikobehandlung werden durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen verifiziert.

### Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB einer Vielzahl von gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, auf deren Einhaltung die Maßnahmen der zu diesem Zweck eingerichteten Compliance-Funktionen ausgerichtet sind.

Die Erfüllung der regulatorischen Anforderungen erfolgt durch einen dreistufigen Organisationsaufbau, bei dem in der sogenannten ersten Verteidigungslinie („first line of defense“) die Mitarbeiter der Markt-, Marktfolge- und einiger Zentralbereiche sowie der Stabsabteilungen Dokumentations- und Verhaltenspflichten wahrnehmen. Die fachliche Beratung und Begleitung der Bereiche der ersten Verteidigungslinie sowie die Durchführung von Überwachungshandlungen finden präventiv und prozessbegleitend durch die Compliance-Funktion nach den Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) und die Compliance-Funktion nach MaRisk als sogenannte zweite Verteidigungslinie („second line of defense“) statt. Die unabhängige Überwachung der Geschäftstätigkeit des Konzerns in Bezug auf Vorgaben zur Geldwäscheprävention und Betrugsbekämpfung wird ebenfalls auf der second line durch den Geldwäschebeauftragten/die Zentrale Stelle der IKB AG im Inland, bis zur Schließung der Auslandsniederlassungen durch den jeweiligen lokalen Geldwäschebeauftragten in den Auslandsniederlassungen und durch die Beauftragten der Tochtergesellschaften sichergestellt. Die Aufgaben des Compliance-Beauftragten nach WpHG/MaComp sowie MaRisk nimmt der Chief Compliance Officer der IKB AG wahr. Die Berichterstattung des Compliance-Beauftragten und des Geldwäschebeauftragten erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand sowie für die Compliance-Funktion nach MaComp und die Compliance-Funktion nach MaRisk auch an den Aufsichtsrat. Die Konzernrevision prüft nachgelagert und prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren als sogenannte dritte Verteidigungslinie („third line of defense“).

Das Regelungsregime im Compliance-Bereich, u. a. mit Verhaltensanforderungen und Prozessvorgaben, ist in verbindlichen schriftlichen Vorgaben für die Bank und ihre Mitarbeiter dokumentiert und begleitet die damit verbundenen operativen Abläufe. In einem Code of Conduct ist darüber hinaus ein Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grund-

sätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns.

Die Compliance-Funktion nach MaComp und die Compliance-Funktion nach MaRisk führen regelmäßig (mindestens jährlich) jeweils eine Risikoanalyse durch, um Risiken hinsichtlich der Beachtung der relevanten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu identifizieren und Schwerpunkte für die laufende Beratungs- und Überwachungstätigkeit zu ermitteln.

Aus den Geschäftsaktivitäten der IKB erwachsen gesetzliche Folgepflichten für die Geschäfte mit Finanzinstrumenten, die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenendienstleistungen sowie die Anlageberatung von Kunden. Damit die Anforderungen und regulatorischen Entwicklungen den Mitarbeitern der first line umfassend bekannt sind, werden regelmäßig Schulungen durchgeführt und die erforderlichen Einzelmaßnahmen sowie Abläufe in der schriftlich fixierten Ordnung geregelt.

Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit hat die IKB insgesamt angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt. Das Einlagen- und Depotgeschäft mit Privatkunden wird täglich überwacht. Insgesamt unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag.

Auch die Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen zulasten des Instituts werden durch die Zentrale Stelle gemäß § 25h KWG in der Gefährdungsanalyse analysiert und bewertet. Der IKB drohen danach keine branchenunüblichen und übermäßigen Risiken aus Betrug oder sonstigen strafbaren Handlungen.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur und der Aktualisierung der Gefährdungsanalyse zu Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, sonstigen strafbaren Handlungen und Sanktionen wurden bezogen auf die Geschäftstätigkeit der IKB im Vergleich zu den Vorjahren keine erhöhten Risiken identifiziert.

### Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentral- und Marktfolgebereiche sowie Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten.

Für Informationen zum Vergütungssystem der IKB wird auf den Offenlegungsbericht für das Geschäftsjahr 2016/17 verwiesen.

### Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen entstehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden auf qualitativem Wege bewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer und kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands. Hierzu gehört die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie durch den Vorstand unter Berücksichtigung der Implikationen auf den strategischen und operativen Planungsprozess. Darüber hinaus findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele,

Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses, der Vorstandsklausurtagungen sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Optimierungsmaßnahmen.

Das Reputationsrisiko ist das Risiko einer negativen Wahrnehmung von Stakeholdern der Bank (z. B. Kunden, Gegenparteien, Anteilseignern, Investoren, Einlegern, Marktanalysten, Ratingagenturen, Mitarbeitern, weiterer relevanter Anspruchsgruppen oder Regulierungsbehörden), das zu Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten, verringertem Eigenkapital oder sinkender Liquidität führen kann, indem etwa die Fähigkeit des Hauses zum Bestands- oder Neugeschäft, die Pflege von Kundenbeziehungen oder die Nutzung von Refinanzierungsquellen (z. B. Interbanken- oder Verbriefungsmarkt) aktuell oder zukünftig nachteilig beeinflusst wird.

Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch ihre Öffentlichkeitswirkung.

Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Reputationsrisikos oder die Konsequenzen eines Eintritts lassen sich in aller Regel nicht quantifizieren.

Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die Methodik orientiert sich dabei weitestgehend am Management operationeller Risiken. Insbesondere wird beim Management von Reputationsrisiken einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

### Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

### Beteiligungsrisiken

Da die einzelnen wesentlichen Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts- und operationellen Risiken im Beteiligungsportfolio bereits bei den einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden, wird das Beteiligungsrisiko (im Sinne von Dividendenausfall, Buchwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten und Rückgang der stillen Reserven) selbst nicht als eigenständige wesentliche Risikoart eingestuft.

### Gesamtaussage zur Risikosituation

Zum Ende des Geschäftsjahres 2016/17 verfügt die IKB, gemessen an den regulatorischen Kapital- und Liquiditätskennziffern, über eine zufriedenstellende Position. Die CET 1-Quote beträgt in der Gruppe 11,7 % und deckt damit auch die Kapitalanforderungen aus dem bankenaufsichtlichen Überwachungsprozess (SREP). Die Leverage Ratio bewegt sich knapp über 8 %, und die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung liegt mit durchschnittlich 1,66 im Geschäftsjahr 2016/17 deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen. Damit besteht für die IKB ein ausreichender Spielraum, die geplante Ausweitung des Geschäftsvolumens umzusetzen.

Allerdings sind nicht unerhebliche Unsicherheiten mit einer Reihe von aktuellen bankenaufsichtlichen Vorhaben (z. B. das sogenannte Basel IV-Paket) verbunden, die in den kommenden Monaten und mittelfristig kumulativ verwirklicht werden sollen. Allen diesen Vorhaben ist gemeinsam, die bestehenden Kapitalanforderungen tendenziell weiter zu erhöhen. Basierend auf einer planmäßigen Entwicklung der Ergebnisse und des Geschäftsmodells kann die erforderliche Kapitalstärkung sukzessive erfolgen.

Die Risikotragfähigkeit ist nicht nur für die nächsten zwölf Monate, sondern auch einen darüber hinausgehenden Zeitraum von weiteren zwei Jahren auf Basis der Planungen der Bank unverändert und ohne Einschränkung gegeben.

Aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in Deutschland in Verbindung mit dem konsequenten Risikomanagement der Bank bewegen sich die Adressenausfallrisiken auf sehr moderatem Niveau. Dies findet vor allem Ausdruck in geringen Risikovorsorgeerfordernissen sowie einem deutlichen Rückgang der Non-performing Assets.

Das andauernde Niedrigzinsumfeld setzt alle Marktakteure, so auch die IKB, deutlichen Belastungen aus. Um in diesem Umfeld einen auskömmlichen Zinsüberschuss zu erwirtschaften, sind die Banken gezwungen, unter Berücksichtigung ihres Risikoappetits, entsprechende Marktpreisrisiken in Form von Zins- und Credit-Spread-Risiken einzugehen, ohne dabei ihre Risikotragfähigkeit zu gefährden. Dabei ist es der IKB gelungen, im Laufe des Geschäftsjahres, trotz des herausfordernden Umfelds aufgrund von Markt- und Dispositionseffekten, ihre Marktpreisrisiken zu reduzieren.

Die Liquidität ist aktuell und für den in der laufenden Steuerung betrachteten Zeitraum von einem Jahr sowie darüber hinaus mit Puffer sichergestellt. Das operationelle Risiko ist als moderat einzuschätzen.

Die Stabilität der Bank bleibt nicht nur im Hinblick auf die Regulierung weiter von entscheidender Bedeutung, sondern stellt auch einen Schutz gegen die bestehenden geopolitischen Spannungen (nach wie vor politisch und finanziell schwierige Lage in der EU, Umsetzung Brexit, Renaissance protektionistischer Tendenzen insbesondere in den USA, Nord-Korea, instabile Lage in Nahost) und deren potenziellen Auswirkungen auch auf den deutschen Mittelstand, die Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft und des geldpolitischen Kurses der Notenbanken sowie die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik dar.

Die geplanten und möglichen Regulierungsvorhaben für Banken werden auch die IKB vor erhebliche Herausforderungen stellen. Die Kosten der Erfüllung der regulatorischen Vorgaben einschließlich der Bankenabgabe sind ein wesentlicher Kostentreiber. Die Regulierungsvorhaben werden zu einem nicht zu unterschätzenden Risiko- und Wettbewerbsfaktor, da sie erhebliche Auswirkungen auf die Ausrichtung der Geschäftsmodelle haben werden und gerade kleinere und mittlere Banken überproportional belasten.

### 4. Chancenbericht

Die IKB hat ihr Geschäftsmodell auf Dienstleistungen für Unternehmen des Mittelstands und Private-Equity-Investoren mit umfassendem Beratungs- und Finanzierungsbedarf ausgerichtet. Dafür sind in den vergangenen Jahren die erforderlichen personellen Kapazitäten aufgebaut worden. Seit Beginn des Aufbaus galt die Grundannahme, dass diese Neuaufstellung einige Zeit benötigen wird, um die erwarteten zusätzlichen Erträge generieren zu können, und zwar vor allem auch bei den Beratungsleistungen, die in der Vergangenheit nicht angeboten wurden. Mit einer möglichen wirtschaftlichen Belebung in Europa und in Deutschland wird sich der Bank auf dieser Basis wachsendes Neugeschäft eröffnen. Das zeichnete sich bereits im Geschäftsjahr 2015/16 ab und setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016/17 an einigen Fällen und den neu gewonnenen Kunden fort.

Es eröffnen sich besondere Chancen, wenn

- wie erwartet die deutschen Unternehmen wieder vermehrt investieren und/oder extern wachsen wollen. Aufgrund dieser erhöhten Marktnachfrage könnte sich auch der intensive Anbieterwettbewerb – der heute oft über unangemessene Konditionen geführt wird – mindern; dies kann die Ertragsperspektiven für die IKB sowohl im Kreditgeschäft mit größeren Unternehmen als auch im Leasinggeschäft mit kleineren und mittleren Unternehmen erhöhen;
- sich auch in den benachbarten Euro-Ländern die Kreditnachfrage wieder belebt;
- für die Unternehmen sowohl der Zutritt zum Kapitalmarkt als auch die Nutzung von Kreditfondslösungen weiter an Bedeutung gewinnt, da die Regulierung die Bankenfinanzierung weiter zurückdrängt und sich das bei einer wachsenden Kreditnachfrage besonders bemerkbar macht;
- den Unternehmen, wie in der IKB bereits in Umsetzung, vermehrt auch weitere Dienstleistungen über Aktiva-basierte Finanzierungen, Exportfinanzierungen, Commodity-Trade-Finanzierungen etc. zur Verfügung gestellt werden.

Im Hinblick auf die „abweichende Auffassung der Finanzverwaltung“ (siehe Kapitel 3. „Risikobericht“ unter „Rechtsrisiken“) sieht die IKB auch nach dem zwischenzeitlich erfolgten Erhalt der Steuerbescheide und der Einspruchsentscheidungen aufgrund der Risikoeinschätzung von internen und externen Experten sowie auch vor dem Hintergrund des mittlerweile ergangenen Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zu einem anderen Fall weiterhin gute Chancen, die laufenden gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren letztinstanzlich zu ihren Gunsten zu entscheiden. Bei einem Obsiegen könnte aus der Erstattung der gezahlten Steuern und aus Zinserstattungen sowie Zuschreibung der abgeschrieben Steuerforderung ein positiver Ergebniseffekt erzielt werden.

Zu weiteren Ausführungen im Hinblick auf die Steuerrückstellung wird auf das Kapitel 3. „Risikobericht“ unter „Rechtsrisiken“ sowie die Ausführungen zu den „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ im Anhang verwiesen.

Hinsichtlich der bankaufsichtlichen Anforderungen an Kapital und Liquidität für die Institute sieht die IKB mit ihrer eigenen Ausstattung Spielraum für ein wachsendes Neugeschäft „auf der Bilanz“ im nächsten Jahr und in den Folgejahren. Zudem hält sie für ihre Kunden verschiedene Kapitalmarkt- und Kreditfondslösungen bereit, wobei ein Mittelstandsfonds für Mezzanine-Kredite und weitere für langfristige Senior-Debt-Kredite bereits erfolgreich aufgelegt wurden.

Die Kostensituation kann sich nach der Umsetzung der aktuellen Kostensenkungs- und Optimierungsmaßnahmen nachhaltig verbessern.

In Summe sieht die IKB die Chance, mit wachsendem profitablen Neugeschäft sowie sinkenden Einständen bei den Passiva und sinkenden Verwaltungskosten steigende Jahresüberschüsse zu erzielen. Eine daraus resultierende verbesserte Bonitätswahrnehmung von außen könnte zu weiteren positiven Rückkopplungen auf die gesamte Geschäftstätigkeit führen.

Hinsichtlich der Belastungen aus einer allumfassenden Regulierung sind nur wenige Chancen zu erkennen. Wesentliche Größenvorteile bei der Umsetzung hat die IKB – anders als die großen systemrelevanten Institute – nicht. Sie hat aber in den vergangenen Jahren einen effizienten Umgang mit wachsenden Anforderungen entwickelt. Auch zukünftig wird wesentlich sein, neben einer effizienten Erledigung die neuen Entwicklungen vorausschauend anzugehen. Diese Herangehensweise ist auch im Hinblick auf die Begrenzung der verbundenen hohen Kosten entscheidend.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Unterstützung dieses Vorhabens.

## 5. Prognosebericht

### Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Seit Beginn des Jahres 2017 zeigt sich die Weltwirtschaft in einer robusten Verfassung. Die durch das Brexit-Votum und den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA geschürte wirtschaftspolitische Unsicherheit scheint bislang keine merklich negativen Auswirkungen auf Finanzmärkte und Realwirtschaft zu haben. Für das laufende Jahr geht der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Frühjahrsgutachten von einer Fortsetzung der moderaten globalen Wachstumsphase aus.

Für 2017 und 2018 wird für die US-Wirtschaft eine Beschleunigung der Dynamik mit Wachstumsraten von 2,5 % bzw. 2,6 % erwartet. Der neugewählte US-Präsident Trump kündigte zudem an, diese Dynamik durch massive Investitionen in die Infrastruktur und Steuersenkungen weiter stärken zu wollen.

In Großbritannien kam es seit dem Brexit-Votum im Juni 2016 zu keiner Abschwächung des Wachstums. Die nach wie vor erhöhte Unsicherheit und der befürchtete Rückgang der Standortattraktivität könnten dämpfende Effekte auf die Investitionen haben. Für das Jahr 2018 rechnet der Sachverständigenrat daher lediglich mit einem Anstieg des britischen BIP um 1,3 % nach 1,8 % für 2017.

Die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum sollte sich fortsetzen. Hier wird ein BIP-Wachstum von 1,7 % bzw. 1,6 % für 2017 und 2018 erwartet. Der Sachverständigenrat geht für Frankreich von einem Zuwachs von 1,3 % für 2017 sowie 1,2 % für 2018 und für Italien von jeweils 0,8 % aus. In Spanien könnte die wirtschaftliche Dynamik leicht nachlassen. Hier prognostiziert der Sachverständigenrat ein BIP-Wachstum von 2,6 % und 2,1 % für 2017 und 2018.

Für Deutschland erwartet der Sachverständigenrat, dass sich 2017 der Aufschwung fortsetzt. Entscheidender Treiber bleibt der private Konsum, der allerdings durch die steigende Inflationsrate etwas gebremst wird. Auch der Staatskonsum dürfte wegen der nachlassenden Flüchtlingszahlen nicht mehr ganz so stark steigen wie 2016. Ein Schwachpunkt bleiben 2017 die Ausrüstungsinvestitionen. Vor allem die anhaltend hohen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten dürften hier für eine weiterhin unterdurchschnittliche Entwicklung sorgen. Die Exporte könnten dagegen wieder stärker ansteigen. Der Sachverständigenrat erwartet ein BIP-Wachstum von 1,4 % für 2017 und 1,6 % für 2018. Zu beachten ist hierbei, dass diese Prognose keine konjunkturelle Verlangsamung gegenüber der Entwicklung im Jahr 2016 darstellt. Der Rückgang der Zuwachsrate von 1,9 % im Jahr 2016 auf 1,4 % im Jahr 2017 spiegelt vielmehr die unterschiedliche Anzahl von Arbeitstagen zwischen den Jahren wider.

Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet. Die Finanzierungsbedingungen der deutschen Wirtschaft haben sich seit Herbst 2016 nochmals verbessert. Die EZB hatte im Dezember 2016 beschlossen, ihre Anleihekäufe bis Ende 2017 fortzusetzen. Vor diesem Hintergrund setzten die Zinsen für Kredite an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften ihren Abwärtstrend fort. Für den gesamten Prognosezeitraum dürften die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben.

Die Banken stehen anhaltend vor großen Herausforderungen. Umfangreiche regulatorische Anforderungen und ein länger anhaltendes Niedrigzinsumfeld belasten die Ertragsmöglichkeiten. Auf unabsehbare Zeit niedrige Zinsen könnten den Druck auf die Erträge weiter verstärken. Erschwerend kommt hinzu, dass die Banken einen Rückgang der Kreditzinsen nicht auffangen können, da sie die negativen Einlagezinsen nur bedingt weitergeben können.

Der Ausblick für die weitere Entwicklung unterliegt Risiken. Hierzu zählen mögliche Auswirkungen der politischen Unsicherheiten etwa in den USA und in Europa, eine stärkere Abschwächung des Wachstums der chinesischen Volkswirtschaft und mögliche Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten. Die von Präsident Trump geforderten protektionistischen Maßnahmen bilden eine Gefahr für das globale Handelssystem und ein Risiko für die Weltwirtschaft. Ferner bestehen politische Risiken für den Euro-Raum. In vielen Mitgliedsstaaten ist der Zuspruch für Euro-kritische Parteien weiterhin hoch.

### Vermögenslage

Die IKB wird ihre harte Kernkapitalquote weiter auf einem hohen Niveau halten. Dazu werden u. a. weitere Risikoaktiva in Form von noch verbliebenen nicht-strategischen Krediten abgebaut.

Für das Geschäftsjahr 2017/18 geht die Bank von einer leichten Erhöhung der Forderungen an Kunden aus, da das wachsende Kreditneugeschäft voraussichtlich die Tilgungen im Kreditgeschäft und den Abbau von Aktiva überkompensieren wird. Auch im Geschäftsjahr 2017/18 wird die Bank das Kreditgeschäft selektiv betreiben, um einen angemessenen Ertrag für eingegangene Risiken zu erzielen und die wachsenden Anforderungen der Bankenregulierung frühzeitig zu berücksichtigen. Sollte sich die Konjunktorentwicklung in Deutschland als nachhaltig stabil erweisen, könnte sich ein Nachholeffekt bei der Kreditnachfrage und damit eine Erhöhung der Kreditvergabemöglichkeiten der IKB ergeben. Darüber hinaus erscheint bei einer nachhaltig positiven Konjunkturentwicklung eine weitere Reduktion der problembehafteten Engagements möglich.

Die Entwicklung des Wertpapierbestands wird maßgeblich durch Liquiditätsanforderungen bestimmt; daneben sind Investitionsmöglichkeiten von Bedeutung. Die Passivseite wird im Prognosezeitraum weiter durch einen diversifizierten Funding-Mix zur Refinanzierung der Aktivseite geprägt sein, bei dem das Einlagengeschäft unverändert einen wichtigen Bestandteil darstellt. Der Funding-Mix wird dabei etwaige neue Anforderungen im Zusammenhang mit dem einheitlichen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) berücksichtigen.

Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste, stressartige Marktverwerfungen und zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie sonstige staatliche Eingriffe können die Lage der IKB belasten.

### Liquiditätssituation

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Privatkunden, Unternehmenskunden und institutionellen Investoren sowie besicherte Refinanzierungen. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Zudem emittiert die Bank Inhaberschuldverschreibungen.

Die aufzunehmenden Mittel werden zur Rückzahlung von fälligen Refinanzierungen und für das Neugeschäft verwendet. Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen, dem Anlageverhalten der Einlagenkunden, der weiteren Entwicklung der europäischen Einlagensicherung, den Vereinbarungen mit dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, den Möglichkeiten der besicherten Refinanzierung im Interbankenmarkt und mit der EZB sowie der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Selbst unter Berücksichtigung von Stress-Szenarien ist die IKB ausreichend mit Liquidität versorgt. Die Liquidität ist nach den Planungen mit ausreichend Puffer gegeben.

Die regulatorische Liquiditätssteuerung der IKB erfolgt nach der Liquidity Coverage Ratio (LCR). Im Rahmen der Supervisory Monitoring Period betrug der ab dem 1. Oktober 2015 einzuhaltende Wert mindestens 60 %, erhöhte sich zum 1. Januar 2016 auf 70 %, zum 1. Januar 2017 auf 80 % und wird zum 1. Januar 2018 auf der endgültigen Anforderungshöhe in Höhe von 100 % liegen. Die LCR betrug zum 31. März 2017 in der IKB-Gruppe 328 % (IKB AG: 271 %) mit einem Durchschnittswert in der IKB-Gruppe in Höhe von 242 % (IKB AG: 211 %) und lag damit deutlich über der gesetzlichen Mindestanforderung. Die Bank erwartet für das Geschäftsjahr 2017/18 eine LCR von mindestens 100 %, was der Mindestnorm der Vorschriften ohne Berücksichtigung von Übergangsbestimmungen entspricht.

### Leverage Ratio

Die Berechnungsgrundlage der Leverage Ratio wurde mit der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 der EU-Kommission zum 17. Januar 2015 geändert. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Kommission am 31. März 2016 erfolgte die Anwendung erstmalig nach sechs Monaten zum Stichtag 30. September 2016.

Die IKB geht davon aus, dass die Leverage Ratio der IKB-Gruppe von 8,05 % (IKB AG: 9,22 %) per 31. März 2017 im Geschäftsjahr 2017/18 auf diesem Niveau gehalten werden kann.

### Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag das Kreditneugeschäft über dem Vorjahresniveau, weil die Kreditnachfrage in Deutschland angezogen hat. Die IKB hat sich an ihre Standards im Hinblick auf Risiko und Margen gehalten und daran gemessen Kredite vergeben. Die IKB erwartet, dass trotz der bisherigen Konjunkturbelebung eine immer noch verhaltene Kreditnachfrage und eine hohe Wettbewerbsintensität in Deutschland bei weiterhin niedrigem Zinsniveau fortbestehen werden. Die IKB erwartet insgesamt für das Geschäftsjahr 2017/18 einen leichten Rückgang des Zinsüberschusses.

Sollte die Kreditnachfrage in Deutschland nachhaltig ansteigen, könnte sich der Zinsüberschuss der Bank besser als erwartet entwickeln.

Für das Provisionsergebnis erwartet die Bank im kommenden Geschäftsjahr aufgrund der eigenen Positionierung insgesamt einen deutlich steigenden Überschuss, der zunehmend von der erwarteten Belegung der Finanzierungstätigkeit, den Wachstumswünschen der Unternehmen und der verbesserten Marktstellung der IKB getragen werden könnte.

Weitergehende Reduzierungen der Verwaltungskosten im Konzern sollen durch die Fortsetzung der Kostensenkungs- und Optimierungsmaßnahmen erreicht werden. Demzufolge erwartet die Bank für das Geschäftsjahr 2017/18 Verwaltungskosten auf insgesamt leicht gesunkenem Niveau.

Für die Cost Income Ratio als Relation der Verwaltungskosten zu der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss rechnet die IKB mit einer leichten Verbesserung.

Die IKB erwartet, für das Geschäftsjahr 2017/18 im Konzern deutlich ansteigende positive Ergebnisse erzielen zu können.

### Gesamtaussage

Die IKB erwartet für das kommende Geschäftsjahr 2017/18 im Konzern ein positives (IKB AG: ein ausgeglichenes) Ergebnis nach Steuern. Dieses Konzernergebnis wird voraussichtlich deutlich gegenüber dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2016/17 ansteigen.

Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von insgesamt 1.151,5 Mio. € sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber wird voraussichtlich dazu führen, dass für einen langen Zeitraum auch bei einem positiven Ergebnis keine oder nur geringe Überschüsse in der IKB AG ausgewiesen werden. Daneben wird, soweit zukünftig ein Jahresüberschuss ausgewiesen werden kann, auch der Abbau des Bilanzverlustes dazu führen, dass keine Ausschüttung einer Dividende an die Aktionäre der IKB AG möglich sein wird.

## **6. Angaben gemäß § 312 AktG**

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

## **7. Erklärung zur Unternehmensführung**

In der nachstehenden Erklärung berichtet der Vorstand – zugleich auch für den Aufsichtsrat – gemäß § 289a HGB über die Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung im Aufsichtsrat, im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands.

In seiner Sitzung am 27. August 2015 hat der Aufsichtsrat der IKB die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat auf 8,33 % (gerundet) und im Vorstand auf 0 % per 30. Juni 2017 festgesetzt.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 18. August 2015 Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands bestimmt. Die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene wurde auf  $\geq 0$  % und in der zweiten Führungsebene auf  $\geq 12$  %, jeweils bis zum 30. Juni 2017, festgesetzt.



# Zusammengefasster Jahres- und Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2016/17

## Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2017

in Mio. €	31.3.2017	31.3.2016
<b>Aktivseite</b>		
<b>Barreserve</b>	<b>19,7</b>	<b>33,7</b>
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	19,7	33,7
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	19,7	33,7
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
<b>Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>	-	-
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>1.669,7</b>	<b>2.122,2</b>
a) täglich fällig	1.597,4	1.918,6
b) andere Forderungen	72,3	203,6
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>9.925,4</b>	<b>9.887,8</b>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	815,1	1.045,1
darunter: Kommunalkredite	436,4	514,4
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>5.329,7</b>	<b>5.051,6</b>
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	5.309,2	5.035,7
ba) von öffentlichen Emittenten	3.430,9	2.887,6
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.380,4	2.835,5
bb) von anderen Emittenten	1.878,3	2.148,1
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.764,4	1.994,5
c) eigene Schuldverschreibungen	20,5	15,9
Nennbetrag	20,0	22,8
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>472,5</b>	<b>470,1</b>
<b>Handelsbestand</b>	-	-
<b>Beteiligungen</b>	<b>3,6</b>	<b>11,1</b>
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
<b>Anteile an assoziierten Unternehmen</b>	<b>16,3</b>	<b>15,0</b>
darunter: an Kreditinstituten	-	-
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	16,3	15,0
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>0,9</b>	<b>2,1</b>
darunter: an Kreditinstituten	-	-
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
<b>Treuhandvermögen</b>	-	-
<b>Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>	-	-
<b>Leasingvermögen</b>	<b>928,4</b>	<b>941,1</b>
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>11,0</b>	<b>11,8</b>
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6,7	7,3
c) Geschäfts- oder Firmenwert	3,6	4,0
d) Geleistete Anzahlungen	0,7	0,5
<b>Sachanlagen</b>	<b>213,6</b>	<b>220,0</b>
<b>Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital</b>	-	-
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>222,6</b>	<b>251,8</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>113,1</b>	<b>275,3</b>
<b>Aktive latente Steuern</b>	<b>255,0</b>	<b>253,6</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>7,3</b>	<b>12,0</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>19.188,8</b>	<b>19.559,2</b>

in Mio. €	31.3.2017	31.3.2016
<b>Passivseite</b>		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>7.642,5</b>	<b>7.897,0</b>
a) täglich fällig	44,0	1.457,8
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.598,5	6.439,2
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>7.550,9</b>	<b>7.498,4</b>
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	7.550,9	7.498,4
ba) täglich fällig	1.359,2	1.318,6
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.191,7	6.179,8
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>822,9</b>	<b>773,8</b>
a) begebene Schuldverschreibungen	822,9	773,8
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
<b>Handelsbestand</b>	-	-
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	-	-
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>485,1</b>	<b>345,2</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>126,5</b>	<b>147,1</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	-	-
<b>Rückstellungen</b>	<b>241,2</b>	<b>348,1</b>
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31,4	8,7
b) Steuerrückstellungen	46,1	43,1
c) andere Rückstellungen	163,7	296,3
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>695,8</b>	<b>921,7</b>
<b>Genussrechtskapital</b>	-	<b>32,2</b>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-	32,2
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	<b>585,0</b>	<b>585,0</b>
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	-
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.038,9</b>	<b>1.010,7</b>
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,5
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	800,0	810,7
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	5,2	5,3
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	2,8	2,9
d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-4,3	-5,7
e) Bilanzverlust	-2.335,6	-2.361,1
f) Nicht beherrschende Anteile	1,4	-
<b>Summe der Passiva</b>	<b>19.188,8</b>	<b>19.559,2</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>1.238,4</b>	<b>1.007,9</b>
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.238,4	1.007,9
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
<b>Andere Verpflichtungen</b>	<b>1.550,3</b>	<b>1.560,2</b>
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	0,8
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.550,3	1.559,4

## Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2017

in Mio. €	31.3.2017	31.3.2016
<b>Aktivseite</b>		
<b>Barreserve</b>	<b>19,7</b>	<b>33,7</b>
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	19,7	33,7
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	19,7	33,7
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
<b>Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>1.505,1</b>	<b>2.013,3</b>
a) täglich fällig	1.453,4	1.822,1
b) andere Forderungen	51,7	191,2
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>11.348,8</b>	<b>11.467,0</b>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	815,1	1.045,1
darunter: Kommunalkredite	436,4	514,4
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>4.714,5</b>	<b>4.704,6</b>
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	4.694,0	4.688,7
ba) von öffentlichen Emittenten	3.158,8	2.502,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.108,3	2.450,7
bb) von anderen Emittenten	1.535,2	2.185,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.474,3	1.879,1
c) eigene Schuldverschreibungen	20,5	15,9
Nennbetrag	20,0	16,1
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>2,2</b>	<b>1,7</b>
<b>Handelsbestand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>260,9</b>	<b>148,4</b>
darunter: an Kreditinstituten	-	-
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>3,9</b>	<b>4,6</b>
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3,9	4,6
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) Geleistete Anzahlungen	-	-
<b>Sachanlagen</b>	<b>4,0</b>	<b>199,8</b>
<b>Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>166,4</b>	<b>217,7</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>136,9</b>	<b>314,5</b>
<b>Aktive latente Steuern</b>	<b>249,0</b>	<b>249,7</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>7,2</b>	<b>11,9</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>18.419,2</b>	<b>19.367,6</b>

in Mio. €	31.3.2017	31.3.2016
<b>Passivseite</b>		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>7.593,6</b>	<b>7.872,5</b>
a) täglich fällig	40,5	1.456,8
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.553,1	6.415,7
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>7.605,3</b>	<b>7.506,2</b>
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	7.605,3	7.506,2
ba) täglich fällig	1.407,2	1.318,9
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.198,1	6.187,3
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>751,9</b>	<b>870,7</b>
a) begebene Schuldverschreibungen	751,9	870,7
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
<b>Handelsbestand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>165,6</b>	<b>379,0</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>84,3</b>	<b>153,8</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>205,5</b>	<b>314,3</b>
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18,7	-
b) Steuerrückstellungen	44,7	42,3
c) andere Rückstellungen	142,1	272,0
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>220,7</b>	<b>446,6</b>
<b>Genussrechtskapital</b>	<b>-</b>	<b>32,2</b>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-	32,2
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	<b>585,0</b>	<b>585,0</b>
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	-
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.207,3</b>	<b>1.207,3</b>
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,5
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	800,0	810,7
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	2,4	2,4
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	-	-
d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-	-
e) Bilanzverlust	-2.167,3	-2.167,3
<b>Summe der Passiva</b>	<b>18.419,2</b>	<b>19.367,6</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>2.184,4</b>	<b>1.941,5</b>
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.184,4	1.941,5
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
<b>Andere Verpflichtungen</b>	<b>1.357,3</b>	<b>1.435,0</b>
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	0,8
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.357,3	1.434,2

## Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2016 bis 31. März 2017

in Mio. €	2016/17	2015/16
<b>Aufwendungen</b>		
<b>Leasingaufwendungen</b>	-191,9	-210,8
<b>Zinsaufwendungen</b>	-512,3	-646,9
darunter: positive Zinsen	19,3	6,1
<b>Provisionsaufwendungen</b>	-13,9	-13,5
<b>Nettoaufwand des Handelsbestands</b>	-	-
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	-271,0	-288,1
a) Personalaufwand	-172,4	-183,3
aa) Löhne und Gehälter	-148,7	-159,6
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-23,7	-23,7
darunter: für Altersversorgung	-4,9	-4,8
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-98,6	-104,8
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	-304,0	-322,0
a) auf Leasingvermögen	-291,2	-310,8
b) auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-12,8	-11,2
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	-675,0	-985,2
<b>Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	-	-7,2
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	-	-9,2
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	-8,2	-14,1
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>	-	-0,1
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	-42,4	-33,5
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	-17,8	1,2
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen</b>	-1,8	-2,4
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne</b>	-	-
<b>Jahresüberschuss</b>	-25,6	-10,4
<b>Summe der Aufwendungen</b>	-2.063,9	-2.542,2

in Mio. €	2016/17	2015/16
<b>Erträge</b>		
<b>Leasingerträge</b>	<b>541,3</b>	<b>585,8</b>
<b>Zinserträge aus</b>	<b>740,8</b>	<b>862,3</b>
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	649,8	738,2
darunter: negative Zinsen	10,5	2,8
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	91,0	124,1
darunter: negative Zinsen	-	-
<b>Laufende Erträge aus</b>	<b>4,7</b>	<b>4,1</b>
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,4	0,2
b) Beteiligungen	2,5	1,9
c) Anteilen an assoziierten Unternehmen	1,8	2,0
d) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Provisionserträge</b>	<b>53,4</b>	<b>43,3</b>
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>	<b>-</b>	<b>6,0</b>
darunter: Einstellung in (-) bzw. Auflösung von (+) Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	1,8
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	<b>16,6</b>	<b>-</b>
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	<b>266,6</b>	<b>281,4</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>440,5</b>	<b>758,5</b>
<b>Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Außerordentliche Erträge</b>	<b>-</b>	<b>0,8</b>
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge</b>	<b>2.063,9</b>	<b>2.542,2</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>25,5</b>	<b>10,4</b>
<b>Nicht beherrschende Anteile</b>	<b>0,1</b>	<b>-</b>
<b>Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>	<b>-2.361,1</b>	<b>-2.371,5</b>
<b>Entnahmen aus der Kapitalrücklage</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Entnahmen aus Genussrechtskapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Entnahmen Stille Einlage</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-2.335,6</b>	<b>-2.361,1</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2016 bis 31. März 2017

in Mio. €	2016/17	2015/16
<b>Aufwendungen</b>		
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>-530,4</b>	<b>-666,3</b>
darunter: positive Zinsen	19,1	6,1
<b>Provisionsaufwendungen</b>	<b>-4,5</b>	<b>-5,6</b>
<b>Nettoaufwand des Handelsbestands</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-219,9</b>	<b>-237,6</b>
a) Personalaufwand	-126,5	-141,2
aa) Löhne und Gehälter	-109,5	-124,6
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-17,0	-16,6
darunter: für Altersversorgung	-4,3	-3,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-93,4	-96,4
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	<b>-5,0</b>	<b>-6,9</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-614,7</b>	<b>-924,6</b>
<b>Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	<b>-</b>	<b>-7,2</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	<b>-</b>	<b>-7,8</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	<b>-11,8</b>	<b>-15,1</b>
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>	<b>-</b>	<b>-0,1</b>
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	<b>-38,3</b>	<b>-27,9</b>
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>-17,4</b>	<b>3,4</b>
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,8</b>
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>-1.442,2</b>	<b>-1.896,5</b>

in Mio. €	2016/17	2015/16
<b>Erträge</b>		
<b>Zinserträge aus</b>	<b>769,3</b>	<b>875,4</b>
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	693,4	770,9
darunter: negative Zinsen	10,2	2,8
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	75,9	104,5
darunter: negative Zinsen	-	-
<b>Laufende Erträge aus</b>	<b>3,6</b>	<b>1,8</b>
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,1	-
b) Beteiligungen	0,3	1,8
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	3,2	-
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	<b>15,4</b>	<b>18,9</b>
<b>Provisionserträge</b>	<b>45,9</b>	<b>38,7</b>
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>	<b>-</b>	<b>6,0</b>
darunter: Einstellung in (-) bzw. Auflösung von (+) Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	1,8
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	<b>19,7</b>	<b>-</b>
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	<b>202,5</b>	<b>258,5</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>385,8</b>	<b>694,8</b>
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-
<b>Außerordentliche Erträge</b>	<b>-</b>	<b>2,4</b>
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1.442,2</b>	<b>1.896,5</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>	<b>-2.167,3</b>	<b>-2.167,3</b>
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-	-
Entnahmen aus Genussrechtskapital	-	-
Entnahmen Stille Einlage	-	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-2.167,3</b>	<b>-2.167,3</b>

## Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2016/17
<b>Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)</b>	<b>25,6</b>
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	303,7
+/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	-129,9
+/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	8,8
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-254,7
+/- Sonstige Anpassungen (Saldo)	-11,2
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstituten	451,8
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-35,3
+/- Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-4,1
+/- Zunahme/Abnahme der Leasinggegenstände	-
+ Einzahlungen aus der Veräußerung	74,0
- Auszahlungen für den Erwerb	-345,8
+/- Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	158,9
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-249,0
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	80,1
+/- Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	48,5
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	143,0
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	-233,2
+/- Leasingaufwendungen/Leasingerträge	-349,4
+/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	42,4
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	17,8
+ Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	761,5
- Gezahlte Zinsen	-584,1
+/- erhaltene/gezahlte Cashflows aus Leasinggeschäften	343,2
+ Außerordentliche Einzahlungen	-
- Außerordentliche Auszahlungen	-0,1
+/- Ertragssteuerzahlungen	-11,9
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>250,6</b>
+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	3.163,6
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.184,1
+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	3,6
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3,3
+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	-
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-3,6
+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	-
- Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	-
+/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-9,0
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	-
- Auszahlung aus außerordentlichen Posten	-
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-32,8</b>

in Mio. €	2016/17
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	-
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	-
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	1,4
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	-
+ Einzahlung aus außerordentlichen Posten	-
- Auszahlung aus außerordentlichen Posten	-
- Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-
- Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-
+/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-233,2
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-231,8</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-14,0
+/- Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-
+/- Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	33,7
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>19,7</b>

## Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Konzern-Kapitalflussrechnung wird nach den Vorgaben des am 8. April 2014 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) zur Kapitalflussrechnung erstellt. Die IKB macht von dem Wahlrecht des DRS 21.22 zum Verzicht der Angabe der Vorjahreswerte in der Kapitalflussrechnung Gebrauch.

Der Finanzmittelfonds des IKB-Konzerns entspricht dem Ausweis der Bilanzposten „Barreserve“ sowie „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“. Sein Jahresanfangsbestand wird im Rahmen der Kapitalflussrechnung durch die Abbildung der Zahlungsströme aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit definiert sich nach den Vorgaben des DRS 21.A2.14 nach der operativen Geschäftstätigkeit des Kreditinstitutes. Er wird nach der indirekten Methode bestimmt, indem der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt wird.

Die Konzern-Kapitalflussrechnung wurde um branchenspezifisch bedingte Posten für das Leasinggeschäft ergänzt. Hierbei umfassen die ausgewiesenen Leasingaufwendungen/Leasingerträge die zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Aufwendungen oder Erträge aus dem Leasinggeschäft. Die Position Zunahme/Abnahme der Leasinggegenstände beinhaltet zahlungswirksame Einzahlungen aus der Veräußerung sowie zahlungswirksame Auszahlungen für den Erwerb von Leasinggegenständen. Im Posten erhaltene/gezahlte Cashflows aus Leasinggeschäften werden anschließend nur die zahlungswirksamen Leasing- und Mieterträge sowie die sonstigen zahlungswirksamen leasingbezogenen Aufwendungen und Erträge (beispielsweise aus Wartungsverträgen) erfasst.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist. Dazu gehören bei Kreditinstituten insbesondere Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung bzw. dem Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit den Unternehmenseignern und anderen Gesellschaftern konsolidierter Tochterunternehmen sowie aus sonstigem Kapital aufgeführt.

## **Anhang und Konzernanhang**

### **Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze**

#### **(1) Aufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses**

Die IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 1130, hat nach §§ 340a, 242 HGB i.V.m. § 264 HGB einen Jahresabschluss und Lagebericht und nach § 340i Abs. 1 HGB i.V.m. § 290ff. HGB einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen.

Der Konzernabschluss (Konzern) sowie der Jahresabschluss (IKB AG) der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2016/17 werden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss berücksichtigt zudem die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards (DRS).

Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der für Kreditinstitute vorgesehenen Formblätter gemäß § 2 RechKredV gegliedert. Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind um branchenspezifisch bedingte Posten für das Leasinggeschäft ergänzt. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in Kontoform (Formblatt 2 RechKredV).

Angaben, die wahlweise in der Bilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, werden weitgehend im Anhang in der Reihenfolge der betroffenen Posten gemacht. Die Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen in den Anhangangaben geringfügige Abweichungen ergeben. Beträge unter 50 Tsd. € sowie Nullwerte werden im Konzern- und Jahresabschluss der IKB AG mit einem Strich dargestellt.

Der Konzernanhang und der Anhang der IKB AG sind gemäß § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die getroffenen Aussagen sowohl für den Konzern als auch für die IKB AG. Lagebericht und Konzernlagebericht werden gemäß § 315 Abs. 5 HGB i.V.m. § 298 Abs. 2 HGB ebenfalls zusammengefasst.

Das Geschäftsjahr der IKB beginnt mit dem 1. April und endet am 31. März.

#### **(2) Ausweis- und Bewertungsänderungen**

Die IKB hat im Rahmen der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) von der Möglichkeit gemäß Artikel 67 EGHGB (Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch) Gebrauch gemacht, den Mehraufwand aus der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen über 15 Jahre zu verteilen. Zum 31. März 2017 werden im Konzern 27 Mio. € und in der IKB AG 23 Mio. € zusätzlich als außerordentlicher Aufwand den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Aus § 284 Absatz 1 HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes ergibt sich die Anforderung, die Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang in der Reihenfolge der einzelnen Bilanzposten darzustellen. Aus diesem Grund hat sich die Reihenfolge der Darstellung der Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Vorjahr geringfü-

gig geändert. Über Ereignisse nach dem Ablauf des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) ist im Vergleich zum Vorjahr gemäß § 285 Nr. 33 HGB nunmehr verpflichtend im Anhang und nicht mehr im Lagebericht zu berichten.

Die IKB AG hat eine im Geschäftsjahr 2015 / 16 nicht aktivierte Forderung in Höhe von 0,4 Mio. € in laufender Rechnung erfasst und im Provisionsertrag vereinnahmt.

### **(3) Konsolidierungskreis**

In den Konzernabschluss zum 31. März 2017 sind neben der IKB AG 48 (31. März 2016: 46) Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen.

Zum 30. Juni 2016 wurden die beiden polnischen Tochterunternehmen IKBL Asset spółka z ograniczona odpowiedzialnoscia & Co. spółka komandytowa und IKBL ASSET Spolka z ograniczona odpowiedzialnoscia erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaften ist die Erbringung von sonstigen Finanzierungsdienstleistungen.

Zum 30. September 2016 wurde das Tochterunternehmen IKB Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH im Rahmen der Vollkonsolidierung erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen. Zuvor firmierte die Gesellschaft unter IKB NewCo 4 GmbH. Gesellschaftszweck ist die Verwaltung eigenen Vermögens.

Ebenfalls zum 30. September 2016 wurden die neu gegründeten Gesellschaften IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG und IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG erstmalig als vollkonsolidierte Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaften ist der An- und Verkauf von Immobilien sowie deren Verwaltung und Vermietung. Von den Gesellschaften werden die teilweise bankbetrieblich genutzten Gebäude der IKB-Hauptverwaltung in Düsseldorf bzw. das Verwaltungsgebäude in Frankfurt am Main gehalten.

Das Vermögen der Equity Fund GmbH wurde im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die IKB Invest GmbH übertragen.

Das Vermögen der Istop 5 GmbH wurde im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme mit Wirkung zum 1. April 2016 auf die IKB Struktur GmbH übertragen.

Die Zweckgesellschaft Bacchus 2008-2 Plc wurde erstmalig zum Geschäftsjahr 2008/09 als zu konsolidierende Zweckgesellschaft im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Nach vollständiger Tilgung der emittierten Wertpapiere wurde die Zweckgesellschaft zum 31. März 2017 im Konzern entkonsolidiert. Aus der Entkonsolidierung sind keine wesentlichen Effekte entstanden.

Ein assoziiertes Unternehmen (31. März 2016: ein) wird nach der Equity-Methode im Konzernabschluss bewertet.

Zu weiteren Informationen wird auf die Ziffer (55) verwiesen.

### **(4) Konsolidierungsgrundsätze**

Der Konzernabschluss wird einheitlich nach den für die IKB AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dabei werden die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen, die keine Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute sind, auf die Gliederungsschemata der RechKredV-Formblätter übergeleitet. Sofern eine Konzerngesellschaft einen vom 31. März abweichenden Abschlussstichtag hat, werden die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die zwischen dem Abschlussstichtag und dem

31. März 2017 eingetreten sind, berücksichtigt. Bei ausgewählten Gesellschaften erfolgt die Einbeziehung mit auf den Abschlussstichtag des Konzerns fortgeschriebenen Abschlüssen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt seit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) für erstkonsolidierte Unternehmen nach der Neubewertungsmethode in Übereinstimmung mit § 301 HGB.

Vor Inkrafttreten des BilMoG erstmalig einbezogene Unternehmen werden nach der sogenannten Buchwertmethode konsolidiert.

Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Konzernunternehmen werden konsolidiert, soweit dem keine branchenspezifischen Rechnungslegungsvorschriften entgegenstehen. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit § 312 HGB (Buchwertmethode) bewertet. Im Rahmen der Bilanzierung nach der Equity-Methode wird auf einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (5) Forderungen

Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute werden zum Nominalwert abzüglich Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Unterschiede zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag (Agien bzw. Disagien) werden in die aktivischen und passivischen Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst soweit der Unterschiedsbetrag Zinscharakter hat. Erworbene Forderungen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Die in der Konzernbilanz im Posten „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Mietkaufgeschäfte der Leasingunternehmen des Konzerns werden zum Barwert der künftig fälligen Mietkaufraten angesetzt. Die Zinserträge werden annuitätisch vereinnahmt und im Posten „Zinserträge“ ausgewiesen.

### (6) Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken sowie für latente Ausfallrisiken.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen und pauschal ermittelter Rückstellungen für Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen wird in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 vorgenommen. Dabei werden historische Kreditverluste zugrunde gelegt und mit einem Konjunkturfaktor multipliziert, um der gesamtwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen.

Der für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen verwendete Konjunkturfaktor blieb im Berichtsjahr unverändert. Durch den Rückgang der durchschnittlichen historischen Kreditverluste reduzierte sich die Pauschalwertberichtigung zum Stichtag um rund 11 Mio. €.

Um latenten Adressenausfallrisiken von Wertpapieren des Anlagevermögens, Forderungen an Kreditinstitute und unwiderruflichen Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten aus Protection Seller Credit Default Swaps Rechnung zu tragen, hat die Bank für diese Risiken auf der Grundlage einer geschätzten 1-Jahres-Verlustrate (Expected Loss) ebenfalls Pauschalwertberichtigungen bzw. pauschal ermittelte Rückstellungen für das Kreditgeschäft ermittelt.

Für latente Adressenausfallrisiken bestehen darüber hinaus für folgende Sachverhalte zusätzliche Pauschalwertberichtigungen in Höhe von insgesamt 71 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €):

- Überdurchschnittliche Verlustrisiken im Bestand der Akquisitionsfinanzierungen in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €);
- Verluste im Zusammenhang mit geplanten Verkäufen von mittel- bis langfristigen Projektfinanzierungen in Höhe von 22 Mio. € (Vorjahr: 23 Mio. €), nachdem insgesamt 37 Mio. € für weitere Verkäufe neu gebildet und 38 Mio. € nach Verkäufen aufgelöst bzw. umgegliedert wurden;
- Auswirkungen der EU-Sanktionen gegenüber Russland auf Kreditnehmer in Höhe von 12 Mio. € (gegenüber Vorjahr unverändert);
- Auswirkung der Verschärfung der Gesetzgebung auf Kreditnehmer im Segment erneuerbare Energien in Südeuropa in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €);
- Überdurchschnittliche Verlustrisiken in Engagements mit Bezug zur europäischen Stahlindustrie und Commodity-Finanzierungen in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Die Quantifizierung dieser zusätzlichen erhöhten latenten Adressenausfallrisiken erfolgte auf Basis von Expertenschätzungen.

Zur Abdeckung von Länderrisiken wird das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen in Risikoländern außerhalb der Europäischen Union mit internen Ratings ab Ratingklasse 8 mit pauschalen Abschlägen pauschalwertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung für Länderrisiken wird mindestens in Höhe des 1-Jahres-Expected-Loss gebildet. Dabei prüft die Bank, ob in Einzelfällen eine darüber hinaus gehende höhere Länderrisikovorsorge erforderlich erscheint. Für die Risikoklassen 13-15 wurde deshalb wie im Vorjahr zum 31. März 2017 eine Länderrisikovorsorge gebildet, die sich an den steuerlichen Bandbreiten orientiert. Der sich aus Länderrisiken ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand beträgt 6 Mio. € (Vorjahr: 4,3 Mio. €).

Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen inklusive der Länderrisikovorsorge für Kundenforderungen, Forderungen an Kreditinstitute, Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen beträgt im Konzern insgesamt 156,3 Mio. € (Vorjahr: 166,2 Mio. €) und in der IKB AG 152,6 Mio. € (Vorjahr: 165,8 Mio. €). Für Wertpapiere bestehen Pauschalwertberichtigungen im Konzern in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €).

### (7) Wertpapiere

Erworbene Wertpapiere werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden über die Restlaufzeit zeitanteilig als Korrektiv im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Stichtagswert vorgenommen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB zum niedrigeren Wert bewertet, der sich aus einem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag ergibt. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Wert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht ausschließlich am Markt beobachtbar sind.

Bei Wertpapieren aus Verbriefungstransaktionen (hier speziell: Cash CLOs) erfolgt die Berechnung des Wertberichtigungsbedarfs auf Basis eines Fundamentalwertverfahrens. Dieses Verfahren berücksichtigt die erwarteten Zahlungsströme (Zinsen und Tilgungen) aus dem zugrunde liegenden Assetportfolio. Auf Basis der ratingbasierten Ausfallerwartungen im Assetportfolio werden die erwarteten Zahlungsströme um die Verlustbeträge adjustiert. Schließlich werden die saldierten Zahlungsströme auf Basis der Effektivzinsmethode abdiskontiert und ergeben den Fundamentalwert.

Bei CDO-Transaktionen erfolgt die Berechnung des Wertberichtigungsbedarfs auf Basis einer detaillierten Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios. Das Ausfallverhalten des Referenzportfolios wird üblicherweise in einer marktüblichen Monte-Carlo-Simulation unter Berücksichtigung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und assetklassenspezifischer Korrelationsparameter geschätzt. Auf Basis der Ausfallszenarien werden die Cashflows der investierten Tranche unter Berücksichtigung der Transaktionsstruk-

tur („Cashflow-Wasserfall“) ermittelt. Über die Diskontierung dieser Cashflows mit dem Effektivzins der jeweiligen Tranche wird der Fundamentalwert errechnet.

Wertaufholungen werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Die Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 22. Vom Grundsatz der einheitlichen Bilanzierung wird nur dann abgewichen, wenn das strukturierte Finanzinstrument aufgrund eingebetteter Derivate im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken oder Chancen aufweist.

### **(8) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäfte**

Bei Wertpapierpensionsgeschäften verkauft die Bank als Pensionsgeber Wertpapiere und schließt gleichzeitig eine bedingte (unechtes Pensionsgeschäft) oder unbedingte (echtes Pensionsgeschäft) Rückkaufvereinbarung über diese Wertpapiere mit dem Pensionsnehmer ab.

Die Bilanzierung von Wertpapierpensionsgeschäften folgt den Regeln des § 340b HGB, wonach bei echten Wertpapierpensionsgeschäften die IKB als Pensionsgeber die verkauften Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz ausweist und gleichzeitig eine korrespondierende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer passiviert wird. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, wird eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert.

Bei Wertpapierleihgeschäften überträgt der Verleiher dem Entleiher Wertpapiere für eine bestimmte Zeit aus seinem Bestand. Der Entleiher verpflichtet sich, nach dem Ablauf der Leihfrist Wertpapiere gleicher Art, Menge und Güte zurück zu übertragen. Der Verleiher von Wertpapieren bleibt wirtschaftlicher Eigentümer der verliehenen Wertpapiere. Demzufolge werden entliehene Wertpapiere nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums weiterhin beim Verleiher bilanziert.

### **(9) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte/sonstige Vermögensgegenstände**

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Abnutzbares Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige sowie gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Vom Ansatzwahlrecht für die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zeitanteilig abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich einer eventuellen Abschreibung angesetzt.

### (10) Leasingvermögen

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände der Leasingunternehmen des Konzerns werden, soweit diese dem IKB-Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden die zugehörigen Erlöse in dem Posten „Leasingerträge“ gezeigt. Der Aufwand aus den Abgängen des Leasingvermögens sowie die sonstigen leistungsbezogenen Aufwendungen sind im Konzern gesondert im Posten „Leasingaufwendungen“ enthalten. Die Kosten für die Refinanzierung des Leasingvermögens werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Abschreibungen auf das Leasingvermögen werden im Konzern im Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

### (11) Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in den folgenden Geschäftsjahren wieder ausgleichen (sogenannte Temporäre Differenzen), so ist eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern angesetzt werden. Bei der Berechnung aktiver latenter Steuern sind steuerliche Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren erwartungsgemäß kompensierend genutzt werden können, in der Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird ausgeübt. Vom Wahlrecht zum unverrechneten Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB (Bruttoausweis) wird hingegen kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern werden unter Anwendung der individuellen Steuersätze je Steuersubjekt bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder bereits durch den Gesetzgeber verabschiedet sind und die zum Zeitpunkt der Realisierung der aktiven latenten Steuern sowie der passiven latenten Steuern voraussichtlich gelten werden. Bei der Berechnung der inländischen latenten Steuern werden ein Körperschaftsteuersatz von 15 %, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und ein Gewerbesteuersatz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Hebesätze zugrunde gelegt. Die Bewertung der latenten Steuern der ausländischen Betriebsstätten und Tochterunternehmen erfolgt mit den dort geltenden Steuersätzen.

Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaften werden die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen der Organgesellschaften bei der Ermittlung der latenten Steuern jeweils bei dem Organträger berücksichtigt. Bei Organträgern, die gleichzeitig auch Organgesellschaft sind, erfolgt die Berücksichtigung der temporären Differenzen auf Ebene des obersten Organträgers.

Soweit im Konzernabschluss die Konsolidierungsmaßnahmen zu temporären Differenzen führen, werden für die sich aus diesen Differenzen ergebenden künftigen Steuerentlastungen bzw. -belastungen zusätzliche aktive bzw. passive latente Steuern angesetzt. Die sich aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB ergebenden latenten Steuern werden mit den latenten Steuern gemäß § 274 HGB verrechnet.

### (12) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung der Verpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren. Der Saldo aus den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen wird je nach Vorzeichen in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Bewertung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, so wird dieser Betrag im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Rückstellungen (Ziffer (14)) dargestellt.

### (13) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Ein negativer Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Bei Vermögensübertragungen, bei denen kein bilanzieller Abgang erfolgt ist, wird in Höhe des für den Vermögensgegenstand erhaltenen Betrags eine Verpflichtung unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

### (14) Rückstellungen

#### *Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen*

Die Verpflichtungen für Altersversorgung werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei der Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags werden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung der folgenden Bewertungsannahmen:

<b>Bewertungsfaktor</b>	<b>31.3.2017 Annahme</b>	<b>31.3.2016 Annahme</b>
Rechnungszinsfuß (7- / 10-Jahresdurchschnitt)	3,12 % / 3,94 %	3,71 % / 4,24 %
Lohn- und Gehaltssteigerung	2,0% / 3,0%	2,0% / 3,0%
Rententrend	1,75 %	2,0 %
<b>Fluktuationsrate entsprechend einer Staffelung nach Alter und Geschlechtern</b>		
Alter bis 35 Jahre m/w	6,0 % / 6,0 %	6,0 % / 6,0 %
Alter 36 bis 45 Jahre m/w	4,0 % / 4,0 %	4,0 % / 4,0 %
Alter > 45 Jahre m/w	1,5 % / 1,5 %	1,5 % / 1,5 %

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 253 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst, der sich bei einer pauschalen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (siehe Ziffer (39)). Bei den ähnlichen Verpflichtungen erfolgt die Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre. Der Zinssatz wird durch die Bundesbank entsprechend

der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) bekanntgegeben. Bei wertpapiergebundenen Zusagen werden die Rückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens angesetzt, sofern ein garantierter Mindestbetrag überschritten wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen erforderlichen zusätzlichen Rückstellungsbetrag in jedem Geschäftsjahr mindestens zu einem Fünfzehntel anzusammeln (siehe Ziffer (39)), abweichend hiervon wird ein zusätzlicher Betrag aus der Umstellung auf das BilMoG als außerordentlicher Aufwand erfasst. Weiterhin macht die Bank von dem Wahlrecht Gebrauch, mittelbare Verpflichtungen (Versorgungsordnung 2015) der Altersvorsorge nicht in der Bilanz zu passivieren.

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus der Altersversorgung und ähnlichen Regelungen wurden im Rahmen von CTA Vermögensgegenstände zur Erfüllung der Pensionsansprüche vom übrigen Unternehmensvermögen separiert und auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Unterschreitet der beizulegende Zeitwert der ausgelagerten Vermögensgegenstände die zugehörigen Verpflichtungen, so wird in entsprechender Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Zum Verrechnungsgebot der ausgelagerten Vermögensgegenstände mit den Altersversorgungsverpflichtungen sowie zur Bilanzierung der Vermögensgegenstände wird auf Ziffer (12) verwiesen.

### **Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen**

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Der notwendige Erfüllungsbetrag schließt zukünftige Preis- und Kostensteigerungen ein. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfolgt die Dotierung in Höhe des Verpflichtungsüberschusses. Rückstellungen, deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet, werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit laufzeitadäquaten Zinssätzen gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Der Ausweis des Effekts aus der Aufzinsung in den Folgeperioden erfolgt bei nicht bankgeschäftlichen Sachverhalten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der Aufzinsungseffekt bei Rückstellungen im Zusammenhang mit bankgeschäftlichen Sachverhalten erfolgt in den Zinsaufwendungen.

Unter den anderen Rückstellungen sind auch Restrukturierungsrückstellungen ausgewiesen. Diese sind zu passivieren, wenn von der Geschäftsführung ein Programm geplant und kontrolliert wird, welches das Ziel hat, entweder das vom Unternehmen abgedeckte Geschäftsfeld oder die Art, in der dieses Geschäft durchgeführt wird, wesentlich zu verändern und zu einer Außenverpflichtung oder drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften führt.

### **(15) Eventualverbindlichkeiten und sonstige Verpflichtungen**

Diese Posten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz angegeben.

### **(16) Außerordentliches Ergebnis**

Gemäß § 340a Abs. 2 HGB sind unter den Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ und „Außerordentliche Erträge“ bei Kreditinstituten Aufwendungen und Erträge auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen. Daher werden in diesem Posten beispielsweise Aufwendungen ausgewiesen, die mit der Restrukturierung der IKB zusammenhängen oder im Zusammenhang mit der Zuführung zu Pensionsrückstellungen aus der BilMoG-Umstellung stehen (siehe Ziffer (2)).

### (17) Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden nach den für schwebende Geschäfte geltenden Grundsätzen bilanziert. Geleistete bzw. erhaltene Prämienzahlungen aus bedingten Termingeschäften werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei unbedingten Termingeschäften und Zins- bzw. Zins-Währungs-Derivaten werden gezahlte oder erhaltene Upfront Fees im aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert. Am Abschlussstichtag wird geprüft, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist.

Bei derivativen Finanzinstrumenten, die in eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB einbezogen sind, wird auf die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste, die aus dem abgesicherten Risiko resultieren, verzichtet, soweit diesen Verlusten ein nicht realisierter Gewinn in gleicher Höhe gegenübersteht (siehe Ziffern (19) und (21)).

Zinsderivate werden zusammen mit allen übrigen zinstragenden Finanzinstrumenten nach den Grundsätzen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Dabei wird der Barwert des zinstragenden Geschäfts den entsprechenden Buchwerten gegenübergestellt, wobei Verwaltungs- und Risikokosten sowie zu erwartende Refinanzierungskosten berücksichtigt werden. Die spezifische Situation der IKB führt dazu, dass für einen langen Zeitraum keine Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können. Die IKB berücksichtigt die Refinanzierungswirkung des Eigenkapitals, indem für die fiktive Schließung von Aktivüberhängen eine Nullverzinsung des Eigenkapitals unterstellt wird. Die verlustfreie Bewertung nach IDW RS BFA 3 ergab keinen Rückstellungsbedarf.

Kreditderivate werden gemäß IDW RS BFA 1 bilanziert. Dementsprechend werden Kreditderivate, bei denen die IKB die Sicherungsnehmerposition einnimmt, wie Kreditsicherheiten behandelt, wenn das Kreditderivat Ausfallrisiken absichert, eine endfällige Halteabsicht gegeben ist und sich das Derivat objektiv als Sicherungsinstrument eignet. Diese Kreditderivate werden im Rahmen der Bewertung der abgesicherten Geschäfte berücksichtigt. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsnehmer ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet.

Kreditderivate, bei denen die IKB die Sicherungsgeberposition einnimmt, werden wie Bürgschaften behandelt, sofern ausschließlich Ausfallrisiken abgesichert werden und die Halteabsicht bis zur Endfälligkeit des Kreditderivates oder bis zum Eintritt des Kreditereignisses gegeben ist. Bei Kreditderivaten, die wie Bürgschaften bilanziert werden, werden Rückstellungen in Höhe der drohenden Inanspruchnahme gebildet. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsgeber ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet. Total Return Swaps werden gemäß IDW RS BFA 1 wie schwebende Geschäfte behandelt.

### (18) Währungsumrechnung

Für die Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen im Konzern wird die sogenannte modifizierte Stichtagskursmethode gemäß § 308a HGB angewendet. Die Aktiv- und Passivposten einer auf fremde Währung lautenden Bilanz werden, mit Ausnahme des Eigenkapitals, zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital wird zum historischen Kurs in Euro umgerechnet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Eine sich ergebende Differenz aus der Umrechnung wird innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ ausgewiesen.

Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung folgt im Einzelabschluss der IKB AG und den anderen Instituten im Konzern, soweit eine besondere Deckung vorhanden ist, den Grundsätzen des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Danach sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum Devisenkassamittelkurs (EZB-Referenzkurs) zum Bilanzstichtag umzurechnen. Sind die Anforderungen an eine besondere Deckung nicht erfüllt, so erfolgt die Währungsumrechnung nach den für alle Kaufleute geltenden Vorschriften (§ 256a HGB). Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger werden die nicht realisierten Gewinne aus der Währungsumrechnung ertragswirksam erfasst. Wird die Restlaufzeit von einem Jahr überschritten, so gelten die allgemeinen Bewertungsvorschriften.

Das Vorliegen der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB kann nach IDW RS BFA 4 als erfüllt angesehen werden, wenn das Währungsrisiko über eine Währungsposition gesteuert und die einzelnen Posten in eine Währungsposition übernommen werden. Die IKB AG ordnet die Geschäfte in fremder Währung grundsätzlich der Währungsposition der jeweiligen Währung zu und steuert diese über genehmigte Limite.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (Umrechnungsdifferenzen) in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Dienen Devisentermingeschäfte der IKB AG der Absicherung von zinstragenden Vermögensgegenständen und Schulden, so wird der Terminkurs aufgespalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) werden bei der Ergebnisermittlung getrennt berücksichtigt. Die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs werden zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Bei den vorgenannten Geschäften wird überprüft, ob aus der fristenkongruenten Schließung der Position Verluste drohen und dafür Rückstellungen zu bilden sind (Reststellenbewertung).

### **(19) Bewertungseinheiten**

Nach § 254 HGB liegt eine Bewertungseinheit dann vor, wenn Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen – sogenannte Grundgeschäfte – zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken – sogenannter abgesicherter Risiken – mit originären oder derivativen Finanzinstrumenten – sogenannten Sicherungsinstrumenten – zusammengefasst werden. Auf der ersten Ebene ist nach IDW RS HFA 35 durch das Unternehmen in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob ein bestimmtes Risiko durch ein Sicherungsinstrument durch Herstellung einer ökonomischen Sicherungsbeziehung zu einem oder einer Gruppe von Grundgeschäften abgesichert werden soll. Auf der zweiten Ebene wird danach entschieden, ob eine im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehung durch Bildung einer Bewertungseinheit auch in der Rechnungslegung abgebildet werden soll (Wahlrecht). Liegt eine ökonomische Sicherungsbeziehung vor, entscheidet die Bank im Einzelfall, wann eine Bewertungseinheit gebildet wird.

Bei der Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach den Regeln des § 254 HGB wird auf die Erfassung unrealisierter Verluste, die aus abgesicherten Risiken resultieren, bei einzelnen Geschäften der Bewertungseinheit verzichtet, soweit diesen Verlusten unrealisierte Gewinne aus den anderen Geschäften der Bewertungseinheit in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dies erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem sich gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument in Bezug auf das abgesicherte Risiko ausgleichen.

Zur bilanziellen Abbildung von Bewertungseinheiten wird bei der IKB die Einfrierungsmethode angewendet.

Bei der Einfrierungsmethode werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko (wirksamer Teil) nicht bilanziert. Ein sich innerhalb der Bewertungseinheit insgesamt ergebender un-

realisierter Gewinn wird nicht berücksichtigt. Entspricht der ineffektive Teil der Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko dagegen einem Verlust, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Im Unterschied dazu werden bei der Durchbuchungsmethode in der Bilanz die sich ausgleichenden positiven und negativen Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos (wirksame Beträge) von den Vermögensgegenständen und Schulden durch Anpassung der jeweiligen Buchwerte berücksichtigt.

Die prospektive Effektivitätsbeurteilung erfolgt in den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft exakt gegenläufig sind, durch den Vergleich der Vertragsbedingungen (Critical Term Match). In den anderen Fällen wird die Effektivität durch eine regelmäßige Überwachung der gegenläufigen Bewertungseffekte von Grund- und Sicherungsgeschäft sichergestellt. Die Sicherungsbeziehungen werden über die verbleibende Restlaufzeit der Grundgeschäfte gebildet.

Bewertungseinheiten für mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen bestehen nicht.

Bezüglich des Risikomanagements finanzieller Risiken wird auf die Berichterstattung im Lagebericht verwiesen.

## Erläuterungen zur Bilanz

## (20) Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
<b>Forderungen an Kreditinstitute<sup>1)</sup></b>	<b>72,3</b>	<b>203,6</b>	<b>51,7</b>	<b>191,2</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	22,0	123,8	2,4	111,4
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13,1	35,1	12,1	35,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	24,7	25,3	24,7	25,3
mehr als 5 Jahre	12,5	19,4	12,5	19,4
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>9.925,4</b>	<b>9.887,8</b>	<b>11.348,8</b>	<b>11.467,0</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	828,8	949,3	862,7	986,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.066,6	1.495,0	1.262,4	1.618,3
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.922,6	5.177,2	6.550,0	6.292,3
mehr als 5 Jahre	2.107,4	2.266,3	2.673,7	2.570,4
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten<sup>1)</sup></b>	<b>7.598,5</b>	<b>6.439,2</b>	<b>7.553,1</b>	<b>6.415,7</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	552,9	892,9	546,4	891,2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	881,7	1.121,9	872,9	1.115,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.949,1	3.247,8	4.919,6	3.232,6
mehr als 5 Jahre	1.214,8	1.176,6	1.214,2	1.176,3
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden<sup>1)</sup></b>	<b>6.191,7</b>	<b>6.179,8</b>	<b>6.198,1</b>	<b>6.187,3</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	914,2	922,0	921,8	929,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.800,4	2.141,1	1.799,2	2.141,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.998,0	2.442,1	2.998,0	2.442,1
mehr als 5 Jahre	479,1	674,6	479,1	674,6

1) jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 375,7 Mio. € (Vorjahr: 145,0 Mio. €) im Konzern und 369,6 Mio. € (Vorjahr: 135,6 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 285,7 Mio. € (Vorjahr: 161,9 Mio. €) im Konzern und 233,3 Mio. € (Vorjahr: 85,9 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig.

## (21) Bewertungseinheiten

In dem Konzern bestehen Bewertungseinheiten im Wesentlichen zur Abbildung von Absicherungen von Zins- und/oder Währungsrisiken.

Zum Stichtag werden im Konzern Vermögensgegenstände im Buchwert von 177,6 Mio. € (Vorjahr: 101,4 Mio. €) und Derivate mit einem negativen Marktwert von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 127,0 Mio. €) als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten abgesichert. In der IKB AG bestehen zum Stichtag keine Bewertungseinheiten (Vorjahr: Derivate mit einem negativen Marktwert von 125,6 Mio. €). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Auflösung einer Bewertungseinheit zur Absicherung von Inflationsrisiken bei der IKB AG zurückzuführen.

Die abgesicherten Risiken betragen zum Stichtag im Konzern für die Vermögensgegenstände 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €), für die Derivate 0,3 Mio. € (Vorjahr: 9,9 Mio. €). In der IKB AG bestehen zum Stichtag keine durch Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (Vorjahr: für die Derivate 8,7 Mio. €). Das abgesicherte Risiko entspricht den Wert- oder Zahlungsstromänderungen des Grundgeschäfts, die durch die Sicherungsgeschäfte in der Bewertungseinheit ausgeglichen werden.

## (22) Vermögensgegenstände in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Vermögensgegenstände	959,6	1.237,5	755,6	1.036,2

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

## (23) Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der zum Stichtag in der Bilanz ausgewiesenen und im Rahmen von echten Pensionsgeschäften übertragenen Vermögensgegenstände beträgt im Konzern 369,7 Mio. € (Vorjahr: 2.162,3 Mio. €) und in der IKB AG 374,0 Mio. € (Vorjahr: 2.391,1 Mio. €). Der Rückgang ist insbesondere auf die Nutzung anderer Refinanzierungsquellen zurückzuführen.

## (24) Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	Konzern			
	31.3.2017		31.3.2016	
	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	5,5	49,7	8,6	38,8
Sonstige Vermögensgegenstände	-	0,1	-	-

1) Der Vergleichswert zum 31. März 2016 für verbundene Unternehmen wurde um Beträge gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften angepasst.

IKB AG				
31.3.2017				
31.3.2016				
in Mio. €	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	2.524,2	49,5	2.535,7	38,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	-	-	221,7	-
Sonstige Vermögensgegenstände	22,2	0,1	21,9	-

1) Der Vergleichswert zum 31. März 2016 für verbundene Unternehmen wurde um Beträge gegenüber einer konsolidierten Zweckgesellschaft angepasst.

## (25) Anlagevermögen

Konzern:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2016</b>	<b>67,6</b>	<b>273,0</b>	<b>1.895,0</b>	<b>16,5</b>	<b>11,1</b>	<b>9,2</b>	<b>5.079,5</b>	<b>474,9</b>	<b>7.826,8</b>
Zugänge	3,6	3,3	345,7	-	-	-	3.219,7	3,7	3.576,0
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-0,1	-	-	-0,1
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	1,1	-	-	-	4,3	-	5,4
Abgänge	-0,2	-15,5	-455,6	-7,4	-	-4,3	-2.982,6	-1,3	-3.466,9
<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2017</b>	<b>71,0</b>	<b>260,8</b>	<b>1.786,2</b>	<b>9,1</b>	<b>11,1</b>	<b>4,8</b>	<b>5.320,9</b>	<b>477,3</b>	<b>7.941,2</b>
<b>Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2016</b>	<b>-55,8</b>	<b>-53,0</b>	<b>-953,9</b>	<b>-5,4</b>	<b>3,9</b>	<b>-7,1</b>	<b>-43,8</b>	<b>-4,8</b>	<b>-1.119,9</b>
Zuschreibungen	-	-	-	-	1,3	0,1	4,5	-	5,9
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-4,4	-8,5	-291,2	-0,1	-	-	-1,1	-	-305,3
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-0,7	-	-0,7
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-0,5	-	-	-	-0,7	-	-1,2
Abgänge	0,2	14,3	387,8	-	-	3,1	30,2	-	435,6
<b>Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2017</b>	<b>-60,0</b>	<b>-47,2</b>	<b>-857,8</b>	<b>-5,5</b>	<b>5,2</b>	<b>-3,9</b>	<b>-11,6</b>	<b>-4,8</b>	<b>-985,6</b>
<b>Restbuchwert zum 31.3.2017</b>	<b>11,0</b>	<b>213,6</b>	<b>928,4</b>	<b>3,6</b>	<b>16,3</b>	<b>0,9</b>	<b>5.309,3</b>	<b>472,5</b>	<b>6.955,6</b>
<b>Restbuchwert zum 31.3.2016</b>	<b>11,8</b>	<b>220,0</b>	<b>941,1</b>	<b>11,1</b>	<b>15,0</b>	<b>2,1</b>	<b>5.035,7</b>	<b>470,1</b>	<b>6.706,9</b>

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

## IKB AG:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2016</b>	<b>86,5</b>	<b>223,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1.159,1</b>	<b>4.725,7</b>	<b>1,7</b>	<b>6.197,4</b>
Zugänge	2,2	0,8	-	106,5	3.216,8	0,5	3.326,8
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	2,8	-	2,8
Abgänge	-	-211,2	-	-4,1	-3.248,7	-	-3.464,0
<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2017</b>	<b>88,7</b>	<b>12,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1.261,5</b>	<b>4.696,6</b>	<b>2,2</b>	<b>6.063,0</b>
<b>Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2016</b>	<b>-81,9</b>	<b>-23,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>-1.010,7</b>	<b>-37,0</b>	<b>-</b>	<b>-1.153,5</b>
Zuschreibungen	-	-	-	7,1	2,1	-	9,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-2,9	-2,2	-0,1	-	-1,7	-	-6,9
Umbuchungen	-	-	-	-	-0,7	-	-0,7
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	16,8	-	3,0	34,7	-	54,5
<b>Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2017</b>	<b>-84,8</b>	<b>-8,8</b>	<b>-0,6</b>	<b>-1.000,6</b>	<b>-2,6</b>	<b>-</b>	<b>-1.097,4</b>
<b>Restbuchwert zum 31.3.2017</b>	<b>3,9</b>	<b>4,0</b>	<b>0,6</b>	<b>260,9</b>	<b>4.694,0</b>	<b>2,2</b>	<b>4.965,6</b>
<b>Restbuchwert zum 31.3.2016</b>	<b>4,6</b>	<b>199,8</b>	<b>0,7</b>	<b>148,4</b>	<b>4.688,7</b>	<b>1,7</b>	<b>5.043,9</b>

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

Der bei den immateriellen Vermögensgegenständen enthaltene entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwert wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB über die planmäßige Nutzungsdauer von 10 Jahren abgeschrieben.

Die Abgänge bei den Sachanlagen betreffen bei der IKB AG insbesondere den im August 2016 erfolgten konzerninternen Verkauf des teilweise bankbetrieblich genutzten Verwaltungsgebäudes der IKB-Zentrale in Düsseldorf an die IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf.

Im Konzern befinden sich zum Stichtag zwei (Vorjahr: zwei) teilweise bankbetrieblich genutzte Gebäude und Grundstücke mit einem Buchwert von 202,5 Mio. € (Vorjahr: 204,4 Mio. €) im Bestand. In der IKB AG befindet sich zum Stichtag kein bankbetrieblich genutztes Gebäude im Bestand. Im Vorjahr befand sich in der IKB AG ein teilweise bankbetriebliche genutztes Gebäude mit einem Buchwert von 194,5 Mio. € im Bestand.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Konzern in Höhe von 11,0 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) in den Sachanlagen enthalten.

Die Abgänge bei den Beteiligungen im Konzern in Höhe von 7,4 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der zum 30. Juni 2016 erfolgten Veräußerung der Anteile an der AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue, Aue. Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Verschmelzungen bzw. Anwachsungen von nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in der IKB AG resultieren im Wesentlichen aus Kapitalzuführungen im Rahmen des konzerninternen Verkaufs des Hauptverwaltungsgebäudes der IKB in Düsseldorf.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält überwiegend europäische Staatsanleihen und Bankenanleihen.

Im Konzern werden im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ insbesondere dem Anlagevermögen zugeordnete Anteile an Spezialsondervermögen ausgewiesen.

Insgesamt bestehen im Konzern für Wertpapiere des Anlagevermögens unrealisierte Verluste in Höhe von 85,1 Mio. € (Vorjahr: 31,5 Mio. €) bezogen auf Buchwerte von 1.863,1 Mio. € (Vorjahr: 705,3 Mio. €) und beizulegende Zeitwerte von 1.778,0 Mio. € (Vorjahr: 673,8 Mio. €). In der IKB AG betragen für Wertpapiere des Anlagevermögens die unrealisierten Verluste bei Buchwerten von 1.310,4 Mio. € (Vorjahr: 516,6 Mio. €) und beizulegenden Zeitwerten von 1.246,8 Mio. € (Vorjahr: 463,6 Mio. €) insgesamt 63,6 Mio. € (Vorjahr: 53,0 Mio. €).

Abschreibungen erfolgten für diese Wertminderungen im Konzern und in der IKB AG nicht, da die Differenzen als voraussichtlich nicht dauerhaft im Sinne von § 253 Abs. 3 HGB beurteilt wurden.

Bei den Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden aufgrund von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen im aktuellen Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen im Konzern in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €) vorgenommen.

Die angegebenen Werte enthalten keine Zinsabgrenzungen.

#### (26) Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Forderungen an Kunden	234,4	353,3	234,4	353,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	0,7	-	0,7
<b>Gesamt</b>	<b>234,4</b>	<b>354,0</b>	<b>234,4</b>	<b>354,0</b>

#### (27) Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

31.3.2017 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.329,7	5.252,9	76,8	4.714,5	4.686,5	28,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	466,2	-	466,2	2,2	-	2,2
Beteiligungen	2,5	-	2,5	-	-	-

31.3.2016 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.051,6	4.898,1	153,5	4.704,6	4.658,7	45,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	465,8	-	465,8	1,7	-	1,7
Beteiligungen	2,5	-	2,5	-	-	-

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 5.309,2 Mio. € (Vorjahr: 5.035,7 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 4.694,0 Mio. € (Vorjahr: 4.688,7 Mio. €). Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 466,2 Mio. € (Vorjahr: 465,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

## (28) Angaben zu Investmentvermögen

Investmentvermögen, an denen konsolidierte Konzerngesellschaften bzw. die IKB AG einen Anteil von mehr als 10 % halten, werden nach folgenden Anlageformen gegliedert:

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz zum Buchwert	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz zum Buchwert	Aus- schüt- tung
	31.3.2017	31.3.2017	31.3.2017	2016/17	31.3.2017	31.3.2017	31.3.2017	2016/17
Mischfonds	293,9	293,9	-	10,2	262,9	262,9	-	9,1
Sonstige Spezialsondervermögen	464,1	460,7	-3,4	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>758,0</b>	<b>754,6</b>	<b>-3,4</b>	<b>10,2</b>	<b>262,9</b>	<b>262,9</b>	<b>-</b>	<b>9,1</b>

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz zum Buchwert	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz zum Buchwert	Aus- schüt- tung
	31.3.2016	31.3.2016	31.3.2016	2015/16	31.3.2016	31.3.2016	31.3.2016	2015/16
Mischfonds	277,6	277,6	-	5,3	248,3	248,3	-	4,8
Sonstige Spezialsondervermögen	464,0	467,2	3,2	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>741,6</b>	<b>744,8</b>	<b>3,2</b>	<b>5,3</b>	<b>248,3</b>	<b>248,3</b>	<b>-</b>	<b>4,8</b>

Das sonstige Spezialsondervermögen enthält im Konzern Anteile an ausländischen Spezialfonds, die überwiegend in europäische und nordamerikanische Rentenpapiere investieren.

Darüber hinaus wurde CTA-Vermögen in einen inländischen Spezialfonds investiert. Resultiert aus der Verrechnung des CTA-Vermögens mit den Pensionsverpflichtungen (je Versorgungsordnung und Gesellschaft) ein Überhang des CTA-Vermögens, wird dieser unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ (siehe Ziffer (34)) ausgewiesen. Resultiert aus der Verrechnung ein Überhang der

Pensionsverpflichtung, wird eine Pensionsrückstellung passiviert. Der Fonds investiert überwiegend in Rentenpapiere und Investmentanteile.

Alle Fondsanteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme der Anteile aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Verwaltungsgesellschaften haben von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht.

### (29) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Das in der Tabelle genannte Unternehmen wird im Konzern nach der Equity-Methode bilanziert.

Buchwert des Anteils an dem at equity bilanzierten Unternehmen:

in Mio. €	31.3.2017	31.3.2016
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	16,3	15,0
<b>Gesamt</b>	<b>16,3</b>	<b>15,0</b>

Bilanzkennzahlen von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

31.3.2017 in Mio. €	Vermögens- gegenstände	Verbindlich- keiten	Jahresüber- schuss / -fehlbetrag	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	491,4	437,1	6,1	194,9

### (30) Leasinggeschäft

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände (Mobilen-Leasing) werden in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. Es handelt sich hier im Wesentlichen um sogenannte Teil-Amortisationsverträge, bei denen der Leasinggegenstand beim Leasinggeber bilanziert wird.

### (31) Sonstige Vermögensgegenstände

In den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ sind folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Devisenausgleichsposten	27,9	35,6	27,9	34,8
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	42,0	27,3	-	-
Forderungen an Finanzbehörden	26,9	37,8	19,4	29,8
Noch nicht verwertete Mietkaufobjekte	10,5	9,3	-	-
Forderungen aus Derivaten	7,1	2,1	7,1	2,1
Zinsabgrenzung Derivate	80,1	104,7	80,2	105,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4,0	2,6	0,7	0,8
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-	22,2	21,9
Übrige Vermögensgegenstände	24,1	32,4	8,9	23,1
<b>Gesamt</b>	<b>222,6</b>	<b>251,8</b>	<b>166,4</b>	<b>217,7</b>

Der Devisenausgleichsposten aus Devisenkassakursneutralisierung stellt den bilanziellen Gegenposten der Devisenerfolge aus Währungsderivaten des Anlagebuches dar, welcher zur Währungsbewertung nach § 340h HGB herangezogen wird.

Bei den Forderungen aus dem Leasinggeschäft handelt es sich im Konzern im Wesentlichen um geleistete Anzahlungen auf noch nicht abgerechnete Mietkaufverträge.

**(32) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten im Konzern in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 91,8 Mio. € (Vorjahr: 259,0 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 125,2 Mio. € (Vorjahr: 304,8 Mio. €) enthalten.

**(33) Aktive latente Steuern**

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Überhang der aktiven latenten Steuern	255,0	253,6	249,0	249,7

Verlustvorträge:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Angesetzte körperschaftsteuerliche Verlustvorträge	22,8	38,6	-	9,1
Angesetzte gewerbesteuerliche Verlustvorträge	-	-	-	-

Der Wertansatz der aktiven latenten Steuern basiert im Wesentlichen auf Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren. Insbesondere bezieht sich der Wertansatz auf handelsrechtlich gebildete Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate (CDS), die steuerlich nicht angesetzt werden können, sowie auf Investmentfondsanlagen des inländischen Organkreises. Des Weiteren wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, soweit mit einer Verlustverrechnung innerhalb der nächsten auf den Abschlussstichtag folgenden fünf Geschäftsjahre mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist. Dabei wurden jeweils die lokalen Steuersätze zugrunde gelegt. Die sich ergebende Steuerbelastung und die sich ergebende Steuerentlastung wurden dabei verrechnet angesetzt.

**(34) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**

<b>31.3.2017</b>		
<b>in Mio. €</b>	<b>Konzern</b>	<b>IKB AG</b>
<b>Verrechnete Vermögensgegenstände</b>		
Anschaffungskosten	316,2	281,9
Beizulegender Zeitwert	337,7	301,0
<b>Verrechnete Schulden</b>		
Erfüllungsbetrag	-359,4	-312,5
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>7,3</b>	<b>7,2</b>
<b>Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge</b>	<b>2016/17</b>	<b>2016/17</b>
<b>Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen</b>		
Aufwendungen Pensionsverpflichtung	-28,6	-24,9
<b>Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen</b>		
Erträge des Deckungsvermögens	18,3	16,5
Aufwendungen des Deckungsvermögens	-	-
<b>Nettoertrag/-aufwand</b>	<b>-10,3</b>	<b>-8,4</b>

<b>31.3.2016</b>		
<b>in Mio. €</b>	<b>Konzern</b>	<b>IKB AG</b>
<b>Verrechnete Vermögensgegenstände</b>		
Anschaffungskosten	296,5	266,4
Beizulegender Zeitwert	311,6	278,7
<b>Verrechnete Schulden</b>		
Erfüllungsbetrag	-306,1	-266,8
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>12,0</b>	<b>11,9</b>
<b>Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge</b>	<b>2015/16</b>	<b>2015/16</b>
<b>Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen</b>		
Aufwendungen Pensionsverpflichtung	-20,6	-18,0
<b>Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen</b>		
Erträge des Deckungsvermögens	5,9	5,3
Aufwendungen des Deckungsvermögens	-32,0	-28,7
<b>Nettoertrag/-aufwand</b>	<b>-46,7</b>	<b>-41,4</b>

Der beizulegende Zeitwert des im Rahmen von CTA ausgelagerten Vermögens ergibt sich aus den Inventarwerten, die zum Bilanzstichtag durch die Investmentgesellschaft ermittelt wurden.

**(35) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

<b>in Mio. €</b>	<b>Konzern</b>			
	<b>31.3.2017</b>		<b>31.3.2016</b>	
	<b>Verbundene Unternehmen</b>	<b>Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>Verbundene Unternehmen</b>	<b>Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,2	0,5	3,7	0,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	329,5	-	165,2	-

in Mio. €	IKB AG			
	31.3.2017		31.3.2016	
	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	96,2	0,5	35,0	0,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	250,1	-
Sonstige Verbindlichkeiten <sup>1)</sup>	19,7	-	230,0	-

1) Hier werden erstmalig auch Verbindlichkeiten gegenüber konsolidierten Zweckgesellschaften ausgewiesen. Der Vergleichswert zum 31. März 2016 wurde um 214,0 Mio. € angepasst.

### (36) Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Schulden <sup>1)</sup>	429,0	316,2	364,8	439,3

1) Der Vergleichswert zum 31. März 2016 wurde um 175 Mio. € aus Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Privatkunden sowie einer Anleiheemission erhöht.

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

### (37) Sonstige Verbindlichkeiten

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
True-Sale-Verbriefungen	-	-	-	213,4
Verbindlichkeiten aus Veräußerung von Leasingforderungen	329,5	172,4	-	-
Synthetische Verbriefungen	-	-	0,8	0,5
Verpflichtungen aus Derivaten	31,6	21,0	31,6	21,0
Zinsabgrenzung Derivate	59,5	101,0	57,7	96,4
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	10,0	12,8	8,2	10,7
Rechnungsabgrenzung Nachrangige Verbindlichkeiten	2,2	2,4	2,2	2,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11,2	12,2	9,5	11,4
Übrige Verbindlichkeiten	41,1	23,4	55,6	23,2
<b>Gesamt</b>	<b>485,1</b>	<b>345,2</b>	<b>165,6</b>	<b>379,0</b>

Im Konzern wurden Leasingforderungen an nicht konsolidierte Zweckgesellschaften verkauft. Die Transaktion führte nicht zu einem bilanziellen Abgang, sodass für die verkauften Leasingforderungen korrespondierende Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Diese Verbindlichkeiten werden zur transparenteren Darstellung als „Verbindlichkeiten aus Veräußerung von Leasingforderungen“ separat ausgewiesen.

Die Übrigen Verbindlichkeiten zum 31. März 2017 beinhalten sowohl im Konzern als auch in der IKB AG 32,2 Mio. € Verbindlichkeiten aus fälligen Genussscheinen. Der Rückgang der Verbindlichkeiten aus True-Sale-Verbriefungen in der IKB AG resultiert aus der Beendigung der Transaktion Bacchus 2008-2.

### (38) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen im Konzern in Höhe von 21,1 Mio. € (Vorjahr: 22,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 21,1 Mio. € (Vorjahr: 22,8 Mio. €), Abgrenzungsposten aus dem Leasinggeschäft im Konzern in Höhe von 66,9 Mio. € (Vorjahr: 48,4 Mio. €) sowie Abgrenzungen für das Derivategeschäft im Konzern in Höhe von 33,7 Mio. € (Vorjahr: 72,6 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 61,2 Mio. € (Vorjahr: 129,7 Mio. €) enthalten.

### (39) Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen betragen im Konzern 31,4 Mio. € (Vorjahr: 8,7 Mio. €) und in der IKB AG 18,7 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Im Übrigen verweisen wir auf Ziffer (34).

Im Rahmen der Erstanwendungsvorschriften des BilMoG wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag für Pensionsrückstellungen über einen Zeitraum von 15 Jahren gleichmäßig zu verteilen. Der per 31. März 2017 noch ausstehende Zuführungsbetrag beträgt 10,6 Mio. € (Vorjahr: 41,8 Mio. €) im Konzern und 9,7 Mio. € (Vorjahr: 36,8 Mio. €) in der IKB AG. Im Geschäftsjahr 2016/17 wurde aufwandswirksam eine außerplanmäßige Zuführung im Konzern in Höhe von 26,6 Mio. € und in der IKB AG in Höhe von 23,0 Mio. € vorgenommen.

Aufgrund der verpflichtend anzuwendenden Änderung des § 253 HGB ergibt sich für die Pensionsrückstellungen, die mit dem durchschnittlichen zehnjährigen Marktzinssatz bewertet werden, der folgende Unterschiedsbetrag:

31.3.2017 in Mio. €	Konzern	IKB AG
Bewertung der Verpflichtung mit dem zehnjährigen durchschnittlichen Marktzinssatz	353,5	307,6
Bewertung der Verpflichtung mit dem siebenjährigen durchschnittlichen Marktzinssatz	397,7	345,8
<b>Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB</b>	<b>44,2</b>	<b>38,2</b>

### (40) Nachrangige Verbindlichkeiten

In diesem Posten sind Verbindlichkeiten ausgewiesen, die aufgrund vertraglicher Vereinbarungen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft sind nicht vorgesehen. In der Regel werden die Zinsen unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt. Eine Ausnahme bilden die im Geschäftsjahr 2004/05 emittierten Preferred Shares. Auf diese Preferred Shares zahlt die IKB Funding Trust im Falle eines ausschüttungsfähigen Jahresüberschusses seitens der IKB AG Zinsen. Die auf die Nachrangigen Verbindlichkeiten entfallenden Zinsabgrenzungen werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Stichtag auf 695,8 Mio. € (Vorjahr: 921,7 Mio. €) im Konzern und auf 220,7 Mio. € (Vorjahr: 446,6 Mio. €) in der IKB AG. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 9,4 Mio. € (Vorjahr: 10,4 Mio. €) im Konzern und 9,4 Mio. € (Vorjahr: 10,4 Mio. €) in der

IKB AG. Zinsaufwendungen für die Emission 2004/05 (Konzern) sind im Geschäftsjahr nicht angefallen, da die Zahlung von einem ausschüttungsfähigen Jahresüberschuss der IKB AG abhängig ist.

Einzelposten, die im Konzern und in der IKB AG 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

<b>Konzern</b>	<b>Buchwert</b>			
<b>Emissionsjahr</b>	<b>in Mio. €</b>	<b>Währung</b>	<b>Zinssatz in %</b>	<b>Fälligkeit</b>
2002/2003 (Konzern)	75,1	EUR	1)	Perpetual
2005/2006	108,7	JPY	2,76	21.07.2035
2004/2005 (Konzern)	400,0	EUR	2)	Perpetual

<b>IKB AG</b>	<b>Buchwert</b>			
<b>Emissionsjahr</b>	<b>in Mio. €</b>	<b>Währung</b>	<b>Zinssatz in %</b>	<b>Fälligkeit</b>
2005/2006	108,7	JPY	2,76	21.07.2035

1) 3M-EURIBOR + 1,5%

2) 10Y-EUR-Mid-Swap-Rate + 5bp, Cap 9%

### (41) Genusssrechtskapital

Das Genusssrechtskapital beläuft sich nach Verlustzuweisungen im Konzern und in der IKB AG zum Bilanzstichtag auf 0,0 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €) mit einem Nominalwert von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 120,0 Mio. €). Die zum 31. März 2017 letztmalig am Bilanzverlust bzw. am Jahresüberschuss partizipierenden und am 1. August 2017 fällig werdenden Genussscheine mit einem Buchwert von 32,2 Mio. € sind in den Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ umgebucht worden (siehe Ziffer (37)).

Im Falle eines bereits im Jahr 2015 fällig gewordenen Genussscheins sind eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme sowie eine Nachzahlung ausgefallener Ausschüttungen in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen innerhalb eines Besserungszeitraums vorgesehen.

Für das Geschäftsjahr 2016/17 sind keine Zinsen auf das Genusssrechtskapital im Bestand angefallen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Zinszahlung wären im Geschäftsjahr 2016/17 Zinsen auf Genussrechte in Höhe von 6,3 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €) zu zahlen gewesen.

### (42) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, der gemäß CRR als hartes Kernkapital anerkannt ist, beträgt zum Bilanzstichtag sowohl im Konzern als auch in der IKB AG 585,0 Mio. € (Vorjahr: 585,0 Mio. €). Der unter Berücksichtigung der allgemeinen Bankrisiken des Instituts gebildete Fonds dient unter anderem der Absicherung gegen die im Lagebericht dargestellten Risiken.

### (43) Entwicklung des Kapitals

#### **Eigene Aktien**

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 4. September 2018 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu veräußern. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im

Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2016/17 kein Gebrauch gemacht.

Die von der Hauptversammlung ebenfalls am 5. September 2013 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 1. September 2016 aufgehoben und durch eine neue Ermächtigung ersetzt. Denn die von der Hauptversammlung am 5. September 2013 beschlossene Ermächtigung stellte noch auf den Aktienkurs im Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse ab. Da die Aktien der IKB Deutsche Industriebank AG zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2016 nicht mehr in den Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse einbezogen waren, ging die Ermächtigung vom 5. September 2013 ins Leere. Vor dem Hintergrund wurde die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 1. September 2016 ermächtigt, bis zum Ablauf des 31. August 2021 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10% des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb der Aktien erfolgt unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes gemäß § 53a AktG. Überschreitet die Zahl der angebotenen Aktien die von der Gesellschaft zum Rückkauf vorgegebene Höchstzahl an Aktien, so erfolgt die Annahme nach Quoten. Dabei kann eine bevorrechtigte Annahme geringerer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär vorgesehen werden. Der Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) beträgt mindestens 0,05 € und höchstens 2,00 €. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen durch Angebot an alle Aktionäre oder – falls der Börsenhandel wieder aufgenommen wird - über die Börse veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2016/17 kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2016/17 hat es keinen Bestand – weder Zugänge noch Verwertung – an eigenen Aktien gegeben.

### **Eigenkapital**

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. September 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 4. September 2018 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 560.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 14. Oktober 2013 erfolgt. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2016/17 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 4. September 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 3. September 2019 das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt bis zu 250.732.700,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 97.942.461 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 28. Oktober 2014 erfolgt. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2016/17 kein Gebrauch gemacht.

Die von der Hauptversammlung am 4. September 2014 und am 27. August 2015 beschlossenen Ermächtigungen zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen mit Gültigkeit bis zum 3. September 2019 bzw. bis zum 26. August 2020 stellten jeweils auf den Aktienkurs im Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse ab. Da die Aktien der IKB Deutsche Industriebank AG zum Zeitpunkt der Hauptver-

sammlung 2016 nicht mehr in den Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse einbezogen waren, gingen die Ermächtigungen vom 4. September 2014 und 27. August 2015 ins Leere. Vor diesem Hintergrund hob die Hauptversammlung durch Beschluss vom 1. September 2016 die beiden Ermächtigungen auf. Zugleich ermächtigte die Hauptversammlung am 1. September 2016 den Vorstand, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 31. August 2021 einmalig oder mehrmals, auch gleichzeitig in verschiedenen Tranchen auf den Inhaber lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 1.600.000.000,00 € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf insgesamt bis zu 312.500.000 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 800.000.000,00 € nach näherer Maßgabe der jeweiligen Bedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Der Beschluss wurde am 21. Oktober 2016 ins Handelsregister eingetragen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2016/17 kein Gebrauch gemacht.

Das Grundkapital besteht zum Ende des Berichtszeitraums aus 633.384.923 Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Das Grundkapital beträgt 1.621.465.402,88 €.

### **Hybride Kapitalinstrumente**

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Preferred Shares (Trust Preferred Securities) oder Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Hybride Kapitalinstrumente werden im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genussscheinemissionen bedient.

Im Konzern wurden Trust Preferred Securities durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben. Diese Preferred Shares haben anders als deutsche Vorzugsaktien keinen Anteil am Liquidationsergebnis der emittierenden Gesellschaften. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens seit 2013 bzw. 2014 ausgeübt werden könnte. Eine weitere Bedingung für die Kündigung ist, dass der Rückzahlungswert wieder auf den ursprünglichen Einlagennennwert aufgefüllt ist. Bei Preferred Shares ist eine für den Investor unbegrenzte Laufzeit vereinbart.

Die Buchwerte der Preferred Shares im Konzern entsprechen zum 31. März 2017 unverändert mit 475,1 Mio. € den Nominalwerten.

Die IKB AG hat stille Einlagen von Gesellschaftern erhalten. Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage der stillen Gesellschafter in Relation zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich der Genussscheine gesetzt. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter und damit die Buchwerte betragen aufgrund der Verlustbeteiligung in den Vorjahren im Konzern und in der IKB AG unverändert 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) bei Nominalwerten von 400,0 Mio. €. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme ist in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen ausdrücklich vorgesehen. Im Übrigen wird auf Ziffer (70) verwiesen.

Es wurden, wie im Vorjahr, keine Zahlungen auf die hybriden Kapitalinstrumente geleistet.

## Entwicklung des Eigenkapitals

Konzern:

in Mio. €	1.4.2016	Änderungen des Konsolidierungskreises	Veränderung Rücklagen	Sonstige Änderungen	Jahresüberschuss	Ausschüttung	31.3.2017
<b>Eingefordertes Kapital</b>	<b>1.621,5</b>	-	-	-	-	-	<b>1.621,5</b>
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	-	-	1.621,5
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.750,7</b>	-	-	-	-	-	<b>1.750,7</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>5,3</b>	-	<b>-0,1</b>	-	-	-	<b>5,2</b>
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklagen	2,9	-	-0,1	-	-	-	2,8
Eigenkapitaldifferenz aus							
Währungsumrechnung	-5,7	-	-	1,4	-	-	-4,3
Bilanzverlust	-2.361,1	-	-	-	25,5	-	-2.335,6
Nicht beherrschende Anteile	-	1,4	-	-	0,1	-0,1	1,4
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.010,7</b>	<b>1,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,4</b>	<b>25,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>1.038,9</b>

in Mio. €	1.4.2015	Änderungen des Konsolidierungskreises	Veränderung Rücklagen	Sonstige Änderungen	Jahresüberschuss	Ausschüttung	31.3.2016
<b>Eingefordertes Kapital</b>	<b>1.621,5</b>	-	-	-	-	-	<b>1.621,5</b>
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	-	-	1.621,5
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.750,7</b>	-	-	-	-	-	<b>1.750,7</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>5,1</b>	-	<b>0,2</b>	-	-	-	<b>5,3</b>
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklagen	2,7	-	0,2	-	-	-	2,9
Eigenkapitaldifferenz aus							
Währungsumrechnung	-5,5	-	-	-0,2	-	-	-5,7
Bilanzverlust	-2.371,5	-	-	-	10,4	-	-2.361,1
Nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	-
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.000,3</b>	-	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>	<b>10,4</b>	-	<b>1.010,7</b>

IKB AG:

in Mio. €	1.4.2016	Entnahmen	Zuführungen	Verteilung des Jahres- ergebnisses	31.3.2017
<b>Eingefordertes Kapital</b>	<b>1.621,5</b>	-	-	-	<b>1.621,5</b>
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.750,7</b>	-	-	-	<b>1.750,7</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>2,4</b>	-	-	-	<b>2,4</b>
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklage	-	-	-	-	-
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-2.167,3</b>	-	-	-	<b>-2.167,3</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.207,3</b>	-	-	-	<b>1.207,3</b>

in Mio. €	1.4.2015	Entnahmen	Zuführungen	Verteilung des Jahres- ergebnisses	31.3.2016
<b>Eingefordertes Kapital</b>	<b>1.621,5</b>	-	-	-	<b>1.621,5</b>
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	-	-	-	1.621,5
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.750,7</b>	-	-	-	<b>1.750,7</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>2,4</b>	-	-	-	<b>2,4</b>
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklage	-	-	-	-	-
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-2.167,3</b>	-	-	-	<b>-2.167,3</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.207,3</b>	-	-	-	<b>1.207,3</b>

Die nicht beherrschenden Anteile entfallen auf Minderheitsgesellschafter der Tochterunternehmen IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG und IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG.

Die Eigenmittel der Institutsgruppe gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der Institutsgruppe 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €).

Die Eigenmittel der IKB AG gemäß Art. 72 CRR belaufen sich auf insgesamt 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 2,0 Mrd. €). Das harte Kernkapital gemäß Art. 50 CRR beträgt in der IKB AG 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €).

Die ausschüttungsgesperrten Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

Konzern:

31.3.2017 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	21,4	-	-6,0	15,4
Aktivierung latenter Steuern	-	319,8	-58,8	261,0
Unterschiedsbetrag aus der Änderung des Marktzinseszins zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen	44,3	-	-	44,3
<b>Gesamt</b>	<b>65,7</b>	<b>319,8</b>	<b>-64,8</b>	<b>320,7</b>

IKB AG:

31.3.2017 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	19,2	-	-6,0	13,2
Aktivierung latenter Steuern	-	255,8	-0,7	255,1
Unterschiedsbetrag aus der Änderung des Marktzinseszur Bewertung von Pensionsverpflichtungen	38,2	-	-	38,2
<b>Gesamt</b>	<b>57,4</b>	<b>255,8</b>	<b>-6,7</b>	<b>306,5</b>

#### (44) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch CDSs (Bank ist Sicherungsgeber) sowohl im Konzern als auch in der IKB AG in Höhe von 1.089,6 Mio. € (Vorjahr: 824,4 Mio. €) enthalten. Hierbei hat die IKB jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen.

Im Zuge der befreienden Schuldübernahme der nachrangigen Verbindlichkeiten durch die MATRONA GmbH, Düsseldorf (MATRONA), im Geschäftsjahr 2011/12 hat die IKB AG eine Garantieerklärung zugunsten der MATRONA abgegeben, wonach sie für die Zahlungsverpflichtungen der MATRONA im Zusammenhang mit der Übernahme der Nachrangverbindlichkeiten durch die MATRONA haftet.

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind im Wesentlichen unwiderrufliche Kreditzusagen aus nicht abgerufenen Krediten und revolvingierenden Kreditlinien enthalten.

Zum Stichtag bestehen keine Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen gegenüber assoziierten Unternehmen.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erfolgt auf der Grundlage von Parametern aus der Kreditrisikosteuerung. Wird im Falle der Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers eine Inanspruchnahme ganz oder teilweise erwartet, werden Rückstellungen gebildet. Details zum Prozess innerhalb des Kreditrisikomanagements werden im Risikobericht des Lageberichts erläutert.

#### (45) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ betragen zum Stichtag insgesamt 1.482,5 Mio. € (Vorjahr: 1.497,2 Mio. €) im Konzern und 1.579,8 Mio. € (Vorjahr: 1.473,6 Mio. €) in der IKB AG.

Davon betrifft der wesentliche Teil Forderungsverzichte durch Gesellschafter gegen Besserungsschein in Höhe von 1.151,5 Mio. € (Vorjahr: 1.151,5 Mio. €).

Zudem bestehen Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen für die Mietlaufzeit in Höhe von 15,8 Mio. € (Vorjahr: 26,8 Mio. €) im Konzern und 116,3 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €) in der IKB AG. Der Anstieg in der IKB AG resultiert insbesondere daraus, dass die Bank das bankbetrieblich genutzte Verwaltungsgebäude der Zentrale in Düsseldorf im August 2016 konzernintern an die IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf, veräußert hat, und dadurch Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit langfristigen Mietverträgen neu entstanden sind. Für die Niederlassungen der Bank bestehen weiterhin Mietverträge für die bankbetrieblich genutzten Immobilien. Für den Fall, dass die Aufwendungen den Nutzen des Mietvertrags übersteigen, werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass nach Auslaufen eines zeitlich befristete-

ten Mietvertrags eine Verlängerung des Mietvertrags oder ein Anschlussmietvertrag zu ungünstigeren bzw. günstigeren Konditionen möglich ist.

Aufgrund von Verlustzuweisungen aus Vorjahren erfolgte keine Rückzahlung auf eine am 31. März 2015 fällige Genussscheinemission mit einem Nennbetrag von 150 Mio. €. Sollte innerhalb einer vierjährigen Besserungsperiode ab Fälligkeit den Genussscheininhabern auf Basis der Genussscheinbedingungen eine Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals zustehen, lebt insofern ein Rückzahlungsbetrag wieder auf. Dieser ist direkt zahlbar und wird nicht verzinst.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsverpflichtungen aus zukünftigen Leasingraten im Zusammenhang mit Leasingverträgen für Vermögensgegenstände im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei den Leasingverträgen wird das Recht auf die Nutzung eines Vermögensgegenstands durch den Leasinggeber auf den Leasingnehmer gegen regelmäßige Zahlungen übertragen.

Weitere Zahlungsverpflichtungen resultieren aus Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen. Bei Dienstleistungsverträgen besteht das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten den ökonomischen Nutzen übersteigen.

Zum Bilanzstichtag bestehen im Konzern und in der IKB AG keine Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Invest GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen.

Von den gesamten finanziellen Verpflichtungen der IKB AG betreffen 111,2 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) verbundene Unternehmen.

### **Abweichende Auffassung der Finanzverwaltung**

Die IKB AG hatte im August 2015 Steuerbescheide erhalten, in denen die abweichende Auffassung der Finanzverwaltung zur Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG im Zusammenhang mit der unterjährig erfolgten Kapitalerhöhung der IKB AG und dem anschließenden Verkauf der IKB-Anteile der KfW an Lone Star im Geschäftsjahr 2008/09 umgesetzt wurde. Die IKB hatte gegen die Steuerbescheide Rechtsmittel in Form von Einsprüchen eingelegt. Die Körperschaftsteuer sowie der Solidaritätszuschlag für 2009 einschließlich Zinsen wurden gezahlt (insgesamt 141 Mio. € einschließlich Zinsen). Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden aus der Veranlagung berichteter Steuererklärungen für 2009 insgesamt 8 Mio. € (einschließlich Zinsen) vonseiten der Finanzverwaltung zurückerstattet. Für die Gewerbesteuer wurde der IKB auf Antrag Aussetzung der Vollziehung gewährt. Somit waren die Gewerbesteuer sowie die damit im Zusammenhang stehenden Zinsen noch nicht zu zahlen. Die IKB hat mittlerweile Einspruchsentscheidungen erhalten und Klagen vor dem Finanzgericht Düsseldorf erhoben.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 29. März 2017 die Vorschrift des § 8c KStG für schädliche Beteiligungserwerbe von mehr als 25 % bis 50 % als unvereinbar mit dem Grundgesetz eingestuft. Die Grundsätze dieses Beschlusses sollten aus Sicht der IKB auch für den obengenannten Fall einschlägig sein, in dem es allerdings um einen Beteiligungserwerb von mehr als 50 % ging, sodass das Urteil nicht unmittelbar übertragbar ist. Der Gesetzgeber hat zudem die Möglichkeit, bis Ende 2018 rückwirkend eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen, sodass die Sachlage noch offen ist. Der Beschluss bekräftigt die bisherige Rechtsauffassung der IKB.

Sollte die IKB im Hinblick auf die Anwendung von §§ 8c KStG/10a GewStG auf die organschaftliche Verrechnung gewerbesteuerlicher Verluste wider Erwarten in einem etwaigen gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren letztinstanzlich unterliegen, so könnte sich hieraus zusätzlich zu dem oben genannten Gesamtbetrag eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von rund 152 Mio. € für die Gewerbesteuer, hierauf entfallende Zinsen

(bei Zinsberechnung bis 31. März 2017) sowie IHK-Beitragsumlagen ergeben. Bis zum Abschluss des Verfahrens würden monatlich weitere 0,6 Mio. € Zinsen hinzukommen.

Die Aleanta GmbH (100%ige Tochter der IKB AG ohne Ergebnisabführungsvertrag und daher auch nicht im ertragsteuerlichen Organkreis eingebunden) hatte im Rahmen der Betriebsprüfung einer Gesellschaft, deren Gesamtrechtsnachfolgerin sie ist (Olessa GmbH), Ende April 2016 eine erste schriftliche Äußerung erhalten, nach der die Finanzverwaltung die rückwirkende Verschmelzung der Olessa GmbH im Geschäftsjahr 2010/11 auf die Aleanta GmbH als einen Fall des § 42 AO zu werten gedenkt. Die Betriebsprüfung ist noch nicht abgeschlossen. Die Aleanta GmbH hat zum Sachverhalt und zur derzeitigen Einschätzung der Betriebsprüfung Stellung genommen. Das maximale Risiko beläuft sich auf ca. 27 Mio. € Steuern zuzüglich Zinsen (bis 31. März 2017 rechnerisch rund 8 Mio. €) sowie IHK-Beitragsumlagen von 0,2 Mio. €. Erforderlichenfalls ist beabsichtigt, Rechtsmittel einzulegen.

### **(46) Außerbilanzielle Geschäfte**

Gemäß § 285 Nr. 3 HGB bzw. § 314 Abs. 1 Nr. 2 HGB sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist, im Anhang anzugeben. Für die Beurteilung der Finanzlage können vor allem Angaben zu Geschäften notwendig sein, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind.

#### ***Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen***

Die Bank hat im Zusammenhang mit der Errichtung von Zweckgesellschaften unterschiedliche Vertragspositionen eingenommen. Die Zweckgesellschaften hatten die synthetische Ausplatzierung von Risiken oder eine Übertragung von Vermögensgegenständen zur Liquiditätsschöpfung zum Ziel.

Außerbilanzielle Risiken treten dann ein, wenn zwar das rechtliche Eigentum und die Bonitätsrisiken auf den Erwerber übertragen werden, aber in geringerem Umfang Restrisiken bei der IKB verbleiben. Dabei handelt es sich um die Haftung für den rechtlichen Bestand der Forderungen (Verität) und die Möglichkeit der Rückübertragung für den Fall der Unwirtschaftlichkeit der Transaktion (sogenannter Clean-Up Call). Diese Vertragspflichten können zu einem zukünftigen Abfluss von finanziellen Mitteln führen. Hat die Übertragung der Vermögensgegenstände zu keinem Abgang geführt, da die Bonitätsrisiken bei der IKB verblieben sind, sind diese Risiken im Rahmen der Bewertung der betreffenden Vermögensgegenstände berücksichtigt.

Die IKB tritt in einigen Transaktionen als Dienstleister auf, mit der Verpflichtung, die Kapital- und Zinszahlungen im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögensgegenständen zu vereinnahmen und an die Zweckgesellschaft weiterzuleiten. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Serviceentgelten für den Zeitraum des Servicevertrags. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen.

Bei Übernahme der Funktion des Investment Managers obliegt der Bank die Vornahme von Kauf- und Verkaufsentscheidungen für die Zweckgesellschaft. Die Chancen bestehen im Zufluss von Entgelten aus der Managementvergütung. Die Risiken bestehen in etwaigen Schadenersatzansprüchen bei Verletzung vertraglicher Verpflichtungen.

#### ***Valin Fonds***

Die IKB übernimmt für die Fondsplattformen Valin Funds S.A., SICAV-SIF und die Valin Mittelstands Senior Debt Funds S.A., SICAV-SIF (MSD) verschiedene Dienstleistungen und originiert Kredite, die an die jeweiligen Teilgesellschaftsvermögen verkauft werden. Beim MSD hat die IKB zusätzlich noch die Rolle des In-

vestment Managers übernommen. Die Bank beteiligt sich mit maximal 5 % an den jeweiligen Teilgesellschaftsvermögen. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Management- und Servicevergütungen. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen. Die Fondsplattformen und deren jeweilige Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund des Fehlens eines beherrschenden Einflusses nicht konsolidiert.

### ***Termingeschäfte***

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften. Diese dienen im Wesentlichen der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und führen zu zukünftigen Mittelzu- oder -abflüssen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Termingeschäften verwiesen (siehe Ziffer (62)).

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### (47) Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, Leasingerträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2016/17	2015/16	2016/17	2015/16
Deutschland	1.540,1	1.977,4	1.174,1	1.571,1
Übriges Europa	240,6	282,7	30,5	45,6
<b>Gesamt</b>	<b>1.780,7</b>	<b>2.260,1</b>	<b>1.204,6</b>	<b>1.616,7</b>

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Märkten erfolgt im Konzern nach dem jeweiligen Sitz der Gesellschaft und in der IKB AG nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte.

### (48) Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft

in Mio. €	Konzern	
	2016/17	2015/16
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasingvermögen	-291,2	-310,8
Sonstige betriebliche Erträge aus Leasinggeschäften	46,3	57,1

### (49) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Im Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ sind zum Stichtag im Konzern 11,2 Mio. € (Vorjahr: 28,8 Mio. €) und in der IKB AG 11,2 Mio. € (Vorjahr: 23,8 Mio. €) Aufwendungen im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen enthalten.

Weitere außerordentliche Aufwendungen entfallen mit 27,0 Mio. € in der IKB AG (Vorjahr: 4,1 Mio. €) und 31,2 Mio. € im Konzern (Vorjahr: 4,6 Mio. €) auf die Verteilung des Mehraufwandes aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG (siehe Ziffer (2)).

### (50) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ beinhaltet im Wesentlichen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2016/17	2015/16	2016/17	2015/16
Aufwendungen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen	-541,5	-676,1	-541,8	-676,1
Aufwendungen aus Derivaten Anlagebuch	-51,0	-68,7	-51,0	-70,7
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	-49,5	-47,3	-	-
Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen	-4,5	-130,0	-4,3	-128,8
Aufwand Altersversorgung (CTA-Unterlegung)	-10,3	-46,7	-8,4	-41,4
Mieten/Unterhalt (nicht betrieblich genutzt)	-1,9	-2,5	-2,2	-3,3
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-3,1	-0,9	-3,1	-0,9

Die Aufwendungen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen stammen aus strategischen Close outs von Derivategeschäften des Bankbuchs. Diesen Aufwendungen stehen Erträge in der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ gegenüber.

### (51) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ sind tatsächliche Steuern im Konzern in Höhe von -19,2 Mio. € (Vorjahr: -9,2 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von -16,7 Mio. € (Vorjahr: -8,2 Mio. €) enthalten. Hiervon entfallen im laufenden Geschäftsjahr 2016/17 tatsächliche Steuern in Höhe von -12,3 Mio. € auf die Auslandsniederlassungen der IKB AG, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit deren Schließung stehen.

Darüber hinaus wird im Posten „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ die Veränderung des Ansatzes aktiver latenter Steuern in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 10,4 Mio. €) im Konzern und in Höhe von -0,7 Mio. € (Vorjahr: 11,6 Mio. €) in der IKB AG ausgewiesen.

### (52) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

In den Erträgen aus Ergebnisabführung der IKB AG in Höhe von 15,4 Mio. € (Vorjahr: 18,9 Mio. €) sind im Wesentlichen die Gewinnabführung der IKB Beteiligungen GmbH in Höhe von 11,4 Mio. € (Vorjahr: 16,9 Mio. €) und die Gewinnabführung der IKB Data GmbH in Höhe von 2,8 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) enthalten.

### (53) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt im Wesentlichen Verwaltungs- und Vermittlungsdienstleistungen im Kredit- und Fondsgeschäft. Die Erträge hieraus sind im Provisionsergebnis enthalten.

**(54) Sonstige betriebliche Erträge**

Die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2016/17	2015/16	2016/17	2015/16
Erträge aus der Auflösung von Swapvereinbarungen	282,6	601,6	296,8	601,6
Erträge aus Derivaten Anlagebuch	54,1	50,0	54,2	52,0
Erträge aus der Währungsumrechnung	53,1	56,2	3,9	5,7
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12,8	21,3	10,7	20,9
Mieterträge	3,8	3,3	1,4	3,2
Erträge aus Ausgleichszahlungen <sup>1)</sup>	5,5	8,7	0,3	2,1
Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,2	2,3	0,2	2,3

1) aus der Beilegung außergerichtlicher Verhandlungen

Die Erträge aus der Auflösung von Swapvereinbarungen stammen aus strategischen Close outs von Derivategeschäften des Bankbuchs. Diesen Erträgen stehen Aufwendungen in der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ gegenüber.

## Sonstige Angaben

## (55) Konsolidierungskreis zum 31. März 2017

	Kapitalanteil in %
<b>A. Konsolidierte Tochterunternehmen</b>	
<b>1. Inländische sonstige Unternehmen</b>	
Aleanta GmbH, Düsseldorf	100
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	100
IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, Düsseldorf	100
IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH, Düsseldorf	100
IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, Düsseldorf	100
IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH, Düsseldorf	100
IKB Data GmbH, Düsseldorf	100
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf	94,9
IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 94,9
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	100
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	100
IKB Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH, Düsseldorf	100
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing GmbH, Hamburg	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	3) <sup>3)</sup> 100
IKB Real Estate Holding GmbH, Düsseldorf	100
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
Istop 6 GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
MATRONA GmbH, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 100
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 89,8
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1) <sup>1)</sup> 94,9
UTA Truck Lease GmbH, Neu-Isenburg	1) <sup>1)</sup> 100
<b>2. Ausländische sonstige Unternehmen</b>	
AO IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande	100
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1) <sup>1)</sup> 100
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg	2) <sup>2)3)</sup> 100
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest, Rumänien	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée, Frankreich	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei	1) <sup>1)</sup> 100
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg	100
IKB Pénzügyi Lízing Zrt., Budapest, Ungarn	1) <sup>1)</sup> 100
IKBL Asset spółka z ograniczona odpowiedzialnoscia & Co. spółka komandytowa, Poznan (Posen), Polen	1) <sup>1)</sup> 100
IKBL ASSET Spolka z ograniczona odpowiedzialnoscia, Poznan (Posen), Polen	1) <sup>1)</sup> 100
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1) <sup>1)</sup> 100
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallee, Frankreich	1) <sup>1)</sup> 100
<b>3. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB</b>	
German Mittelstand Equipment Finance S.A., Luxemburg, Luxemburg	
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin, Irland	
<b>B. Assoziierte Unternehmen</b>	
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	1) <sup>1)</sup> 30,0

1) Mittelbare Beteiligung

2) in Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

3) in Liquidation

## (56) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2017

		Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
<b>31.3.2017</b>						
<b>1. Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)</b>						
Aleanta GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00	1.336	-215
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	79.742	0
IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	55	0
IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	80	0
IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	55	0
IKB Beteiligungsgesellschaft 5 mbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	54	0
IKB Data GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	13.000	0
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	X	100,00	8.304	1.572
IKB Grundbesitzgesellschaft Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf	<sup>5)</sup>	1.4. - 31.3.		94,90	20.000	1.893
IKB Grundbesitzgesellschaft Frankfurt GmbH & Co. KG, Düsseldorf	<sup>5)</sup>	1.4. - 31.3.		94,90	7.200	502
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	<sup>5)</sup>	1.1. - 31.12.	X	100,00	8.847	976
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	X	100,00	98	0
IKB Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00	20	-1
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	263.408	0
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	5.825	0
IKB Leasing GmbH, Hamburg	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	178.223	0
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	<sup>4)</sup>	1.1. - 31.12.	X	100,00	5.787	1.172
IKB Real Estate Holding GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	54	0
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	103.750	0
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	115.975	0
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	155.025	0
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	93.525	0
Istop 6 GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	114.445	0
MATRONA GmbH, Düsseldorf	<sup>3)</sup>	1.4. - 31.3.		100,00	45.025	0
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	<sup>5)</sup>	1.1. - 31.12.		89,80	0	-4
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	<sup>5)</sup>	1.1. - 31.12.		94,90	0	-825
UTA Truck Lease GmbH, Neu-Isenburg	<sup>3)</sup>	1.4 - 31.3.		100,00	9.028	0
<b>2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)</b>						
AO IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland		1.1. - 31.12.		100,00	11.521	9.987
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande		1.4. - 31.3.	X	100,00	6.383	270
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	<sup>2)</sup>	1.4. - 31.3.	X	100,00	280	-46
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	<sup>2)</sup>	1.4. - 31.3.	X	100,00	677	81
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg	<sup>4)</sup>	1.4. - 31.3.	X	100,00	39.655	-127
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich		1.1. - 31.12.		100,00	714	-56
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien		1.1. - 31.12.		100,00	31.703	515
IKB Leasing Finance IFN S.A., Bukarest, Rumänien		1.1. - 31.12.		100,00	5.946	1.341
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée, Frankreich		1.1. - 31.12.		100,00	3.525	1.294
IKB Leasing Kft., Budapest, Ungarn		1.1. - 31.12.		100,00	6.383	1.144
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen		1.1. - 31.12.		100,00	11.209	48
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien		1.1. - 31.12.		100,00	1.915	329
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei		1.1. - 31.12.		100,00	2.731	-201
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg		1.4. - 31.3.	X	100,00	10.212	-105
IKB Pénzügyi Lizing Zrt., Budapest, Ungarn		1.1. - 31.12.		100,00	4.044	903
IKBL Asset spółka z ograniczona odpowiedzialnoscia & Co. spółka komandytowa, Poznan (Posen), Polen	<sup>5)</sup>	1.1. - 31.12.		100,00	97	40

	Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
<b>31.3.2017</b>					
IKBL ASSET Spolka z ograniczona odpowiedzialnoscia, Poznan (Posen), Polen	1.1. - 31.12.		100,00	9	-9
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1.1. - 31.12.		100,00	756	-398
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallee, Frankreich	1.1. - 31.12.		100,00	26.969	3.645
<b>3. Zweckgesellschaften (in den Konzernabschluss gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB einbezogene Zweckgesellschaften)</b>					
German Mittelstand Equipment Finance S.A., Luxemburg, Luxemburg					
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin 2, Irland					

	Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
<b>31.3.2017</b>			
<b>4. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB)</b>	1)		
Brunnenstraße 105-109 Berlin Grundbesitz GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		100,00
Feldmühleplatz 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		100,00
FRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		100,00
GAP 15 GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.	92,80
GARUMNA GmbH, Düsseldorf	3)	1.4. - 31.3.	100,00
HAUSTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Yacht- zentrum Berlin KG i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.	94,67
IKB Beteiligungsgesellschaft 7 mbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 8 mbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 9 mbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 10 mbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.10. - 30.09.	X 100,00
IKB NewCo 1 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	100,00
IKB NewCo 3 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	100,00
IKB NewCo 5 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	100,00
IKB Real Estate GmbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
ILF Immobilien-Leasing-Fonds Verwaltung GmbH & Co. Objekt Boxdorf KG i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.	94,26
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	X 100,00
ISOG Management GmbH, Weilheim		1.4. - 31.3.	57,70
ISOG Technology Holding GmbH, Weilheim		1.4. - 31.3.	57,70
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	100,00
Ligera GmbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
MFRSI Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	100,00
Restruktur 2 GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.4. - 31.3.	100,00
Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	100,00
Rhodana GmbH, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	100,00
SEQUANA GmbH, Düsseldorf	3)	1.4. - 31.3.	100,00

		Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
<b>31.3.2017</b>				
<b>5. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB)</b>				
	1)			
IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika		1.4. - 31.3.		100,00
IKB Funding Trust II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika		1.4. - 31.3.		100,00
ISOG Technology Co. Ltd., Shanghai, China		1.4. - 31.3.		57,70
ISOG Technology Italia S.r.l., Turate, Italien		1.4. - 31.3.		57,70
Valin Asset Management S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg		1.4. - 31.3.		100,00
<b>6. Zweckgesellschaften (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB)</b>				
	1)			
Corelux Purchaser No. 1 S. A., Luxemburg, Luxemburg				
HIMERA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Pullach i. Isartal				
Rosaria Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Heimstetten KG, Grünwald				
Weinberg Capital Ltd., Dublin, Irland				
<b>7. Inländische assoziierte Unternehmen</b>				
	1)			
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		1.1. - 31.12.		30,00
<b>8. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von § 311 Abs. 2 HGB)</b>				
	1)			
Argantis Beteiligungs-Holding GmbH i.L., Köln	4)	1.1. - 31.12.		50,00
Argantis GmbH i.L., Köln	4)	1.1. - 31.12.		50,00
Chemtura Verwaltungs GmbH, Bergkamen		1.1. - 31.12.		50,00
Dritte Hubschraubertechnologiepark Donauwörth GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		50,00
equiNotes Management GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		50,00
FUNDIS Projektentwicklungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		50,00
FUNDIS Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		50,00
HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach i. Isartal		1.1. - 31.12.		6,00
Hafenspitze Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg		1.1. - 31.12.		25,00
LOUDA SYSTEMS GmbH, Triptis		1.1. - 31.12.		45,00
MFRSI Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		50,00
Mike's Sandwich GmbH, Hamburg		1.1. - 31.12.		35,59
MOTORRAD-ECKE GmbH, Villingen-Schwenningen		1.1. - 31.12.		38,86
ODS Business Services Group GmbH, Hamburg		1.1. - 31.12.		32,00
Vermögensverwaltungsgesellschaft DVD Dassow GmbH, Dassow		1.1. - 31.12.		30,00
<b>9. Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet</b>				
	1)			
AXA Immoselect Hauptverwaltungsgebäude GmbH & Co. Objekt Düsseldorf				5,10
Uerdinger Straße KG, Köln		1.1. - 31.12.		
Könemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln		1.1. - 31.12.		12,50
pgam advanced technologies AG, Georgsmarienhütte		1.1. - 31.12.		5,16
Ring International Holding AG, Wien, Österreich		1.1. - 31.12.		9,37

1) Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Eigenkapital und Ergebnis sind für die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB unterblieben.

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) Ergebnisabführungsvertrag

4) in Liquidation

5) Die IKB AG oder ein in den Konzern einbezogenes Tochterunternehmen ist unbeschränkt haftender Gesellschafter

Die Kapitalanteile bei den assoziierten Unternehmen entsprechen grundsätzlich den Stimmanteilen. Einen abweichenden Stimmrechtsanteil hat die IKB bei der HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach im Isartal (Kapitalanteil: 6,00 %; Stimmrechtsanteil: 16,00 %).

**(57) Bedeutende Stimmrechtsanteile**

Aktienrechtliche Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG sind der Bank im Berichtszeitraum nicht zugegangen. Nach § 20 AktG hat ein Unternehmen, sobald es mehr als 25 % (Abs. 1 AktG) bzw. 50 % (Abs. 4 AktG) der Aktien einer nicht börsennotierten Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland besitzt, der Gesellschaft darüber eine schriftliche Mitteilung zu machen.

Mit Eintragung des auf der außerordentlichen Hauptversammlung der IKB AG am 2. Dezember 2016 gefassten Beschlusses zur Übertragung aller Aktien auf den Hauptaktionär gegen Barabfindung (Squeeze-out) in das Handelsregister hält die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., mit Sitz in Dallas, USA jetzt 100 % der IKB-Aktien.

**(58) Angabe der Abschlussprüferhonorare**

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2016/17	2015/16	2016/17	2015/16
Abschlussprüfung	-2,5	-2,5	-2,0	-2,0
Andere Bestätigungsleistungen	-0,3	-	-0,3	-
Sonstige Leistungen	-0,4	-0,1	-0,4	-0,1
<b>Gesamt</b>	<b>-3,2</b>	<b>-2,6</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,1</b>

In den Abschlussprüferhonoraren sind 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) Aufwendungen für vorherige Geschäftsjahre enthalten.

**(59) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Konditionen, über die nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB für den IKB-Konzern bzw. § 285 Nr. 21 HGB für die IKB AG zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

**(60) Patronatserklärungen**

Die IKB AG trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB AG im jeweils letzten veröffentlichten Jahresabschluss oder Halbjahresbericht als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können. Es haben sich keine Änderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben.

Die IKB Invest GmbH, Düsseldorf, hat für die IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf, eine Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese ihren Verpflichtungen aus durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag auf sie übertragenen Darlehens- und Garantieverträgen nachkommen kann.

### (61) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

<b>31.3.2017</b>		<b>Konzern</b>	<b>IKB AG</b>
<b>in Mio. €</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.735,8	8.395,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		46,6	670,1
Verbriefte Verbindlichkeiten		71,0	-
Sonstige Verbindlichkeiten		329,5	-
Eventualverbindlichkeiten		-	-
<b>Gesamt</b>		<b>9.182,9</b>	<b>9.066,0</b>

Bei den als Sicherheit dienenden Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen und Wertpapiere, die im Rahmen von Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften, von Verbriefungstransaktionen sowie im Zuge des Fördermittelgeschäfts an dritte Kreditinstitute, Zweckgesellschaften oder Clearingstellen übertragen wurden.

### (62) Termingeschäfte

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und die Investmentportfolios. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements täglich überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivategeschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

In den Investmentportfolios und dem Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Krediten sowie den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln einheitlich gesteuert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate.

Bezüglich der Marktwerte für zinsbezogene Derivate im Konzern und in der IKB AG wird auf Ziffer (63) verwiesen.

### (63) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Konzern:

<b>31.3.2017</b>	<b>in Mio. €</b>	<b>Nominal</b>		<b>Marktwert</b>		<b>Buchwert</b>	
				<b>positiv</b>	<b>negativ</b>	<b>Aktiva</b>	<b>Passiva</b>
Zinsbezogene Derivate	20.130,8			957,1	1.791,0	143,5	83,8
Kreditbezogene Derivate	1.423,7			10,1	58,1	2,6	63,8
Währungsbezogene Derivate	1.869,0			22,6	32,9	2,9	14,8
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	1.401,0			179,5	128,9	43,9	8,6
<b>Gesamt</b>		<b>24.824,5</b>		<b>1.169,3</b>	<b>2.010,9</b>	<b>192,9</b>	<b>171,0</b>

31.3.2017 in Mio. €	Buchwert				
	Sonst. Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen <sup>1)</sup>	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
Zinsbezogene Derivate	75,7	67,8	0,1	75,6	8,1
Kreditbezogene Derivate	0,3	2,3	53,0	-	10,8
Währungsbezogene Derivate	2,9	-	0,3	14,5	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	35,8	8,1	-	1,0	7,6
<b>Gesamt</b>	<b>114,7</b>	<b>78,2</b>	<b>53,4</b>	<b>91,1</b>	<b>26,5</b>

1) betrifft eingebettete Derivate

IKB AG:

31.3.2017 in Mio. €	Nominal	Marktwert		Buchwert	
		positiv	negativ	Aktiva	Passiva
Zinsbezogene Derivate	20.357,3	967,0	1.790,6	176,8	109,1
Kreditbezogene Derivate	1.477,1	10,1	58,9	2,6	64,6
Währungsbezogene Derivate	1.869,0	22,6	32,9	2,9	14,8
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	1.401,0	179,5	128,9	44,2	8,8
<b>Gesamt</b>	<b>25.104,4</b>	<b>1.179,2</b>	<b>2.011,3</b>	<b>226,5</b>	<b>197,3</b>

31.3.2017 in Mio. €	Buchwert				
	Sonst. Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen <sup>1)</sup>	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
Zinsbezogene Derivate	75,9	100,9	-	73,9	35,2
Kreditbezogene Derivate	0,3	2,3	53,0	0,8	10,8
Währungsbezogene Derivate	2,9	-	0,3	14,5	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	35,8	8,4	-	0,8	8,0
<b>Gesamt</b>	<b>114,9</b>	<b>111,6</b>	<b>53,3</b>	<b>90,0</b>	<b>54,0</b>

1) betrifft eingebettete Derivate

**(64) Nicht realisierte Ergebnisse**

Die nachfolgende Tabelle stellt die nicht realisierten Ergebnisse der folgenden wesentlichen finanziellen Bilanzposten und außerbilanziellen Derivate des IKB Konzerns dar.

Konzern	31.3.2017			31.3.2016		
	in Mio. €	Buchwert	Zeitwert	Differenz	Buchwert	Zeitwert
Forderungen an Kreditinstitute	1.669,7	1.671,4	1,7	2.122,2	2.123,7	1,5
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	9.925,4	10.390,1	464,7	9.887,8	10.372,5	484,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.329,7	5.485,5	155,8	5.051,6	5.522,4	470,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	472,5	469,4	-3,1	470,1	473,3	3,2
Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	193,0	1.169,4	976,4	395,3	1.785,3	1.390,0
<b>Zwischensumme</b>	<b>17.590,3</b>	<b>19.185,8</b>	<b>1.595,5</b>	<b>17.927,0</b>	<b>20.277,2</b>	<b>2.350,2</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.642,5	7.710,9	-68,4	7.897,0	8.045,1	-148,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.550,9	7.625,3	-74,4	7.498,4	7.633,3	-134,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	822,9	826,5	-3,6	773,8	779,2	-5,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	695,8	327,0	368,8	921,7	538,2	383,5
Genussrechtskapital	0,0	0,0	0,0	32,2	28,2	4,0
Stille Einlagen	0,0	99,1	-99,1	0,0	72,5	-72,5
Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	171,0	2.010,9	-1.839,9	357,2	2.968,9	-2.611,7
<b>Zwischensumme</b>	<b>16.883,1</b>	<b>18.599,7</b>	<b>-1.716,6</b>	<b>17.480,3</b>	<b>20.065,4</b>	<b>-2.585,1</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>-121,1</b>			<b>-234,9</b>

1) Während des Geschäftsjahres hat die IKB Änderungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Forderungen Kunden vorgenommen. Bei Anwendung der aktuellen Bewertungsmethode auf den Bestand zum 31. März 2016 wäre das unrealisierte Ergebnis der Forderungen an Kunden um 39,8 Mio. € höher ausgefallen.

Das Genussrechtskapital mit einem Buchwert von 32,2 Mio. € wird im August 2017 fällig und wurde daher in den Posten sonstige Verbindlichkeiten umgebucht.

Zusätzlich entfällt auf die IKB Leasing-Gruppe neben ihrem im Konzernabschluss vollkonsolidierten Nettovermögensüberschuss ein Substanzwert (nicht realisierte Gewinne aus dem Leasinggeschäft) von 115,5 Mio. € (31. März 2016: 131,4 Mio. €). Der Substanzwert wird anhand des Schemas des Bundesverbands Deutscher Leasingunternehmen e.V. ermittelt.

Das unrealisierte Ergebnis wird durch einen Abgleich des Nettobuchwerts und des beizulegenden Zeitwerts ermittelt. Dabei hat die Bildung von Einzelwertberichtigungen keinen Einfluss auf das unrealisierte Ergebnis, da gebildete Einzelwertberichtigungen auch bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt werden. Für täglich fällige Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten wird der beizulegende Zeitwert dem Buchwert gleichgesetzt.

Die für die Anhangberichterstattung ermittelten beizulegenden Zeitwerte der Forderungen werden auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechnet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts werden Annahmen zugrunde gelegt, die sich bei der Bestimmung von Marktpreisen zwischen unabhängigen Ge-

schäftspartnern ergeben würden, die ähnliche Parameter für ihre Kaufpreiskalkulation verwenden. Die Diskontierung erfolgt anhand laufzeit-differenzierter Swapsätze am Bilanzstichtag zuzüglich eines aus internen Risikomessverfahren der IKB abgeleiteten Credit Spread. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem internen Kundenrating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Zusätzlich werden aus dem bilanziellen Eigenkapital abgeleitete Vorsteuerrenditen Dritter, Verwaltungskosten der IKB und am Markt beobachtbare Fundingkosten von Banken mit einem Rating von A oder AA berücksichtigt.

Bei Forderungen aus Förderkrediten, denen Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite gegenüberstehen, erfolgt die Bewertung ohne Berücksichtigung von Fundingkosten. Die Barwertermittlung für Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite erfolgt über die Diskontierung der Zins- und Tilgungscashflows mithilfe laufzeitadäquater risikoloser Swapsätze.

Wertpapiere (einschließlich verbrieft nachrangiger Verbindlichkeiten und verbrieft stille Einlagen) werden mit dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag bewertet, sofern ein liquider Preis verfügbar ist. Ein Börsen- oder Marktpreis wird dabei als liquide angesehen, wenn die Anzahl verfügbarer Preisquotierungen nach einer auf statistischen Methoden basierenden Analyse eine definierte Mindestanzahl überschreitet. Dies gilt sowohl für gehandelte als auch für nicht gehandelte beobachtbare Preise. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Zeitwert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht am Markt beobachtbar sind. Die beizulegenden Zeitwerte für im IKB-Konzern bilanzierte Fondsanteile entsprechen jeweils dem Nettoinventarwert, der auf die gehaltenen Fondsanteile entfällt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Derivaten des Anlagebuchs erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie verfügbaren Marktdaten (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Zukünftige Zahlungsströme werden dabei anhand von währungs- sowie tenorspezifischen Swapkurven abgeleitet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Derivat und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig. Die Diskontierung besicherter Derivate erfolgt mit der währungsabhängigen Overnight-Index-Kurve.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten werden die vertraglichen Cashflows mit einem laufzeitadäquaten Swapsatz zuzüglich der IKB-spezifischen Fundingkosten diskontiert. Die Fundingkosten werden aus den Kosten vergleichbarer Emissionen abgeleitet.

### **(65) Die Vergütung des Vorstands**

Für die im Geschäftsjahr 2016/17 tätigen Mitglieder des Vorstands sind Gesamtbezüge in Höhe von 4,5 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €) angefallen. Darin enthalten sind feste Grundgehälter, erfolgsabhängige variable Vergütungen, Abfindungszahlungen, Pensionsersatzleistungen zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung, Erstattungen für Umzugskosten und Sachbezüge. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

### Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beläuft sich auf 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2016/17 betragen die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen 46,4 Mio. € basierend auf einem 10-jährigen Durchschnittszinssatz (Vorjahr: 46,6 Mio. €).

### (66) Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2016/17 belaufen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 258 Tsd. € (Vorjahr: 275 Tsd. €). Hierin sind 58 Tsd. € Auslagenersatz inklusive der auf die Bezüge entfallenden Umsatzsteuer (Vorjahr: 60 Tsd. €) enthalten.

### (67) Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 247 Tsd. € (Vorjahr: 233 Tsd. €) gezahlt.

### (68) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrats und des Beraterkreises wurden keine Kredite vergeben. Im Vorjahr waren an Mitglieder des Aufsichtsrats Kredite in einer Gesamthöhe von 8,1 Tsd. € vergeben.

### (69) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitbeschäftigten)

	Konzern		IKB AG	
	31.3.2017	31.3.2016	31.3.2017	31.3.2016
Männlich	954	973	641	680
Weiblich	553	570	298	319
<b>Gesamt</b>	<b>1.507</b>	<b>1.543</b>	<b>939</b>	<b>999</b>

Die Anzahl der Mitarbeiter von assoziierten Unternehmen betrug zum Stichtag 5 Vollzeitbeschäftigte.

### (70) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 31. März 2017 eingetreten sind

Seit dem 31. März 2017 haben sich die folgenden wichtigen Entwicklungen ergeben:

#### **Kaufangebot an die Inhaber der Capital Raising-Schuldverschreibungen und Hybrid Raising-Schuldverschreibungen**

Die IKB Lux Beteiligungen S.à r.l. hat am 20. April 2017 über ihr Angebot an die Inhaber der von der Capital Raising GmbH begebenen Schuldverschreibungen (ISIN DE0007490724, „Capital Schuldverschreibungen“) und von der Hybrid Raising GmbH begebenen Schuldverschreibungen (ISIN DE000A0AMCG6, „Hybrid Schuldverschreibungen“) – zusammen die „Schuldverschreibungen“ – informiert, sämtliche Schuldverschreibungen zum Kaufpreis in Höhe von 20 % des Nennbetrags gemäß den Bestimmungen und vorbehaltlich der Bedingungen des Tender Offer Memorandums vom 20. April 2017 zu erwerben. Das Angebot wurde am 10. Mai 2017, 16:00 Uhr (MESZ), beendet und wurde nicht verlängert.

Am 12. Mai 2017 gab die IKB Lux Beteiligungen S.à r.l. bekannt, dass sie zum Fristende des Angebots am 10. Mai 2017, 16.00 Uhr (MESZ), in Bezug auf ihr Kaufangebot insgesamt Annahmeerklärungen in Höhe

von 87,9 % der Schuldverschreibungen (im Durchschnitt über alle Schuldverschreibungen gesamt betrachtet) erhalten hat. Sämtliche wirksam abgegebenen Annahmeerklärungen, die vor dem Fristende des Angebots eingegangen waren, wurden am 15. Mai 2017 abgewickelt.

Der Erwerb der Teilschuldverschreibungen führte im Konzern zu Liquiditätsabfluss und Aufwendungen in Höhe des Kaufpreises zuzüglich Transaktionskosten.

### **Wahl des Abschlussprüfers**

Im Anschluss an das unter Verantwortung des Risiko- und Prüfungsausschusses durchgeführte Ausschreibungsverfahren für das Mandat zur Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses ist die Hauptversammlung der IKB dem Vorschlag des Aufsichtsrats gefolgt und hat am 9. Mai 2017 die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, zum neuen Abschlussprüfer sowie zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017/18 gewählt. Damit wurde der gesetzlich vorgeschriebene Prüferwechsel von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, deren Mandat für die IKB nach zehn Jahren endet, umgesetzt.

## **(71) Organe**

### **Vorstand**

Dr. Michael H. Wiedmann (Vorsitzender)

Claus Momburg

Dr. Jörg Oliveri del Castillo-Schulz

Dirk Volz

### **Aufsichtsrat**

Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender)  
Unternehmensberater

Dr. Claus Nolting (stellv. Vorsitzender)  
Rechtsanwalt

Stefan A. Baustert (bis 1. September 2016)  
Mitglied des Vorstands der QSC AG

Sven Boysen\*  
Arbeitnehmervertreter

Mark Coker  
Managing Director und General Counsel – Europe der Hudson Advisors UK Ltd.

Benjamin Dickgießer  
Director der Lone Star Europe Acquisitions LLP

Dr. Lutz-Christian Funke  
Leiter des Bereichs Vorstandsstab/Kommunikation der KfW Bankengruppe

## Geschäftsbericht der IKB 2016/2017

Arndt G. Kirchhoff  
Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG

Bernd Klein\*  
Arbeitnehmervertreter

Rainer Lenz\* (bis 1. September 2016)  
Arbeitnehmervertreter

Nicole Riggers\*  
Arbeitnehmervertreterin

\*von den Arbeitnehmern gewählt

### **Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern**

Zum 31. März 2017 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich  
Tricor Packaging & Logistics AG

Düsseldorf, den 22. Mai 2017

IKB Deutsche Industriebank AG

Der Vorstand



Dr. Michael H. Wiedmann



Claus Momburg



Dr. Jörg Oliveri del Castillo-Schulz



Dirk Volz

## **Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers**

### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2016 bis 31. März 2017**

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang – und den Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2016 bis 31. März 2017 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Mai 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mark Maternus  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Axel Menge  
Wirtschaftsprüfer

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2016 bis 31. März 2017**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der mit dem Anhang des Konzernabschlusses zusammengefasst ist – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2016 bis 31. März 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 24. Mai 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mark Maternus  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Axel Menge  
Wirtschaftsprüfer

## **Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen**

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage.

IKB Deutsche Industriebank AG  
Kommunikation – COM  
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1  
40474 Düsseldorf  
Telefon +49 211 8221-4511  
Telefax +49 211 8221-2511  
E-Mail: [investor.relations@ikb.de](mailto:investor.relations@ikb.de)